Zum 150. Todestag von J.W. Goethe Seite 9

1 H 3752 C

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 12 vom 26. März 1982 16. Jahrgang 1 DM

Protest der „Grauen Panther“

Große Empörung hatte der Beschluß der Bundesregierung hervorgerufen, das ohnehin schon magere Taschengeld für Bewohner von Altenheimen zu kürzen. Vor allem die Organisation der „Grauen Panther“, in der sich alte Menschen zusammengeschlossen haben, sorgte für aktiven Protest (unser Bild zeigt eine Kundgebung in Bonn). Mit Erfolg: Familienministerin Huber sagte jetzt eine Änderung der neuen Taschengeld-Regelung zu.



10 000 demonstrierten in Nürnberg



Weg mit dem Zumutbarkeitserlaß!

NÜRNBERG/STUTTGART (Arbeiterkorrespondenz). — „Stingl, wir kommen — hast Dich schlecht benommen“ — so schallt es am Freitag (19. 3.) in der Nürnberger Innenstadt. 10 000 Gewerkschafter sind dem Aufruf von IGM und DGB gefolgt und bilden einen disziplinierten, kämpferischen Demonstrationszug. Und allen ist es klar: Nur auf diesem Weg, dem Weg des massenhaften, offenen Widerstandes gegen die Pläne von Unternehmern und Regierung, kann die Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik der sozialen Demontage entgegentreten.

Und es hätten noch mehr sein können: Ganz kurzfristig ist die Mobilisierung in den Betrieben angelaufen. Erst Anfang der Woche erfahren die betrieblichen, gewerkschaftlichen Funktionsträger von der geplanten Protestveranstaltung. Aus organisatorischen Gründen bekommen die Betriebe nur Kontingente an Fahrkarten gestellt. Auch zeigt es sich, daß offensichtlich nur die IGM im großen Umfang mobilisiert. Um so freudiger werden dann auf der Demonstration auch Gruppen der ÖTV begrüßt.

Der Zug wird beherrscht von unzähligen IGM-Transparenten. Immer wieder Forderungen nach Abbau der Rüstungsausgaben. Die Parole, „Die Reichen sollen zahlen“, in vielen Variationen. „Unternehmer und Regierung wollen soziale Deklassierung“ ist eine der hervorstechendsten Rufparolen.

Die Stimmung ist gut. Die Busse sind aus ganz Süddeutschland gekommen, von Lörrach bis Darmstadt, von Bamberg bis Heilbronn. Der Zug geht durch die Nürnberger Innenstadt.

Die Bevölkerung, die Passanten sind interessiert und solidarisch. Kein Hup-Konzert von wartenden Autos an den Kreuzungen. Einer, der es eilig hat, entschuldigt sich:

„Ich bin doch auch in der Gewerkschaft und unterstütze euch.“

Besondere Attraktion: Flick selbst marschiert im Zug und bedankt sich artig für das millionenfache Geschenk der Bundesregierung. An seinem Arm: Julia von Siemens, die den Arbeitern ihre Version vom „Gürtel enger schnallen“ erklärt: „Wir können auch nicht jeden Tag den Kaviar mit Silberlöffeln essen“.

Die Abschlußkundgebung gerät zum Schluß etwas aus den Fugen. Eine Gruppen von „Marxisten aus Nürnberg und Erlangen“ hält es für richtig, ihre Kritik an der DGB-Führung gleich auf die gesamten Mitglieder der Demonstration zu übertragen. Die Gewerkschafter werden als willfähriges Stimmvieh des Vorstands beschimpft, die Kundgebung gestört.

Das ist natürlich ein Bärendienst für alle fortschrittlichen und oppositionellen Kollegen. So bekommen die meisten Teilnehmer von der Abschlußkundgebung nicht viel mit. Dennoch: Kämpferische Töne werden angeschlagen; Kampfansage an die Regierung durch IGM-Vorstandsmitglied Karl-Heinz Janzen.

Das ist auch der Eindruck, den die Teilnehmer mit nach Hause nehmen. Nur in der Front gegen die Bundesregierung und die Unternehmer kann die Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik vorankommen. Die Demonstration von Nürnberg war eine gute und nützliche Maßnahme. Doch der Widerstand muß nun in die Breite geführt werden. Also die Anfänge fortsetzen!

Diese Woche

Lohnrunde wieder verschärft

Kapitalisten und Regierung auf Konfrontationskurs

DORTMUND. — Der reallohnsenkende Krefelder 4,2-Prozent-Abschluß hat hinter die Lohnrunde '82 noch keinen Schlußstrich gesetzt. Regierung und Unternehmer wollen jetzt nachstoßen, um in den anderen Branchen einen noch stärkeren Reallohnabbau zu erreichen. In Betrieben und Gewerkschaften wächst die Unruhe. Erneut Warnstreiks bei Stahl! Streikvorbereitungen der ÖTV!

In der Bauindustrie sind die regulären Verhandlungen gescheitert. Ein Schlichtungsverfahren wurde eingeleitet (übrigens soll ausgerechnet Walter Hesselbach, im Sumpf des Neue-Heimat-Skandals steckender Manager der DGB-eigenen Unternehmensgruppe, dabei den Vorsitz führen).

In der Stahlindustrie beteiligten sich in der vergangenen Woche zwischen 60 000 und 70 000 Kollegen an Warnstreiks. Das ist ca. ein Drittel aller Beschäftigten des betroffenen Tarifgebietes (NRW und Bremen). In dieser Woche sind erneut Warnstreiks zu erwarten.

Zu den Verhandlungen am Mittwoch in Krefeld werden Stahlwerker aus dem Ruhrgebiet in Bussen anreisen, um am (vielleicht auch im?) Hotel „Krefelder Hof“, dem Verhandlungslokal, für 7,5 Prozent mehr Lohn zu demonstrieren.

In den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes herrscht Empörung über das unverschämte 2-Prozent-Angebot von Innenminister Baum. ÖTV-Chef Kluncker betonte erneut, ein Sonderopfer komme nicht in Frage. Einen Streik schloß Kluncker nicht aus. Die Streikvorbereitungen in der ÖTV wurden erneut aufgenommen.

Auch in der Druckindustrie werden Aktionen der Arbeiter erwartet.

Um den Widerstand gegen Scheinautonomie zu brechen

Israels Armee richtet Blutbad an

WESTJORDAN.— Im israelisch besetzten Westjordanland gab es in der letzten Woche Großdemonstrationen, an denen sich vor allem die Jugendlichen dieses palästinensischen Gebiets beteiligten. Die israelische Armee eröffnete das Feuer auf die Demonstranten und tötete zwei Jugendliche und verletzte mehrere schwer.

Mit einem Generalstreik und Demonstrationen haben die Bewohner des Landes am westlichen Jordanufer auf die willkürliche Auflösung des Stadtrats von Bira durch die israelischen Besatzungsbehörden reagiert.

Diese Auflösung des Stadtrats war ein Höhepunkt in der seit Monaten von Israel verfolgten Politik an der Westbank — eine Politik, mit der alle Vertretungen und Einrichtungen der Bewohner beseitigt werden sollen, um einer sogenannten Selbstverwaltung im Rahmen des Staates Israel und als Bollwerk gegen einen palästinensischen Staat Platz zu machen. Deswegen war schon die Universität von Bir-Zeit geschlossen worden und die demonstrierenden Studenten massenweise verhaftet. Jetzt wurden drei arabische Zeitungen verboten und in einer Verhaftungsserie über 200 Menschen in drei Tagen verschleppt.

Die gewählten Vertreter der Araber in diesem Gebiet erwägen nun den kollektiven Rücktritt von ihren Ämtern, um so weltweit den Protest klar zu machen und die Fronten im Widerstandskampf gegen die israelische Annektionspolitik zu klären.

Protestkundgebung des DGB in Düsseldorf

Am Samstag, dem 27. März 1982, findet um 11 Uhr in der Philips-Halle in Düsseldorf eine Protestkundgebung des DGB, Landesbezirk Nordrhein-Westfalen, statt.

Als Redner sind angekündigt: Karl-Heinz Janzen, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall; Siegfried Bleicher, DGB-Landesvorsitzender NRW.

Kommentar der Woche

Die Demonstrationen und Kundgebungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes am letzten Wochenende gegen die neue Zumutbarkeitsregelung waren dringend nötig, mehr als berechtigt. Und doch können sie nur Anfang eines entschlossenen gewerkschaftlichen Kampfes für die Rücknahme dieser Beschlüsse sein. Beziehungsweise ihrer Nichtbilligung durch die Bundesregierung. Denn die Billigung durch die Regierung ist — von der formalen Verfahrensprozedur her — das einzige, was diese neue Regelung noch von der Wirksamkeit trennt.

In aller Deutlichkeit muß man diese neue Zumutung als ein Klassengesetz brandmarken, ein Gesetz für die Kapitalisten gegen die Arbeiter. Und dies sowohl durch die Art und Weise wie es jetzt im Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit beschlossen wurde, als auch — und vor allem — durch den Inhalt. **Das Ergebnis der Abstimmung ist klar: der DGB war dagegen, die Unternehmerverbände dafür, die Regierungen haben entschieden. Bis auf zwei SPD-Landesregierungen haben alle für die Unternehmer gestimmt.**

Neue Zumutbarkeit — neuer Großangriff

Der Inhalt ist eindeutig: dadurch, daß nach vier Monaten Arbeitslosigkeit eine Verpflichtung zu weniger qualifizierter und damit auch weniger gut bezahlter Arbeit möglich ist, wird ein Großangriff auf all das gestartet, was durch zahllose gewerkschaftliche Kämpfe errungen wurde. Man erinnere sich daran, daß es in den letzten Jahren — am deutlichsten jener der Drucker und Setzer im Jahre 1978 — eine ganze Reihe von Streiks gab, mit denen gerade dies verhindert werden sollte — und zum großen Teil wurde — was jetzt per Erlaß eingeführt werden soll: die Abqualifizierung der Arbeit, die Abgruppierung.

Denn dies ist nicht nur ein Angriff auf die Arbeitslosen selbst, die schlechtere Arbeit und weniger Geld aufgedrückt kriegen sollen. Dies ist auch eine Drohung, die ständig über jenen hängen wird, die noch Arbeit haben. Während durch diese Maßnahme kein einziger Arbeitsplatz geschaffen wird, und auch keiner gesichert, wird im Gegenteil noch der Möglichkeit der Herabsetzungskündigung der Weg geöffnet, die nur dazu führen kann, für dieselbe Arbeit weniger Lohn bezahlen zu müssen.

Dementsprechend war auch die Reaktion der Unternehmer, die diesen Erlaß, den sie ja selbst haben ausarbeiten und verabschieden lassen „vernünftig und vertretbar" nannten — für sie durchaus vernünftig. Vertreten tun sie in ihrer maßlosen Unverschämtheit ohnehin alles.

Was hier also zunächst auf die zwei Millionen Menschen ohne Arbeit zu wirken scheint, wirkt in Wahrheit viel tiefer. Nicht nur auf die Beschäftigten als Drohung, nicht nur als Abqualifizierung von Menschen — die innerhalb kurzer Zeit zum Hilfsarbeiter gemacht werden können — sondern auch als Senkung der Löhne im allgemeinen. Denn es laufen ja viel mehr als zwei Millionen in einem Jahr durch das Stadium der Arbeitslosigkeit. Viele von ihnen durchaus eben gerade eine solche Zeit lang, die jetzt zur Abqualifizierung ausreicht. **Hier kann der Widerstand nicht unter der Losung einer größeren Abstufung, also zehn oder fünf Stufen bei der Zumutbarkeit geleistet werden.**

Das einzig Sinnvolle, die einzige Perspektive ist es, den Kampf gegen eine solche Zumutung überhaupt zu führen. Den Kampf eben, wie gesagt, nicht nur der Arbeitslosen sondern aller Arbeiter, der gesamten Arbeiterklasse — sowohl aus Solidarität mit den betroffenen Arbeitslosen als auch aus eigenem, ureigenem Interesse aller Arbeiter.

Und so begrüßenswert die Aktionen des DGB auch waren — und die KPD wird jede solche Aktion nach allen Kräften unterstützen — es kann aus all diesen genannten Gründen, wie schon zu Anfang gesagt, eben nur der Auftakt des Kampfes gewesen sein. Lange hat es gedauert, bis hier, an der Front des Umgangs mit den Arbeitslosen, Widerstand kam, massiver Widerstand, jetzt muß er mit aller Kraft entwickelt werden.

Man muß dabei klarstellen, daß es jetzt, nach der „lohnpolitischen Wende", die wieder einen Schritt weiter gekommen ist und nach dem beschleunigten Prozeß der sozialen Demontage, der allmählich für breite Teile der Arbeiter fühlbar wird, eine dritte „Front" gibt. Sie wurde von den Unternehmern und ihren Regierungspartnern mit einem Großangriff eröffnet: die der Arbeitsbedingungen, der Manteltarife, wo alle Errungenschaften der letzten Zeit beseitigt werden sollen. Vom Abgruppierungsschutz bis zu sonstigen — etwa Lohnrahmen II bei der IG Metall — Erfolgen des letzten Jahrzehnts.

Dagegen muß vom DGB der geschlossene Widerstand aller Arbeiter, auch der Arbeitslosen, organisiert werden!

Helmut Weiss

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Der Streit um den Schnellen Brüter verschärft sich

Weil es ums große Geld geht . . .

In der letzten Woche hat sich der Streit um den SNR 300, den Schnellen Brüter verschärft. Mitglieder der Untersuchungskommission hatten beantragt, die gesetzte Frist bis zur Abgabe einer Erklärung des Bundestags vom 31. Juli auf den 23. September zu verschieben. Dieser Antrag wurde bei Stimmengleichheit mit den Stimmen der drei CDU-Abgeordneten und fünf der acht „Sachverständigen" abgelehnt. Daraufhin wurde von Austritt aus der Kommission und von wirtschaftlichen Pressionen geredet — diesmal in aller Öffentlichkeit.

Wenn der Bundestag wie vorgesehen am 31. Juli über den Brüter eine Empfehlung abgeben soll, so würde dies bedeuten, daß die Kommission die Ergebnisse ihrer Arbeit bereits am 30. April vorlegen muß. Die 16 damit befaßten Personen — acht Abgeordnete und acht Wissenschaftler kamen darüber in Streit, ob eine so kurze Frist ausreichen würde, eine Stellungnahme abzuliefern, die auch nur einigermaßen solide genannt werden kann. Deshalb beantragten einige der Wissenschaftler — drei genau gesagt — eine Verschiebung der Fristen.

Diese Antragsteller sind als Gegner des Schnellen Brüters bekannt und wollten zumindest eine genauere Untersuchung und Bestandaufnahme der Gefahren, die mit diesem Projekt verbunden sind, erreichen. Deswegen erhielten sie jetzt unter starken Beschuß. Ihr Kollege Häfele — von der Regierung für die Kommission benannt — war gegen eine Fristverlängerung, **weil das die Finanzierung des Projekts gefährden könne!**

Der Hintergrund dieser zynischen Stellungnahme: die Energieunternehmen hatten sich, wie auch der „Rote Morgen" bereits berichtete, „großzügig" bereit erklärt zu den Milliarden Steuern, die die Bundesregierung dafür lockermacht, auch ein bißchen zuzuschießen — wenn es schnell über die Bühne geht. Die westdeutschen Energie- und Elektrokonzerne, wie die des Großmaschinenbaus maßgeblich an der Atomwirtschaft beteiligt, wollen endlich ihre seit langem geforderte „Wende" auch in der Energiepolitik durchsetzen. Das heißt: keinerlei Rücksicht mehr auf irgendwelche Einsprüche oder Bedenken, sondern alles und dies schnell für den Profit der Konzerne. Und: Noch mehr Geld aus der Staatskasse, bitte! Das ist die Linie der Energiekonzerne. **Sie finden ihre stärksten Verfechter einmal mehr in den Reihen der CDU-Abgeordneten. Diese kamen sofort zu der für diese Partei bezeichnende Erkenntnis, daß es ein Fehler gewesen sei, auch Gegner des Brüters an der Kommission zu beteiligen.** Mit anderen Worten: Die CDU ist schon für Prüfungskommissionen — allerdings nur, wenn sie ausschließlich aus Befürwortern der zu prüfenden Sache bestehen . . .

Der Schnelle Brüter — zwar sind die Lichter nicht ausgegangen, wie die Energiewirtschaft öffentlich behauptete, aber das viele zu verdienende Geld . . .

Auf der anderen Seite ist es eindeutig, daß auch die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien trotz etwas differenzierter Töne entschieden zum Gelingen des Profitprojekts Schneller Brüter beigetragen haben. Nicht nur, indem sie die Steuergelder lockermachte. Das ist seit über 25 Jahren in dieser Bundesrepublik sozusagen „Gewohnheitsrecht". Schließlich ist einer der entscheidenden Gründe für den besonders profitablen Charakter der Atomwirtschaft der ständige Großteil der Kosten, der aus Steuergeldern bezahlt wird.

Sondern auch indem sie die Zusammensetzung der Kommission so bestimmte, daß die Gegner des Projekts niemals die Mehrheit bekommen konnten, um irgend etwas an dem vorher vereinbarten Ablauf — von der Regierung und den Energieunternehmen vereinbart — zu verändern. Und indem sie es duldete, daß das passierte, was jetzt der Anlaß des offen ausgebrochenen Streits ist. Daß nämlich die Wissenschaftler monatelang auf angeforderte Unterlagen warten mußten und nicht arbeiten konnten und so die Frist zur Untersuchung allmählich in Untätigkeit verstrich.

Große Trauer

Gespannt wartet man seit Wochen darauf, daß die neuen Werbeplakate der Ölgesellschaften auftauchen. Diejenigen, auf denen steht: Kauf nicht bei uns, kauf bei der Konkurrenz. Oder daß die Manager mit tränenden Augen an den Tankstellen Aufstellung nehmen und jeden Autofahrer bitten, doch weiterzufahren...

Aber irgendwie: es passiert nicht. Warum? Keiner weiß es. Denn die Lage ist ja klar. Kaum gibt Esso bekannt, daß man je Liter Rohöl soundsoviele Pfennige verliert, schon zieht ein anderer nach und betont, er aber verliere noch viel mehr Geld an jedem Liter verkauftem oder verarbeitetem Öl. Seit die Benzinpreise sinken — zwar immer noch astronomisch hoch, aber gegenüber der Schallgrenze von 1,50 Mark die, wie lange vorgeplant Mitte 81 erreicht war, doch deutlich tiefer —, ist das übliche Gejammer der Multis zu einem wahrhaft infernalischen Geheul erstarkt.

Man sieht schon im Geiste David Rockefeller als Bettler an der Ecke Wall Street sitzen und die Königin der Niederlande steht Schlange bei den Suppentöpfen der Heilsarmee.

Daß all diese Phantasien — die manch einem mehr als klammheimliche Wonne verschaffen würden — nicht Wirklichkeit werden, dafür sorgt nicht allein der alte Spruch über die Totgesagten, die länger leben.

Die arme EXXON beispielsweise, die ja auch etwas mit Esso zu tun hat, machte in einem Jahr, 1981, einen Umsatz von runden 280 Milliarden Mark — mehr als der Bundeshaushalt immerhin. Und dabei blieben runde 9 Prozent — in Worten: 25 000 Millionen Mark — als Gewinn übrig. Und im letzten Jahr waren ja die Benzinpreise in einigen Ländern bereits gesunken. Seltsamerweise ließe sich dieses Beispiel, wenn auch nicht so kraß, verlängern — die anderen sind genauso arm geworden.

Ja, offensichtlicher denn je wird es gerade in diesen Tagen: Auf dem Ölmarkt kann passieren was will, die Ölmultis sahnen immer dick ab. Und das, das stimmt wirklich traurig.

Neue Auseinandersetzungen

Die nächste Haushaltsschlacht kündigt sich an

In den letzten beiden Jahren ist das Thema zum Dauerbrenner geworden. Kein anderes Thema wird seit der Bundestagswahl vom Oktober 1980 so ausführlich behandelt wie der jeweilige Bundeshaushalt, Ergänzungshaushalt, Nachtragshaushalt und was es da alles gibt.

Und in der letzten Woche, bei der Tagung des Finanzplanungsrates, dem Finanzminister und Kämmerer aus Bund, Ländern und Gemeinden angehören, wurde die nächste Schlacht um den Haushalt bereits eingeläutet.

Das Thema ist dabei seit der Wahl stets das gleiche. Wieviel soll man wo kürzen? Dabei stehen natürlich weder die Aufrüstung noch die offenen oder verdeckten Subventionen an die Konzerne noch gar die Zinsen für die Großbanken zur Debatte, sondern allein die sozialen Errungenschaften der arbeitenden Menschen. Und wo die Kürzungsrunde 1982 seit dem Juli letzten Jahres laufend schon spürbar geworden ist, da kann man aus allem bisher Gesagten schon erahnen, daß es im nächsten Jahr ganz dick kommen soll.

Wenn aus NRW verlautet, es fehle jetzt schon eine halbe Milliarde,und der nächste Haushalt werde niedriger sein müssen als der dieses Jahres — und aus anderen Gegenden sind vergleichbare Töne laut geworden, dann soll dies wohl heißen, daß es jetzt endgültig, wie bei den Tarifen eine lohnpolitische Wende, nun auch im Sozialbereich eine sozialpolitische Wende einbringen soll. Nicht mehr hier und da eine Kürzung, sondern mit System,bitte! — das ist die Forderung. Wessen Forderung?


Ein Arbeiterkind macht seinen Eltern Schande — der Bonner Oberkürzer

Nun, einmal mehr: die der Unternehmerverbände. Was soll das mit den Schwerbeschädigten, mit Arbeiterkindern auf die Universität, die uns nur Geld gekostet haben, so der Tenor der Stellungnahmen der feinen Herren. Ganz zu schweigen von ihren Standardverlangen: Lohnfortzahlung streichen, Krankenversicherung einschränken und so weiter und so fort. Der Katalog ist lang und umfaßt alles, was als „sozialstaatlich" benannt werden könnte. „Weg vom Sozialstaat", unter dieser Losung werden heute nicht umsonst Seminare dieser Verbände durchgeführt.

Und ihr erstes Sprachrohr finden die Allerreichsten des Landes wie eh und je in der CDU/CSU. Die macht sich diese Forderungen schnellstens zu eigen, die FDP bemüht sich, nachzukommen, um ihre Klientel nicht zu verlieren.

Und was macht die SPD? Eben jene SPD, von der immer noch so viele meinen, ohne sie gehe es nun einmal nicht? Sie tut dasselbe wie im Vorjahr: Sie dreht sich und sie windet sich, aber am Ende kürzt sie doch. Was soll es denn anderes bedeuten, wenn Matthöfer — das „Arbeiterkind" — unterstreicht, so schnell lasse er nicht kürzen? Das heißt, alle Erfahrung zeigt es, daß er sozusagen langsam kürzen will. Denn da die SPD nichts aber auch gar nichts damit im Sinn hat, den Reichen, den Herren dieses Staates etwas zu nehmen, kann sie es ja nur von den arbeitenden Menschen, von ihren eigenen Anhängern zumeist, nehmen. Und darum wird dann wieder der ganze Streit gehen, wenn dem Bonner Parlament von den Werktätigen selbst nicht ein Strich durch die Kürzungsrechnung gemacht wird.

Gegen Reaktion und Chauvinismus der CDU — Erklärung zur Unterstützung der Liste der KPD

Die CDU hofft, den Senat der Stadt Hamburg zu bilden oder wenigstens mitzubilden. Mit der CDU hoffen die Banken, das große Kapital und die Generalität. Die besitzenden Klassen haben in den jetzt schon langen Krisenjahren ihrer Wirtschaft bereits demonstriert: Für das Anwachsen ihres Reichtumes, für die Entwicklung ihrer Weltgeltung, für die ungeschmälerte Erhaltung ihrer Herrschaft, was für die Kapitalisten „Überwindung der Krise" bedeutet, ist kein Preis zu hoch — immer vorausgesetzt, die arbeitenden Klassen haben ihn zu zahlen. Der Weg der Minderung des Lohn- und Lebensstandards, von Arbeitslosigkeit und Rationalisierung, des Abbaus der Leistungsverpflichtungen von Sozial- und Krankenversicherungen ist beschritten. An der sozialliberalen Losung der frühen siebziger Jahre — „Mehr Demokratie wagen" — ist heute nur noch richtig, daß in der Tat immer mehr riskiert, wer für demokratische Politik einzutreten wagt, sei es in unmittelbaren Belangen wie z. B. Schul-, Wohnungs-, Umweltangelegenheiten, sei es in allgemeinpolitischen Belangen wie der Rüstungspolitik. Die Sozialdemokratie ist dieser Entwicklung nicht erfolgreich entgegengetreten.

Bei dem sozialdemokratischen Konzept der Krisenbewältigung, das auf blindem Vertrauen auf die Leistungsfähigkeit der Kapitalistenwirtschaft beruht, haben sozialdemokratische bzw. mit sozialdemokratischer Beteiligung gebildete Regierungen und Verwaltungen des Bundes, der Länder und Gemeinden nur eins erreicht, daß heute infolge der enorm angewachsenen Staatsverschuldung ihre Abhängigkeit derart ist, daß über den Bestand dieser Regierungen in Wahrheit eine Handvoll Großbanken entscheiden kann. Für die Politik sozialdemokratischer Regierungen spielt gegenwärtig die Erlangung von Kreditwürdigkeit bei den Großbanken eine größere Rolle als Nutzen und dadurch Glaubwürdigkeit bei den arbeitenden Klassen. Dies erklärt auch den absurden Einfluß, den Leute wie Lambsdorff auf die Politik der Regierung nehmen können. Selbstverständlich rächt sich diese zunehmend reformfeindliche und immer ausschließlicher an den Kapitalinteressen orientierte Politik der SPD bei den periodisch wiederkehrenden parlamentarischen Wahlen, und selbstverständlich wünschen viele Sozialdemokraten diese Politik nicht. Im heutigen politischen Leben zeichnet sich fortwährend klarer ab: Der Kapitalistenklasse ist aber selbst der Rest an politischer Verpflichtung von SPD-Regierungen und -Verwaltungen gegenüber den arbeitenden Klassen immer noch zu viel. Die Reichen wollen eine Regierung, die den arbeitenden Klassen mit Mitteln staatlicher Gewalt den Anspruch austreibt, politischen Einfluß geltend zu machen und ihre Interessen gegenüber den Reichen zu wahren. Würde es der CDU in Hamburg gelingen, eine zur Senatsbildung ausreichende Wählerbasis zu finden, so wäre das ein großer Schritt auf dem Weg der Reaktion. Das wissen viele. Wieso macht sich dann die CDU ernsthaft Hoffnung, eine solche Wählerbasis in Hamburg gewinnen zu können?

Die CDU ist eine chauvinistische Partei. Sie nutzt die allgemeine Unsicherheit und Existenzangst aus, die aus der nun schon jahrelangen Krise der Kapitalistenwirtschaft in der BRD und des kapitalistischen Weltmarktes entsteht. Die CDU sammelt Anhang, indem sie jedem rät, seine Haut auf Kosten anderer zu retten, und allen möglichen Personengruppen verspricht, ihnen bei diesem Geschäft von Staats wegen behilflich zu sein. In Hamburg legt Leisler Kiep großen Wert auf die Behauptung, er sei liberal. Das ist so weit nicht einmal gelogen, als er und seine Partei die gnadenlose Konkurrenz der Lohnabhängigen gegeneinander wollen, was ein echt liberales Ziel und für das politische Durchsetzungsvermögen der arbeitenden Klassen tödlich ist; diese können bloß solidarisch etwas erreichen.

Die Zerstörung der Solidarität nicht nur der Arbeiterbewegung, sondern auch der zahlreichen politischen und sozialen Bewegungen, die außerhalb des Kontrollbereichs bürgerlicher Politik entstanden sind, ist das Anliegen der Union, denn deren Wille zur Zusammenarbeit, deren Solidarität im Kampf um im einzelnen durchaus verschiedene Interessen ist heute die fast letzte Schranke, die die Reichen von uferloser Bereicherung und diesem Ziel dienlicher zügelloser Aufrüstung von Militär und Polizeiapparat trennt. Die schmutzige Idee, die Folgen der kapitalistischen Krisenwirtschaft einzelnen Personengruppen aufzulasten, die am Zustandekommen dieser Krise nicht nur keinen Anteil haben, sondern bereits jetzt deren Opfer sind, zieht sich als gelber Faden durch die Unionspropaganda und ist auf sehr unterschiedliche Bereiche des politischen, aber auch des täglichen Lebens anzuwenden:

- Bekanntlich hat die ÖTV für schlechtestbezahlte Frauenarbeit wie z. B. Reinigungsdienste gewisse Lohnerhöhungen und soziale Sicherungen erkämpft. Bekanntlich wird der öffentliche Dienst weithin aus Steuern finanziert. Bekanntlich ist die Steuerlast unerträglich hoch. Was folgert daraus die Union? „Wir sehen nicht ein, daß z.B. Behördengebäude von Staatsbediensteten gereinigt werden müssen, wenn durch eine vollständige Übertragung dieser Arbeiten auf seriöse, ihren sozialen Verpflichtungen nachkommende Privatunternehmen jährlich etwa 40 Millionen Mark eingespart werden könnten." Worin wird die soziale Verpflichtung" dieser „seriösen Unternehmungen" bestehen? Darin, daß sie Reinigungskräfte daran gewöhnen, mit insgesamt 40 Millionen Mark weniger ihr ohnehin nicht einfaches Leben zu fristen.
- Bekanntlich ist in der BRD die schwere und schlechtbezahlte Arbeit am meisten von der Arbeitslosigkeit betroffen. Bekanntlich werden solche Arbeiten in hohem Maße von aus dem Ausland angeworbenen Arbeitern und Arbeiterinnen verrichtet. Prompt wälzt die Union die Verantwortung für die Arbeitslosigkeit auf die Ausländer ab. Diese sollen zurückverschwinden, mindestens aber ihre Familienangehörigen zu Hause lassen. Allerdings fordert die CDU: „Nach acht Jahren legalem Aufenthalt Aufenthaltsberechtigung für Gastarbeiter, die sich nichts zu Schulden haben kommen lassen." So macht man den Arbeiter ausländischer Nationalität zum Zwangsarbeiter, acht Jahre auf Bewährung, stellt ihn unter ein Ausnahmerecht und macht ihm die Beteiligung am politischen und gewerkschaftlichen Leben zum Existenzrisiko.

Bekanntlich hatten die Kapitalisten in den sechziger Jahren starke Bedürfnisse an Arbeitskräftezufuhr. Eine ganze Frauengeneration wurde ins Arbeitsleben hineingezogen. Die Lebensgewohnheiten der Lohnabhängigenfamilien hatten sich dem anzupassen. Die Kosten für den Haushalt, in dem auch die Frau arbeitet, sind höher, die Bedürfnisse an öffentlichen Einrichtungen, die die Kindererziehung unterstützen, sind größer. Heute ist der Arbeitsmarkt flau. Hierauf hat die Union die Antwort: „Wer Frauenpolitik nur auf die Berufstätige ausrichtet, vergißt, daß es die natürliche Aufgabe der Frau ist, Kinder zu bekommen und zusammen mit dem Ehemann zu erziehen." Und: „Neben der Familie noch eine vollen Arbeitsplatz zu besetzen, ist für viele Frauen eine zu hohe Belastung. Deshalb unterstützen wir alle Bemühungen, für solche Frauen qualifizierte Teilzeitarbeitsplätze zu schaffen." Die Union leugnet damit die Verantwortung des Staates, Einrichtungen zu schaffen, die berufstätigen Eltern die Erziehung von Kindern ermöglichen bzw. der alleinstehenden Mutter. Die Union zielt darauf, die Frauen ihrer „natürlichen Bestimmung" unter finanzieller Vormundschaft des „Hauptverdieners" und Ehegatten wieder zuzuführen.

- Bekanntlich wurde die Wohnungsnot so drückend, daß viele genötigt waren, für die Benutzung einer Wohnung — und sei sie auch noch so dürftig — zu kämpfen. Was folgert daraus die Union? — „Wohnungseigentum ist immer noch der beste Mietschutz. Abgesehen davon, das eigene Haus oder die Eigentumswohnung schaffen mehr Freiraum für das Privatleben ..." Und: „Überprüfung aller Bauverordnungen und -vorschriften durch eine Kommission von Wohnungsexperten und Behördenfachleuten auf die Frage, ob sie überholt sind und flexibler gestaltet werden können." Diese Politik würde ermöglichen, die Mietkosten anzuheben, insbesondere unter dem Titel des Eigentumerwerbes. Man würde mit der Abzahlung fertig sein, wenn abgerissen werden muß, könnte aber mit der Hoffnung auf Eigentum leben. Wer wegen niedrigen Lohnes oder Unsicherheit des Arbeitsmarktes sich dazu nicht entschließen kann, für den wird man schon einen Stall auf Grundlage bereinigter Bauvorschriften errichten. Er ist selbst schuld, was spart er auch nicht.

Die Politik der Union ist in praktisch jeder Frage darauf berechnet, die Opfer kapitalistischen Wirtschaftens unter der Hand zu Verantwortlichen zu stempeln. Dies gilt selbstverständlich auch für den internationalen Verkehr, wo sie unter der höhnischen Devise „Nur Reiche können Armen helfen" ganze Länder zu Rohstoffschürfstätten und Billiglohnstandorten deklarieren. Damit die Reichen reicher werden und helfen können — natürlich nur, wenn sie wollen und angemessene Dankbarkeit erwarten können. Ziel dieser Propaganda ist die Lähmung der Arbeiterbewegung und anderer sozialer und politischer Bewegungen durch Zersetzung ihrer Solidarität und die Schaffung einer politischen Strömung, die große Bevölkerungsteile erfaßt und bereit macht, für die Interessen der Kapitalisten durch dick und dünn zu gehen, wegen dem einen oder anderen Brocken, den diese ihnen hinwerfen.

In allen Parteien besteht gegen diese Entwicklung Widerstand. In christlichen Jugendverbänden und Gemeinden halten viele für seltsam und abstoßend, wie die Union ihre chauvinistische Politik als wohlverstandene Nachfolge Christi ausgibt, unter den Mitgliedern der FDP wollen viele zwar die Sicherung der persönlichen Freiheiten und demokratischen Rechte, nicht aber die Verwirklichung des Individuums in Konkurrenz zu und auf Kosten anderer, in der SPD, vor allem in der Gewerkschaftsbewegung, haben viele das dauernde Schweifwedeln vor Banken und Kapital satt und sind es leid, die politischen Vorstöße der Union von SPD-Regierungen verwirklicht zu sehen.

Außerhalb der großen Parlamentsparteien hat sich die alternative Richtung herausgebildet, die für viele Belange sozialer und politischer Bewegungen spricht und zu den Bürgerschaftswahlen kandidieren wird. Der Widerstand gegen die Reaktion, die die CDU betreibt und begründet, die FDP fördert und die SPD mitmacht, ist verbreitet, der Wunsch nach Zusammenarbeit dieser großen Gegenkraft stark. Aber die Dinge sind so weit gediehen, daß in dieser großen Opposition, die in so vielen Einzelfragen auch zu politischer Zusammenarbeit findet, die Unterdrückung durch Berufsverbote, berufliche Nachteile, Strafandrohung für politisches Handeln bewirkt hat, daß viele eine Diskussion der politischen Zukunftsaussichten der Bewegungen der arbeitenden Klassen scheuen und die Suche nach einem Auskommen mit der kapitalistischen Gesellschaft verbreitet ist.

Die unterzeichnenden Organisationen sind sich einig: Wer immer in konkreten Fragen für die Belange der Ausgebeuteten und Unterdrückten der kapitalistischen Gesellschaft eintritt und den Kampf für diese Belange nicht scheut, hat unsere Achtung. Wer immer sich an diesem Maßstab nicht messen lassen will, nicht — egal, was er für schöne Worte macht. Wir beanspruchen weder, die einzigen zu sein, die im Klassenkampf auf der Seite der Ausgebeuteten und Unterdrückten stehen, noch dies als einzige wirklich ernst zu meinen. Das wäre lächerlich.

Wir meinen: Die konkrete Entwicklung der von der SPD begründeten Reformpolitik hat deutlich gezeigt, daß im Kampf für die Interessen der Ausgebeuteten und Unterdrückten dann ein stabiler Erfolg nicht möglich ist, wenn keine Bereitschaft besteht, die Ablösung der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse durch eine Revolution der Arbeiterklasse ins Auge zu fassen. Gegenwärtig wird von vielen, die die Kandidatur der Alternativen oder auch der DKP tragen, diese Diskussion als störend empfunden. Das soll die unserer Meinung nach auch und gerade während der Bürgerschaftswahlen nötige Zusammenarbeit nicht hemmen, macht aber die Kandidatur der KPD sinnvoll und unterstützenswert.

19. März 1982
Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK), Landesverband Schleswig-Holstein/Hamburg
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), Landesbezirk Hamburg

BWK und KPD gemeinsam

Offene Liste der KPD zur Hamburger Bürgerschaftswahl

In Hamburg war unsere Partei frühzeitig für ein linkes, demokratisches Wahlbündnis eingetreten. An Vorgesprächen dazu beteiligten sich der BWK und die GIM. Gleichzeitig hat unsere Partei sich auseinandergesetzt mit der Herausbildung der Alternativen Liste in Hamburg. Unsere Partei ist zu dem Schluß gekommen, daß das, was wir im Hinblick auf die Arbeiterbewegung gegenwärtig politisch für notwendig halten, nicht durch eine Unterstützung der grün-alternativen Kandidatur in Hamburg vorangebracht werden kann. In einer der nächsten Nummern des „Roten Morgen" werden wir die Gründe dafür genauer darlegen.

Die Gespräche mit dem BWK haben dagegen ergeben, daß vor allem in der Frage der Frontbildung gegen die Reaktion viele gemeinsame Auffassungen bestehen, die ein gemeinsames Vorgehen bei der Hamburger Bürgerschaftswahl möglich, sinnvoll und nützlich erscheinen lassen. KPD und BWK kamen darin überein, daß eine für Mitglieder des BWK offene Liste der KPD eine zweckmäßige Form des gemeinsamen Eingreifens in die Hamburger Bürgerschaftswahl darstellt.

Auch mit der GIM wurde über eine mögliche Beteiligung an einer offenen Liste der KPD gesprochen. Das Politische Büro der GIM kam leider zu dem Schluß, daß die vom BWK und unserer Partei gemachten Vorschläge nicht geeignet seien, „gemeinsam auf die Hebung des Klassenbewußtseins in der BRD einzuwirken". Wir bedauern das, begrüßen aber, daß die GIM ihre Bereitschaft zur gemeinsamen Diskussion und punktueller Zusammenarbeit erklärt hat.

BWK und KPD haben folgende gemeinsame Erklärung zur Unterstützung der Liste der KPD beschlossen. Beide Organisationen werden einen weitgehend selbständigen Wahlkampf zur Unterstützung der Liste KPD führen. Der Wahlkampf der KPD wird thematisch vor allem den Kampf gegen die Arbeitsplatzvernichtung, Rationalisierung und Sozialabbau in den Mittelpunkt stellen. Die folgende gemeinsame Erklärung hält Positionen fest, für die BWK und KPD im Hamburger Wahlkampf gemeinsam eintreten werden.



Absolute Mehrheit für Albrecht (links); hier mit dem SPD-Spitzenkandidaten Ravens.

Landtagswahlen in Niedersachsen

Schwere Verluste der SPD

Strauß macht FDP Koalitionsangebot

HANNOVER. — Auch bei den Landtagswahlen in Niedersachsen setzte sich der Niedergang der SPD auf dramatische Weise fort: Sie sackte von 42,2 Prozent (1978) auf 36,5 Prozent der Stimmen ab. Die CDU konnte sich um etwa 2 Prozent verbessern und erreichte mit 50,7 Prozent knapp die absolute Mehrheit. Die FDP (5,9 Prozent) wird im neuen Landtag wieder vertreten sein; sie wurde jedoch deutlich von den Grünen überrundet, die respektable 6,5 Prozent erreichen konnten.

Wie schon nach den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein zeigten die SPD-Führer, daß sie nicht gewillt sind, den tatsächlichen Ursachen für die Talfahrt ihrer Partei auf den Grund zu gehen. Der Vorsitzende Brandt zum Beispiel zog sich darauf zurück, die SPD hätte sich nicht deutlich genug von den anderen Parteien abgesetzt. Auch der anhaltende Streit in der Bonner Koalition wurde als Ursache für die Wahlniederlage genannt. Im wesentlichen aber liefen alle Erklärungsversuche auf die Behauptung hinaus, die SPD habe ihre Politik nicht gut genug verkauft.

Das alles soll vom eigentlichen Kern der Angelegenheit ablenken: daß es nämlich gerade diese Politik selbst ist, die auf zunehmende Ablehnung bei den Wählern stößt. Als Stichpunkte seien hier nur genannt: forcierter Sozialabbau, fehlende Initiativen zur Begrenzung der Massenarbeitslosigkeit, NATO-Raketenbeschluß usw. Angesichts dieses gegen alle Lebensinteressen der Werktätigen gerichteten Kurses der sozialdemokratisch geführten Bonner Koalition ist es der SPD auch in Niedersachsen wieder nicht gelungen, ihre Stammwähler voll zu mobilisieren. Ein großer Teil dieser Wähler — vor allem in den traditionellen Hochburgen der SPD — blieb zu Hause.

Daneben verlor die SPD aber auch einen erheblichen Teil ihrer früheren Anhänger an die anderen Parteien; und zwar nicht nur an die Grünen, sondern auch an CDU und FDP.

Die Unionsparteien strichen schon in der Wahlnacht die bundespolitische Bedeutung der Ergebnisse von Niedersachsen heraus. CDU-Chef Kohl beispielsweise erklärte, nicht der niedersächsische Spitzenkandidat der SPD, Ravens, sondern „Regierungschef Helmut Schmidt hat die Wahl verloren." Während aber Kohl sich in diesem Zusammenhang noch einmal für seine Strategie des passiven Abwartens aussprach und meinte, es habe wenig Zweck, jetzt auf Neuwahlen im Bundesmaßstab zu orientieren oder der Bonner FDP irgendwelche Angebote zu machen, reagierte Franz Josef Strauß wieder einmal auf seine Weise.

Über den Kopf des „Oppositionsführers" hinweg machte er der FDP unverblümt ein Angebot für die Bildung einer gemeinsamen Bundesregierung noch in diesem Jahr. Er verteilte sogar schon die Ministerposten, wobei er für sich selbst das Amt des Finanzministers reservierte. Dieser Vorgang zeigt einmal mehr, in welchem Maß der CSU-Boß das Kommando in den Unionsparteien schon an sich gerissen hat. Es wird darin auch deutlich, daß sich Strauß durch die Niedersachsen-Wahl in seiner Strategie bestätigt sieht, die sich eben nicht mit einem bloßen Abwarten begnügen will, sondern die auf den Sturz der Bonner Koalition noch vor 1984 zielt.

Strauß hatte sich — wie im „Roten Morgen" berichtet — ja schon vor dieser Wahl in der Frage des „Beschäftigungsprogramms" durchgesetzt, indem er alle CDU-Ministerpräsidenten auf eine Ablehnung der Mehrwertsteuererhöhung im Bundesrat festlegte. Die Bonner Regierung hatte gehofft, gerade Albrecht aus dieser von Strauß aufgebauten Front herauszubrechen zu können (weil sie darauf hoffte, der niedersächsische Ministerpräsident würde es sich aus wahltaktischen Gründen nicht leisten können, frontal gegen das „Beschäftigungsprogramm" aufzutreten). Nach Albrechts deutlichem Wahlsieg sind nun aber die Hoffnungen der Koalition, die Mehrwertsteuererhöhungen doch noch durch den Bundesrat zu bringen, endgültig gescheitert. Die Folge: Es müssen neue Finanzierungsquellen für das „Beschäftigungsprogramm" gesucht werden, was notwendig zu erneuten schweren Auseinandersetzungen zwischen den beiden Koalitionsparteien führen wird. Zudem beginnen im Sommer die Verhandlungen über den Haushalt (bei denen die FDP ihre Angriffe auf die Lohnfortzahlung und das Arbeitslosengeld erneut aufs Tapet bringen wird).

Eine neue Koalitionskrise ist also vorprogammiert. Dann könnte die Strategie von Strauß wirksam werden, zumal im Sommer auch in Hessen gewählt wird. Und ein Wahlsieg dort würde der Union eine Zweidrittelmehrheit im Bundesrat einbringen, mit der Strauß die Bonner Koalition vollständig lähmen könnte.







Stahlkocher machen Dampf. *Fast 70 000 Arbeiter und Angestellte der Eisen- und Stahlindustrie von Nordrhein-Westfalen und Bremen beteiligten sich am Montag, Dienstag und Mittwoch vergangener Woche an den Warnstreiks, zu denen die IG Metall im Rahmen der Tarifverhandlungen aufgerufen hatte. Insgesamt sind in diesem Bereich 200 000 Menschen in der Eisen- und Stahlindustrie beschäftigt. Die Arbeit wurde teils für eine, teilweise auch für zwei Stunden niedergelegt. In Duisburg und Bochum marschierten die streikenden Kollegen von Thyssen, Krupp und Mannesmann außerhalb der Werke zu Protestkundgebungen. Die insgesamt starke Beteiligung an den Warnstreiks zeigt, daß die IG Metall durchaus in der Lage wäre, ihre Forderung nach Reallohnsicherung durchzusetzen. Viele Kollegen nutzten die Demonstrationsmärsche, um zu unterstreichen, daß ihre Forderung nach wie vor 7,5 Prozent heißt und nicht etwa 4,2 Prozent. So auch die Kollegen auf dem Bild unten von den Mannesmann-Hüttenwerken in Duisburg. Bild oben: Seite an Seite demonstrieren die deutschen und ausländischen Kollegen von Krupp in Duisburg-Rheinhausen für ihre Lohnforderung. Mittleres Bild: Die Kollegen vom Hochofenwerk von Hoesch-Phönix in Dortmund versammeln sich an einem Werkstor zu einer Warnstreik-Kundgebung*

Lohnrunde Stahl

Die seltsamen Argumente der Stahlbarone

Die Tarifverhandlungen in der Eisen- und Stahlindustrie werden von Unternehmerseite in besonders provokatorischer Weise geführt. Sogar noch unter den Abschluß in der Metallindustrie sollen die Stahlwerker gedrückt werden. Diesen Versuch eines brutalen Lohnraubes begründen die Stahlbarone auf unverfrorene Art: Als „Argument" führen sie z. B. an, die Stahlarbeiter hätten ja auch in den letzten zwei Jahren fast immer mit niedrigeren Tarifabschlüssen als bei Metall vorlieb nehmen müssen.

Franz-Josef Weisweiler, Boss der Mannesmann-Hüttenwerke in Duisburg und Vorsitzender des Unternehmerverbandes Eisen und Stahl, begründete nach der zweiten Verhandlungsrunde sein unverschämtes 3,8-Prozent-Angebot in einem Rundfunkinterview folgendermaßen:

Angesichts der riesigen Subventionen, die die Stahlindustrie von der Regierung erhielte, wäre es für „die Öffentlichkeit" unverständlich, falls die Lohnerhöhungen in der Stahlindustrie nicht niedriger als in anderen Wirtschaftszweigen ausfielen.

Das ist eine tolle Logik! Als ob die Milliarden an Steuergeldern, die Bonn den Stahlbaronen in den Rachen wirft, den Stahlarbeitern zugute kämen! Als ob das nicht etwa faktische Arbeitsplatzvernichtungsprämien wären! Als ob die Rationalisierungsfeldzüge, die von diesem Geld finanziert werden, nicht gerade auf dem Rücken und auf Kosten der Stahlwerker durchgezogen würden: Durch verschärfte Arbeitshetze, größere Monotonie, Umsetzungen, Arbeitsplatzverlust, Abqualifizierung, Furcht vor Entlassung usw!

Wären doch unsere Gewerkschaftsführer nur annähernd so konsequent bei der Vertretung von Lohnforderungen, wie die Unternehmer dies bei der Verfechtung ihres Ausbeuterstandpunktes sind!

Kürzlich brachte die Zeitung „Handelsblatt", dieses treue Sprachrohr der Unternehmerverbände, einen längeren Beitrag, der ebenfalls „Argumente" für einen besonderen Lohnverzicht der Stahlarbeiter aufs Tapet bringt. Autor ist der stellvertretende Chefredakteur Hans Mundorf. Auch er kennt keine Hemmungen, was die Unverfrorenheit und den Zynismus seiner Begründungen dafür betrifft, daß die Stahlarbeiter ihren Gürtel ganz besonders eng schnallen müßten.

Da listet er sämtliche Tarifabschlüsse bei Stahl sowie bei Metall von 1971 bis heute auf, nur um nachzuweisen, daß in den vergangenen Jahren die Stahlwerker im Vergleich mit ihren Kollegen in der Metallverarbeitung fast in jeder Lohnrunde einen Abschlag hinnehmen mußten.

Unsere Leser mögen jetzt vielleicht sagen: Was soll's? Damit beweist Mundorf doch höchstens, daß es Zeit wird, daß die Stahlwerker endlich wieder Anschluß finden; sie benötigen offenbar besonders dringend einen Ausgleich für die Teuerung und können einen Reallohnabbau noch weniger verkraften als die Metaller! So sieht es wohl ein gewöhnlicher Sterblicher. Nicht aber Herr Mundorf. Bei ihm kommt die entgegengesetzte Folgerung heraus! Dieser Soldschreiber des Kapitals hat eben eine besondere Art, die Tatsachen zu interpretieren.

Mundorf hat noch ein weiteres „Argument" auf Lager. Er schreibt:

„Im gesamten Jahr 1981 dürfte der Belegschaftsabbau in der Stahlindustrie 20 000 Arbeitsplätze betragen haben. Innerhalb eines Jahres ist dafür jeder 14. Arbeitnehmer aus der Stahlindustrie ausgeschieden. die Belegschaftsstärke in der deutschen Stahlindustrie verringerte sich seit Ende 1974 um insgesamt 76 000 Arbeitskräfte oder 22 Prozent." Unmöglich zu machen, wie sonnenklar es ist, daß nicht etwa die Unternehmer, sondern die Stahlarbeiter für diese brutale Arbeitsplatzvernichtung mit einem Lohnverzicht bestraft werden müssen, hätte Mundorf vielleicht noch folgendes hinzufügen können: Die um 22 Prozent verringerte Gesamtbelegschaft der Stahlindustrie erzeugt heute in der gleichen Arbeitszeit ein erheblich höheres Quantum an Stahl. Der zusätzliche Profit, der so entsteht, füllt die Tresore der Finanzmagnaten, die über die Großbanken sagenhafte Zinsgewinne aus der Stahlindustrie ziehen.

Man könnte übrigens einwenden, uns könne es doch verhältnismäßig wurscht sein, was ein gewisser Herr Mundorf im „Handelsblatt" verzapft, wo doch ein gewöhnlicher Werktätiger diese Zeitung normalerweise gar nicht liest.

Das stimmt zwar. Man sollte aber nicht übersehen, daß gewisse Gewerkschaftsführer, zu denen auch Eugen Loderer und sein Tarifexperte Hans Janßen zu zählen sind, dieser Zeitung eine erhebliche Wertschätzung entgegenbringen. Die genannten IGM-Vertreter geben dem „Handelsblatt" nicht häufig Interviews; sie treten bisweilen sogar als Autoren in diesem Blatt in Erscheinung!

Ob der Herr Mundorf wohl diese guten Beziehungen zu Loderer und Konsorten im Auge hatte, als er seinen Argumenten noch folgenden Hinweis anfügte:

„In einer solchen Situation, die unvergleichlich viel schlechter ist als die Lage der Metallindustrie, kann Karlheinz Bräuer (der Kölner Bezirksleiter und Verhandlungsführer der IG Metall — RM) schon unter den 4,2 Prozent von Metall bleiben, ohne sein Gesicht zu verlieren. Es ist auch kaum anzunehmen, daß die Belegschaften, die in den letzten Jahren ihre Dezimierung erleben mußten, nun gegen ihren Verhandlungsführer wegen eines Abschlages opponieren, den sie in besseren Jahren auch toleriert haben."

Jedenfalls wird die Spekulation der Kapitalisten hier ziemlich offen ausgesprochen: Skrupellose Ausnutzung der hohen Arbeitslosigkeit und der Furcht vor dem Entlassungsterror in den Stahlbetrieben, um den Lohn zu drücken.

Was das Gesicht des Karlheinz Bäumer betrifft, so besitzt er möglicherweise tatsächlich sonst nichts, was er verlieren könnte. Aber selbst sein Gesicht hat er, zumindest teilweise, schon verloren: nämlich bei seinem 4,2-Prozent-Abschluß in der Metallindustrie, der weit hinter der Teuerungsrate zurückbleibt und einen kampflosen Verzicht auf das erklärte lohnpolitische Ziel der IG Metall darstellt: auf die Reallohnsicherung.

Nachholbedarf

Tarifabschlüsse bei Stahl und Metall seit 1971

1971: Stahl 10 Prozent, Metall nach Schlichtung 11 Prozent.
1972: Stahl 6 Prozent, Metall nach Schlichtung 7,5 Prozent.
1973: Stahl und Metall einheitlich 8,5 Prozent.
1974: Stahl 11 Prozent, Metall nach Schlichtung 11 Prozent, ab 1.11.74 dann 13 Prozent.
1975: Stahl 9 Prozent + 600 DM, Metall 6,8 Prozent nach Schlichtung.
1976: Stahl 5 Prozent, Metall 5,4 Prozent nach Schlichtung.
1977: Stahl 6 Prozent, Metall 6,9 Prozent nach Schlichtung.
1978: Stahl 4 Prozent, Metall 5 Prozent.
1979: Stahl 4 Prozent, Metall 4,3 Prozent.
1980: Stahl und Metall 6,8 Prozent.
1981: Stahl 4,3 Prozent, Metall 4,9 Prozent.

Seit 1971 gab es nur eine Lohnrunde, wo die Stahlwerker besser abgeschnitten haben als die Kollegen der Metallverarbeitung: im Jahr 1975. In den beiden Jahren 1973 und 1980 waren die Abschlüsse jeweils gleich. In den restlichen sieben Jahren mußten die Stahlwerker einen Abschlag hinnehmen. Ihre Arbeitsplätze wurden übrigens durch die Lohnzurückhaltung der Gewerkschaftsführung um keinen Deut sicherer, wie die ungeheure Arbeitsplatzvernichtung in der Stahlindustrie beweist. Was die jetzige Lohnrunde betrifft, so haben die Stahlwerker mindestens genauso gute und dringende Gründe, für ihre Reallohnsicherung zu kämpfen, wie die Metall-Kollegen. Sie haben schließlich einen Nachholbedarf.

Blohm + Voss in Hamburg

„Frischer Wind"

In Hamburg auf der Großwerft Blohm & Voss wurde vor kurzem zum ersten Mal der „Frische Wind" verteilt, Betriebszeitung der KPD für Blohm & Voss. Blohm & Voss ist eine der fünf norddeutschen Großwerften. 7000 Kollegen sind hier beschäftigt. Bei Blohm & Voss werden fast nur noch Rüstungsgüter hergestellt: neben Kriegsschiffen auch Panzer und Panzermotoren. Der Handelsschiffneubau wird bei Blohm & Voss heute nicht mehr betrieben.

Die erste Ausgabe der neuen Betriebszeitung ist schwerpunktmäßig bereits auf die Hamburger Bürgerschaftswahl ausgerichtet. Zum Auftakt des Wahlkampfes kommt nämlich Dohnany, der neue Hamburger Oberbürgermeister, Nachfolger des gestürzten Ulrich Klose, zu einer Belegschaftsversammlung auf die Werft. Die Schlagzeile auf der Titelseite vom „Frischen Wind" lautet denn auch: *„Laßt euch nicht von Dohnanyi und Kiep ver-Kohlen!"*

Nachdem „Frischer Wind" die Politik der Dohnanyis, Kieps usw. auseinandergenommen und die



Forderungen und Alternativen dargestellt hat, für die unsere Partei kämpft (Hauptschwerpunkt: *„Die Reichen sollen die Krise bezahlen!"*), wird aufgerufen: *„Vertraut nicht wieder den Dohnanyi und Schmidt, den Kiep und Kohl, die euch ausnehmen, um die Reichen noch reicher zu machen.*

Die KPD wird zur Bürgerschaftswahl kandidieren, und die hier genannten Forderungen werden ein wichtiger Teil unseres Wahlkampfprogramms sein.

Kämpft mit der KPD! Wählt die Kandidaten der KPD in die Bürgerschaft!"



DGB-Demonstration gegen Arbeitslosigkeit

„Wir geben keine Ruhe mehr"

BAD KREUZNACH. — Etwa 1000 Menschen beteiligten sich am 6. März an der Demonstration gegen Arbeitslosigkeit, die vom DGB Rheinland-Pfalz veranstaltet wurde. Die Teilnehmerzahl hätte allerdings wesentlich höher liegen können. Die Vorbereitung der Aktion durch den DGB war jedoch äußerst mangelhaft.

Kollegen aus Mainz berichten, daß in einem Teil der Betriebe überhaupt keine Einladungsflugblätter des DGB auftauchten, während es in anderen Fällen so war, daß lediglich wenige Tage vor der Demonstration ein Flugblatt verteilt wurde. Auch in Bad Kreuznach selbst wurde nicht konsequent in allen Betrieben mobilisiert.

Auch die Demonstration als solche war miserabel organisiert. Kein Lautsprecherwagen war vorhanden. Keine Megaphone. Sprechparolen waren ebenfalls nicht vorbereitet.

Spontan wurden dann zwei Sprechparolen gerufen: „Wir geben keine Ruhe mehr, schafft endlich Arbeitsplätze her!" und „Hopp, hopp, hopp, wir wollen einen Job!".

Auf Transparenten wurden unter anderem folgende Parolen mitgetragen: „Recht auf Arbeit!" — „Jugend ohne Arbeit — Gesellschaft ohne Zukunft!" — „Die Reichen sollen die Krise bezahlen" — „Arbeit für jeden statt Atomraketen!" — „Solidarität gerade auch mit unseren ausländischen Kollegen!".

Die abschließende Kundgebung in der Conrad-Frey-Halle stand ebenfalls unter einem ungünstigen Vorzeichen. Als Redner war außer dem rheinland-pfälzischen DGB-Landesbezirksvorsitzenden Julius Lehlbach nämlich ausgerechnet der durch den Neue-Heimat-Skandal einschlägig belastete und ins Schleudern geratene Nachfolge-Kandidat für den DGB-Vorsitzenden-Sessel angekündigt angekündigt (übrigens ein Umstand, der neben der schlechten Mobilisierung zusätzlich noch so manchen Kollegen davon abgehalten haben mag, sich an der Demonstration zu beteiligen).

Während Lehlbachs Rede immerhin einigermaßen kämpferisch und akzeptabel war, empfanden die Kollegen Pfeiffers Ausführungen zum Teil als Zumutung. Ein Kundgebungsteilnehmer schrieb uns:

„Nicht nur daß er (Pfeiffer — RM) uns ständig zu erklären versuchte, wie wichtig die Förderung des sozialen Wohnungsbaus sei (warum vermied er eigentlich bei diesen Ausführungen peinlich das Wörtchen ‚Neue Heimat'?); — zudem wollte er uns auch noch darüber aufklären, daß Arbeitszeitverkürzung als Mittel gegen Arbeitslosigkeit gewiß vonnöten, aber zugleich mit einem bitteren Wermuthstropfen behaftet sei: Wir sollten uns gefälligst darüber im klaren sein, daß wir gleichzeitig nicht auch noch Anspruch auf hohen Lebensstandard und Steigerung des Reallohnes erheben könnten. Auf gut deutsch: Den Gürtel enger schnallen!".

Den Unternehmern, die diese Weisheiten Pfeiffers später in den regionalen Tageszeitungen nachlesen konnten, dürfte warm ums Herz geworden sein! Unter den Kundgebungsteilnehmern in der Conrad-Frey-Halle allerdings wurden Meinungen laut wie diese: „Eigentlich sollte der Mann besser Pfeife als Pfeiffer heißen." Ehrlich!

Den Daumen draufhalten!

Es ist unbedingt wichtig und gut, wenn der DGB zu Aktionen wie zum Beispiel der Demonstration in Bad Kreuznach aufruft. Weniger gut aber ist es, wenn dann die Mobilisierung derart mangelhaft ausfällt und zudem auch noch die organisatorische und politische Durchführung der Aktion selbst miserabel ist. Das ist — mit Verlaub gesagt — sogar eine große Scheiße!

Daß es sehr wohl auch anders laufen kann, hat die machtvolle Demonstration der 70000 in Stuttgart gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit bewiesen.

Die oben angesprochenen Mängel können dazu führen, daß eine an sich notwendige und gute DGB-Aktion weniger zum Erfolgs- sondern eher zum Mißerfolgserlebnis gerät. Damit wird der Sache ziemlich geschadet. Zum Beispiel können auf diese Weise resignative Tendenzen bei vielen Kollegen nicht überwunden werden, sondern sie werden sogar noch verstärkt.

Von daher ist es einfach notwendig, daß die oppositionellen, klassenkämpferischen Gewerkschafter da den Daumen draufhalten. Es ist ja nicht etwa so, daß dem DGB die materiellen Möglichkeiten für eine vernünftige Durchführung derartiger Aktionen nicht zur Verfügung stünden!

Zusätzlich gilt: Um den Kampf voran zu bringen und in jeder Hinsicht etwas zu erreichen, müssen die kämpferischen Gewerkschafter auf jeden Fall auch selbständig die Initiative ergreifen, müssen sie selbständig mobilisieren und organisieren. Gewisse Kollegen hinter den zuständigen Schreibtischen der Gewerkschaftshäuser geraten dann zumindest in Zugzwang.

Betriebsratswahl bei KWU/Westberlin

„Wählt RGO — Liste 2"

WESTBERLIN. — Am 25. März wählen die Arbeiter bei der Kraftwerk Union (KWU) in Westberlin einen neuen Betriebsrat. Wie kürzlich im RM berichtet, ist die Betriebsratswahl bei KWU/Westberlin vom Frühjahr 1981 durch das Arbeitsgericht für ungültig erklärt worden.

Die Kollegen der „Liste linker Gewerkschafter" und andere Gewerkschafter bei KWU/Westberlin hatten die Wahl angefochten. Und zwar hatten die „linken Gewerkschafter" bereits vor dem Wahltag angekündigt, sie würden diesen Schritt tun, unabhängig davon, wie stark ihr Stimmenanteil sein würde.

Mit 20,3 Prozent der Stimmen hatte ihre von dem RGO-Betriebsrat Uwe Jessen angeführte oppositionelle Liste dann recht gut abgeschnitten. Von den drei aufgestellten Kandidaten konnten zwei in den Betriebsrat einziehen.

Die Vorgeschichte der Wahlanfechtung: Der IGM-Vertrauenskörper hatte die Aufstellung einer offenen Liste für Persönlichkeitswahl beschlossen. Dieser Beschluß war jedoch von den alten Betriebsratsfürsten unterlaufen worden. Durch Manipulationen und ein übles Intrigenspiel erzwangen sie Listenwahl. Sie scheuten sich dabei nicht, als Träger der offiziellen IGM-Liste geheime Absprachen mit der reaktionären Spaltergewerkschaft CMV zu treffen.

Allerdings kam es im Zusammenhang mit diesen Machenschaften zu Verstößen gegen die Wahlbestimmungen. So wurde zum Beispiel ein Kandidat der IGM-Liste nachträglich wieder gestrichen, obwohl die Stützunterschriften bereits gesammelt waren. Und der Wahlvorstand? Er mochte an diesen Unregelmäßigkeiten nicht Anstoß nehmen. Dazu stand er offenbar mit den IGM-Rechtsaußen in einem zu intimen Verhältnis.

Jetzt wird es vor einem Jahr erneut zu einer Listenwahl mit drei konkurrierenden Listen kommen. Die Kandidaten der früheren „Liste linker Gewerkschafter" treten diesmal jedoch direkt mit einer RGO-Liste an. Ihre Stützunterschriften haben sie ohne Schwierigkeiten zusammenbekommen.


Die Kandidaten der RGO-Liste bei KWU/Westberlin. Von links nach rechts: Hans-Dieter Schaake, Michael Senger, Uwe Jessen.

Nichts hören und nichts sehen

Die Kollegen der RGO-Liste bei KWU/Westberlin schreiben unter anderem in einem ihrer Flugblätter:

„Gegen Rationalisierungsfolgen Widerstand leisten! Unsere Arbeitsplätze können und müssen wir kompromißlos verteidigen!

Dazu brauchen wir Betriebsräte, die mitziehen, unbestechlich sind und keine weichen Knie kriegen, wenn ein rauhes Lüftchen weht!

Betriebsräte wie Harry Fernow und seine engsten Vertrauten sehen trotz allem im Unternehmer den ‚Sozial-Partner'. Sie sorgen sich um das Wohl ihrer Partner. Hallo Partner — Dankeschön.

Sie verharmlosen alles, informieren nicht, halb oder zu spät, blocken Unmut und Beschwerden von unten ab, führen Verhandlungen hinter dem Rükken anderer Betriebsratskollegen. Sie spalten, indem sie den Widerstand und die Solidarität sabotieren. Dabei wollen sie als gestandene Gewerkschafter gelten.

Ansonsten: Sie hören nichts, sie sehen nichts und sie wissen von nichts! Dagegen kandidieren wir von der RGO. Wählt RGO — Liste 2!"

IG-Chemie-Vertrauenskörper bei Beiersdorf aufgelöst

Gewerkschaftsdemokratie nach Art des Hauses

HAMBURG. — Was machen Gewerkschaftsbonzen, wenn Kollegen in einem Vertrauenskörper nicht mehr nach ihrer Pfeife tanzen wollen? Kein Problem! Der Vertrauenskörper wird ohne viel Federlesens aufgelöst. So einfach ist das? In der IG Chemie offensichtlich schon. Wer es nicht glaubt, lasse sich durch die Vorfälle bei Beiersdorf eines Schlechteren belehren.

Vor gut zwei Jahren wurde der Vertrauenskörper der IG Chemie bei Beiersdorf gewählt. Jetzt wurde er von der Vertrauenskörperleitung im Zusammenspiel mit der Hamburger IG-Chemie-Verwaltungsstelle auf diktatorische Weise für aufgelöst erklärt. Und zwar wurde dabei folgendermaßen zu Werke gegangen:

Im November letzten Jahres ließ die Vertrauenskörperleitung hinter den Kulissen unter einem Teil der Vertrauensleute für einen Brief Unterschriften sammeln. Der Brief nannte als Adressaten die Verwaltungsstelle der IG Chemie. Er enthielt ein wildes Durcheinander von Behauptungen, Unterstellungen und Denunziationen. Alle Vertrauensleute, die gewissen Funktionären nicht in den Kram passen, wurden darin als *„Mitglieder der DKP-Betriebsgruppe und ihre Anhänger"* abgestempelt.

Es kamen 18 Unterschriften für dieses Machwerk zusammen. Das ist etwa ein Drittel des Vertrauenskörpers.

Im Dezember erhielten dann die Mitglieder des Vertrauenskörpers von der Verwaltungsstelle eine schriftliche Mitteilung, daß die Dezember-Versammlung abgesagt sei. Zunächst müsse über die Lage des Vertrauenskörpers in der Verwaltungsstelle beraten werden. Im Januar schließlich erhielten die Vertrauensleute einen weiteren schriftlichen Bescheid. Diesmal besagte er, daß überhaupt keine Versammlungen mehr stattfänden. Im März wolle man eine Mitgliederversammlung für Beiersdorf abhalten, dann werde man weitersehen.

Im Klartext: Die Vertrauenskörperleitung und die Ortsverwaltung erklären den Vertrauenskörper für aufgelöst!

Hintergrund dieses gewerkschaftsschädigenden Amoklaufs sind seit gut einem Jahr andauernde Auseinandersetzungen in der IG Chemie bei Beiersdorf; Auseinandersetzungen, deren Kern darin besteht, daß es sowohl im Betriebsrat als auch im Vertrauenskörper eine ganze Reihe von Kollegen gibt, die die Linie der „vertrauensvollen Zusammenarbeit" mit den Kapitalisten nicht mehr mitmachen wollen und die sich von den Bonzen und ihren Wasserträgern auch nicht mehr so einfach unterbuttern lassen.

Diese kritischen und oppositionellen Kollegen drängten auf eine stärker gewerkschaftlich orientierte Arbeit des Betriebsrates und auf eine aktivere Rolle des Vertrauenskörpers. Beispielsweise hatten — nachdem von verantwortlicher Seite sich nichts geregt hatte — 35 Kollegen, Vertrauensleute, Betriebsräte und andere aktive Kollegen, eigenständig zur Teilnahme an der DGB-Demonstration zum Antikriegstag 1981 aufgerufen.

Und zudem passierte im letzten Herbst etwas für die Denkweise gewisser Bonzen geradezu Unerhörtes: Als es darum ging, durch den Vertrauenskörper ein Mitglied für die Tarifkommission wählen zu lassen, erhielt doch tatsächlich nicht — wie vorgesehen — der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende das Mandat, sondern ein Gewerkschafter, der der DKP zugerechnet wird!

Die Bonzen mußten zwei „Nachwahlen" inszenieren, um dieses unerwünschte Ergebnis „zu korrigieren."

In diesem Zusammenhang ist es nützlich, sich daran zu erinnern, daß der Hauptvorstand der IG Chemie unlängst sein skandalöses Lohnverzichtskonzept für die diesjährige Tarifrunde durch die Mitglieder der regionalen Tarifkommissionen hat absegnen lassen. Die große Mehrheit stimmte für eine Marschroute, deren Clou es ist, darauf zu verzichten, überhaupt eine Lohnforderung aufzustellen!

So gesehen ist es kaum verwunderlich, daß sich „Gewerkschaftsdemokratie" für die IG-Chemie-Bonzen darin erschöpft, solche Kollegen in Gremien „wählen" zu lassen, die brav nach der Pfeife der Hauenschild, Rappe und Mettke tanzen. Sollte die Basis aber nicht den gewünschten Kandidaten wählen oder sollte doch einmal ein Gremium aus der Reihe tanzen, dann — siehe Beiersdorf.

Verantwortungslos und gewerkschaftsschädlich

Die IG-Chemie-Branchengruppe der RGO in Hamburg brachte für die Beiersdorf-Belegschaft ein Flugblatt zur Auflösung des Vertrauenskörpers heraus. Im folgenden einige Auszüge:

„Kritiken an der Arbeit des Vertrauenskörpers werden dort nicht etwa gemeinsam diskutiert und Beschlüsse gefaßt. Eine Leitung gibt nicht etwa ihr Mandat zurück, wenn sie meint, sie kann irgendetwas nicht mehr verantworten. Bei Beiersdorf wird eine scheinheilige Intrige angezettelt und bei Beiersdorf löst eine Vertrauensleuteleitung das Germium, von dem sie gewählt wurde und dem sie rechenschaftspflichtig ist, kurzerhand auf.

Gewerkschaftsdemokratie nach Art des Hauses!

(...) Der VK wurde zu der Zeit aufgelöst, als mit Entlassungen gedroht wurde. Im Hamburger Abendblatt hält Beiersdorf für 1982 Kurzarbeit und Entlassungen für möglich. Im Bereich des Prämienlohns will die Firma den Lohn abbauen. Eine schwere Tarifrunde steht bevor.

Wer in einer solchen Situation für mindestens vier Monate den gewerkschaftlichen Vertrauensleutekörper auflöst, fällt allen Gewerkschaftsmitgliedern und Kollegen bei Beiersdorf in den Rücken.

Für jeden verantwortungsbewußten Gewerkschafter und Vertrauensmann muß es demgegenüber darauf ankommen, die Belegschaft auf härtere Auseinandersetzungen mit der Geschäftsleitung vorzubereiten und die IG Chemie im Betrieb zu stärken und nicht zu schwächen."



gegen Jugendarbeitslosigkeit

Aktionen planen, Plakate entwerfen, Ideen für Aufkleber sammeln, Sprüche kloppen, Theaterstück machen, Lied texten, Comics malen, Filme kennenlernen, Kollagen anfertigen, Fotoausstellung machen, Tonbildshow konzipieren ...
Mit anderen Worten: Das nächste KJD-INFO erstellen

27. / 28. März im Rheinland

Der 

muß besser bleiben!

Wir machen Druck. Das linke Jugendmagazin mit den vielen guten Seiten.

Wer will mitmachen, beim „Roten Rebell", Artikel vorschlagen, selbst oder mit anderen zusammen schreiben, Kritiken auswerten, verbessern, für immer neuen Schwung sorgen, Reportagen machen ...

17. / 18. April in Westfalen

Die KJD Schülerzeitungen

Die Keule — Das rote Heft — Die linke Klinke

Für die, die schon länger erscheinen, zur Verbesserung. Für die noch nicht Erschienenen als letzten Anstoß.

Auf die Dauer hilft nur Power!

Für die lang Geplanten als Lay-out-Termin. **Die** Gelegenheit für alle KJD-Schulgruppen und Schüler; Ideen und Artikelmaterial mitbringen; an diesem Wochenende wird geschrieben, getippt, geklebt, gemalt; endlich erklärt einem mal einer, wie's genau gemacht werden soll. Die fertige KJD-Schulzeitung wird dann sofort in den nächsten Tagen gedruckt und euch zugeschickt! Was lange gärt, wird endlich Wut!
17. / 18. April in Westfalen

Seminare Fahrten '82 Veranstaltungen



Alle Seminare kosten für alle Teilnehmer 20,— DM. Zuschüsse können bei den KJD-Leitungen oder bei der Partei erfragt werden.
Für die Anfahrten möglichst Fahrgemeinschaften bilden. **Achtung!** KJD-Seminare und Parteischulen finden häufig zur gleichen Zeit am gleichen Ort statt! Alle Seminare beginnen samstags um 12.00 Uhr mit dem Mittagessen und enden sonntags um 15.00 Uhr nach dem Kaffee. **Achtung!** Ausnahme: Der Antifaschistische Workshop geht bis einschließlich Montag, den 1.11.82, man kann natürlich schon Sonntag nach Hause fahren.
Anmeldungen immer schriftlich, Bezahlung zu Seminarbeginn.

KJD-Zeltlager —Wo? —Natürlich in Thiergarten im Hunsrück!

Lagerkino, Sport, Erholung, Abenteuer, Ausflüge, alte Bekannte und Erinnerungen, Prominententreffen mit der Kreisverwaltung ...
Zelte, Luftmatratzen, Schlafsäcke, Eßgeschirr, Badehose und Gummistiefel sind mitzubringen.
14 Tage einschließlich Verpflegung und Programm: 180,— DM

17.7. - 31.7.

Schülerseminar



Erfahrungsaustausch und Berichte
Arbeit am „Roten Faden"
Hauptschüler gegen Jugendarbeitslosigkeit



Antifaschistischer Workshop (im Rheinland)



zur Vorbereitung des 30.1.83
50ster Jahrestag der Machtergreifung der Faschisten.
Straßentheater machen, alte und neue antifaschistische Lieder lernen und singen, Ideen für Aktionen sammeln, Tonbildschau erstellen, Filme sehen, Flugblätter produzieren
30. Oktober - 1. November
(In einigen Bundesländern ist der 1.11. ein Feiertag)

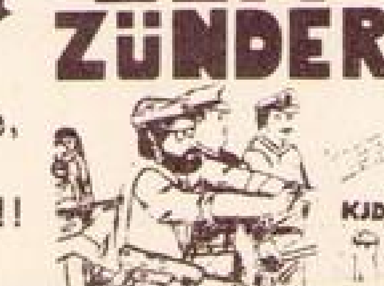
Betriebs- und Gewerkschafts-Seminar

Neu im Betrieb — was nun? Jugendvertreterwahl '82 — was wurde daraus? Aktuelles. Bewährtes. 27. / 28. November in Westfalen



Jahres Abschuß Fest — ZEIT-ZÜNDER

Nur mal so, aus Spaß an der Freud!, Fast ohne Politik, dafür aber für alle, wie immer!!



11. / 12. Dezember in Westfalen

V. Internationales Jugendlager in Kanada

16. Juli bis 1. August 1982 im Bundesstaat Québec.
Wie immer werden die Internationalen Jugendlager von kommunistischen Jugendverbänden aus mehreren Ländern durchgeführt und haben ein antifaschistisch-antiimperialistisches Programm.

Wer Interesse hat, mit der KJD nach Kanada zu fahren, melde sich bitte bei uns im zentralen Büro, (hier sind auch weitere Informationen erhältlich).

Kosten: Neckermann bietet einen Charterflug für 1260 Mark von Frankfurt nach Toronto und zurück an — wir bemühen uns, dieses Angebot wahrnehmen zu können. Hinzu kommen ca. 200 Dollar — ca. 400 DM für die Teilnahme am Lager. Fürs Taschengeld mußt ihr kalkulieren: Ihr verbraucht im Kanada — durch das Währungsgefälle — doppelt soviel wie hier. Also mindestens 2000 Mark Unkosten einkalkulieren!!!

Da die Kosten sehr hoch sind und nicht im Verhältnis zur Reisedauer stehen, überlegen wir, die Reise auf vier Wochen auszudehnen. Eine genaue Planung in dieser Richtung wird aber erst möglich sein, wenn erste Anmeldungen vorliegen, da wir das dann unter den Reiseteilnehmern abklären.

Anmeldungen bis spätestens 15. Mai 1982 (unbedingt einhalten, sonst kommen wir mit den Fluggesellschaften nicht klar!) an: KJD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30.

Die Parteischule lädt ein!

Die KPD lädt jeden Interessierten herzlich zur Teilnahme an den Wochenschulungen und Wochenendschulungen ein. Es sind keinerlei Vorkenntnisse erforderlich!
Kosten nur 35,— DM / bzw. 20,— DM

Wochentermine:
22. - 28. März
17. - 23. April
06. - 12. September
25.10. - 01. November

Wochenendtermine:
25. / 26. September
27. / 28. November
11. / 12. Dezember

Themen: (gelten für alle Wochen bzw. die drei Wochenenden zusammen)
- Zur Geschichte der KPD und über die Aufgaben und den Aufbau der Kommunistischen Partei
- Was ist eigentlich Ausbeutung? Einführung in die politische Ökonomie
- Was verstehen wir unter Imperialismus?
- Staat und Revolution
- Was bringt uns der Sozialismus?

Faschisten auf Stimmenfang

Die Kommunalwahl in Kiel hat ein Zeichen gesetzt, ein Zeichen für die Ausnutzung des Wahlkampfes durch profaschistische Listen, die sich in ihrer Propaganda auf die ausländerfeindliche Hetze konzentrieren. Die „Kieler Liste für Ausländerbegrenzung" (KLA), die antrat mit dem Slogan „Ausländerflut aufhalten" und diese Flut auf Wahlflugblättern mit einer Woge illustrierte, die über dem Kieler Rathausturm zusammenzuschlagen droht, erzielte fast 3,8 Prozent der Stimmen, in einigen Stadtvierteln, traditionellen (wenn auch nicht mehr reinen) Arbeitervierteln, wo aber gerade deshalb auch viele Arbeitslose und Ausländer wohnen, gar mehr als 8 Prozent. Das sind Zahlen, die man ernst nehmen muß.

Die rassistische Hetze der Alt- und Neonazis, die hinter der Liste stecken und durch „wohlangesehene" Bürger unterstützt werden, verfängt in gewissem Maße.

Der große Verlierer der Kieler Wahl war die SPD. Sie bekam die Quittung für ihre anhaltend arbeiterfeindliche Politik; sie verlor viele Stammwähler, die enttäuscht zu Hause blieben, andere wählten, weil sie im Rahmen des parlamentarischen Systems keine Alternative sehen, diesmal wieder CDU. Auswirkungen auch der Bundespolitik. Die Bundesregierung in Bonn ist es auch, die alles tut, damit die Werktätigen die wahren Gründe für die rasante Verschlechterung ihrer Lebenslage nicht erkennen, damit sie z.B. nicht erkennen, wer wirklich schuld ist an der Arbeitslosigkeit, an den Streichungen im Sozialleistungsbereich. Dies sind bekanntlich Hauptansatzpunkte der Faschisten bei ihrer „Ausländer-raus!"-Kampagne. („Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg", usw.) Da kommt ihnen die Bundesregierung noch entgegen mit ihren immer unverschämteren Angriffen auf unsere ausländischen Kollegen, mit ihren heuchlerischen Worten gegen die Nazi-Hetze, bei denen sie die Schuld für die Ausländerfeindlichkeit den Ausländern selbst gibt, deren Familien sie vollends zerstören will, die sie wie letztens Baum ultimativ unter Druck setzt, sie sollten sich gefälligst jetzt entscheiden ob sie — wohlgemerkt bei einer dauernden Verschlechterung ihrer sozialen Lage — in Deutschland bleiben oder nicht doch lieber abhauen wollten. So handelt die SPD in Bonn. Und die SPD in Kiel, im „linken" SPD-Verband Schleswig-Holstein, die direkt konfrontiert wurde mit einer rassistischen Nazi-Liste in der von ihr regierten Stadt, weigerte sich, energische Maßnahmen zu ergreifen, um eine Wahlteilnahme der KLA zu verhindern, um das Auftreten dieser Leute verbieten zu lassen. Das entspricht genau der Haltung, aus der heraus diese Partei seit Jahren Nazi-Umtriebe in der Stadt duldet, Proteste und Anträge Tausender Bürger in den Wind schlägt. Obwohl viele Anhänger der SPD absolut gegen die Nazis sind, ist beim Kampf gegen sie auf diese Partei nicht zu rechnen. Die CDU/CSU, deren Verlautbarungen zur Ausländerfrage oft mit Aussagen faschistischer Kreise übereinstimmen, reibt sich die Hände.

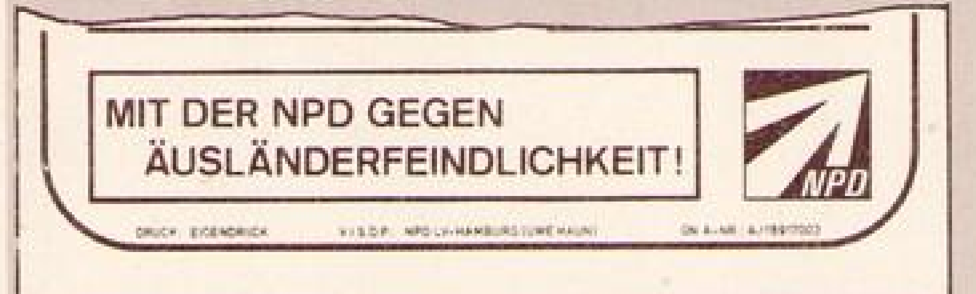
Mit der Zulassung der KLA zur Wahl wurde ein Damm gebrochen. Schon finden sich Nachahmer: Bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg tritt eine Hamburger Liste „Für Ausländerbegrenzung und die Beseitigung von Mißständen" an. Auch sie wird bisher nicht gehindert, mit massiver rassistischer Propaganda auf Stimmenfang für ihre Eintragung ins Wahlregister zu gehen.

Und Hamburg dürfte nicht das letzte Bundesland sein, in dem derartiges geschieht; schließlich sehen die Faschisten im Aufgreifen des sogenannten Ausländerproblems erklärtermaßen eine Möglichkeit, eine breitere Massenbasis zu finden, und da lassen sich sogenannte Wählerinitiativen natürlich besonders gut nutzen. Man weiß aus entsprechenden Erklärungen bei den verantwortlichen Stellen seit langem, was in dieser Hinsicht auf uns zukommt und tut nichts dagegen.

Dies alles ist eine Warnung für die Antifaschisten. Was folgt daraus?



Zwei Beispiele faschistischer Propaganda: Mal werden die Ausländer direkt als Todfeinde dargestellt (die Flutwelle, die uns zu ertränken droht), mal wird geheuchelt, die angestrebten Maßnahmen seien in ihrem eigenen Interesse. Taktische Tricks, auf die man sich einstellen muß.



Konkret heißt das sicherlich auch, alle Mittel auszuschöpfen, um die Faschisten daran zu hindern, die Wahlen in ihrem Sinne auszunutzen. Dazu gehören auch juristische Schritte nach Möglichkeit, gestützt auf organisierten antifaschistischen Widerstand auf der Straße, in Betrieben und Wohnvierteln. Aber das heißt natürlich noch viel mehr.

Wenn es den Volksverhetzern gelingt, derartig viele Stimmen zu ergattern, dann zeigt uns das vor allen Dingen die Notwendigkeit der antifaschistischen Aufklärungsarbeit, erfordert das von uns die Fähigkeit, auf die Fragen der Menschen, die aus ihrer schlechten Lage entstehen und auf die die Nazis ihre Antworten geben, selber überzeugender antworten und die Demagogie der Faschisten auseinandernehmen zu können. Mit der bloßen Feststellung, daß eine bestimmte Initiative von rechten und direkten faschistischen Kräften gesteuert wird, kommt man da nicht weit genug, hält man viele Menschen nicht von einer Unterstützung für diese Initiativen ab. Schon gar nicht auf den Gebieten, wo die allgemeine, offizielle Propaganda und Politik der großen Parteien bereits ein Klima geschaffen hat, das die Rechten bestens ausnutzen können, und dazu gehört die Ausländerfeindlichkeit an allererster Stelle.

Die Notwendigkeit dazu ergibt sich vor allem daraus, daß ein Erfolg der Rassisten die Arbeiterklasse in unserem Lande spaltet und die Klassensolidarität durch engstirniges egoistisches Denken ersetzt, was sehr weitreichende Auswirkungen haben muß. Wenn man die Nazis ungestört gewähren läßt, lachen sich die Kapitalisten ins Fäustchen. Denn die Verbreitung einer derartigen Ideologie, die Spaltung der Arbeiterklasse schwächt den Widerstand gegen den Sozialabbau und die Rotstiftpolitik, gegen die Krisenbewältigung auf unsere Kosten. Deshalb läßt man den Nazis derartigen Spielraum, auch wenn ihre ausländerfeindlichen Forderungen zum Teil derart extrem formuliert sind, daß sie im Programm einer Unternehmervereinigung keinen Platz hätten, weil sie ökonomisch unsinnig sind. Und deshalb müssen wir auch immer wieder auf organisierte gewerkschaftliche Gegenaktion drängen.

Der Kampf gegen die Nazi-Vorstöße muß also gewissenhaft und auf der Grundlage von Wissen geführt werden, das wir auch weitervermitteln müssen. Dabei darf man auch die Gerissenheit der Nazis nicht unterschätzen. In Hamburg z.B. kursierte jüngst ein Flugblatt der NPD. Auf der Vorderseite unten steht auf diesem Machwerk, direkt neben dem Parteiemblem, hervorgehoben durch einen Kasten: „Mit der NPD gegen Ausländerfeindlichkeit!" Auf der Rückseite findet sich eine „Meinungsumfrage: ‚Ausländer'". Die ersten beiden Fragen: „Finden Sie es richtig —, daß aus reiner Profitgier des Großkapitals Millionen von Ausländern in die Bundesrepublik gelockt werden? — daß man Menschen aus ihrer Heimat reißt, anstatt Arbeitsplätze im jeweiligen Heimatland zu schaffen?" Und danach erst werden dann solche Sachen untergeschoben wie: „Finden Sie es richtig, daß — unsere Ausbildungsstätten und Arbeitsplätze zum großen Teil von Ausländern blokkiert werden? — daß durch die stetig steigende Ausländerzahl unsere erarbeiteten sozialen Errungenschaften wie Kindergeld, Krankenkasse, Rentenzahlung usw. immer mehr beschnitten und eines Tages ganz gestrichen werden?" Da muß man schon wirklich wissen, wie es sich tatsächlich verhält. Und die NPD, die auf diese Weise recht geschickt vorgeht, steckt eben auch hinter vielen Initiativen, die sich einen unabhängigen Anstrich geben.

Wir versuchen, im „Roten Morgen" solches Wissen zu vermitteln, und wir bitten alle unsere Leser, von ihrer Zeitung zu erwarten, daß sie ihnen im konkreten Kampf vor Ort in dieser Hinsicht hilft, und mit Verbesserungsvorschlägen, Kritiken, eigenen Erfahrungsberichten zu versorgen.

Wo von Wahlinitiativen faschistischer Kreise die Rede ist, sollen auch die „Bürgerinitiativen" nicht vergessen sein. Dabei geht es vor allem um die BIs „Ausländerstopp". In Nordrhein-Westfalen hat die dortige Initiative vor einigen Tagen eine ausreichende Zahl (mehr als 3 000) Unterschriften vorgelegt, um das von ihr angestrebte Volksbegehren für die Einführung von Nationalitätenklassen, für die Einführung der Apartheidspolitik in allen Schulen des Landes in Gang zu bringen. Es liegt beim Landtag, es zuzulassen oder abzulehnen; eine definitive Äußerung aus Düsseldorf gibt es bisher immer noch nicht. Wie die Nazi-Liste bei den Kieler Wahlen ein Test, ein Vorläufer war, so wird es dieses Volksbegehren auch für andere Bundesländer sein, wenn es zugelassen wird. Deshalb müssen sich die Antifaschisten in NRW, und hier müssen sich unsere Genossen unserer Partei besonders gefordert fühlen, alles daransetzen, ein Verbot zu erzwingen, das wegen Verstoß gegen das Grundgesetz und die UNO-Menschenrechtskommission durchaus unter Ausnutzung der bestehenden Gesetze möglich wäre.

Gehen wir in diesem Sinne ans Werk. Gewähren wir den Faschisten keinen Fußbreit. Setzen wir der ausländerfeindlichen Hetze konkrete Beispiele der Solidarität und Völkerverständigung entgegen, verstärken wir unsere Aufklärungs- und Mobilisierungsarbeit!

Gautreffen der Wiking-Jugend verhindert

KÖLN. — Am 20. März wollte die faschistische Wiking-Jugend in Köln ihr Gautreffen veranstalten. Aber sie bezog dabei nur die zweite Abfuhr innerhalb weniger Wochen: Hunderte Antifaschisten waren zur Stelle, das Treffen kam gar nicht zustande.

Ein breites Bündnis aus weit über 20 Organisationen war in Köln tätig, seit die Absicht der Neonazis ruchbar geworden war. Am Morgen des 20.3. — noch war ein genauer Versammlungsort der Faschisten gar nicht bekannt — trafen sich bereits Hunderte von Antifaschisten, mögliche Treffpunkte der Wiking-Leute wurden beobachtet. Aber alles blieb ruhig. Um 9.30 Uhr hielten die Antifaschisten, inzwischen waren es 700 bis 800, wie geplant eine Kundgebung ab, auf der ein Vertreter der antifaschistischen Initiative, der Jugendbildungssekretär der DGB-Jugend, ein alter Antifaschist von der VVN und ein türkischer Betriebsrat sprachen.

Mobilisiert zu der Aktion hatten übrigens auch der ÖTV-Kreis Köln, die DGB-Jugend sowie die IG Metall, die sogar einen eigenen Aufruf herausgab, der in den Betrieben kursierte. Nach der Kundgebung wurde bekannt, daß die Faschisten sich gegen 15.30 Uhr am Deutzer Bahnhof treffen wollten. Bereits um 15.00 Uhr waren etwa 250 Antifaschisten zum Empfang bereit. Einige Nazis schlichen herum; als eine Gruppe von ihnen zu provozieren begann, wurde sie verfolgt und mußte fliehen, die Polizei mußte sogar einen von ihnen in Schutzhaft nehmen. Dabei hatte die Polizei das Treffen der Wiking-Jugend offenbar eigentlich beschützen wollen. Dafür spricht auch der folgende bemerkenswerte Vorfall: Als zwei Antifaschisten in der Nähe des Deutzer Bahnhofs eine verdächtige gestiefelte Gestalt beobachteten, die offensichtlich auf Posten stand, und einer von ihnen auf diese Figur zuging, tauchten sofort Polizisten auf und drohten ihm mit Verhaftung. Er hörte noch, wie die Polizisten danach zu dem Nazi sagten, seine Leute könnten ruhig kommen, man werde sie schon schützen. Eine volle Pleite für Nazis und Polizei, ein ermutigender Erfolg der Antifaschisten durch eine beispielhafte Aktion!

Die Herrschenden müssen zur Beachtung der eigenen Gesetze gezwungen werden. — Unser Bild entstand auf einer Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit in Witten.

Wie eine Initiative entstand

Am Anfang waren sie zu zweit: Helmut Neuhaus und Ömer Gülsen aus Münster. Ihr Entschluß: Gegen die ausländerfeindliche Hetze, die auch in ihrer Stadt erschreckende Ausmaße angenommen hat, muß etwas getan werden. „Es müssen die verschiedenen ausländischen Gruppen und die Deutschen zusammengefaßt werden in so einer Initiative — eventuell auch außerhalb der bislang üblichen Bahnen!" Diese Erklärung von Helmut Neuhaus veröffentlichte die „Münstersche Zeitung", an die sich die beiden gewandt hatten, nachdem sich das Blatt bereits ausführlich mit der Ausländerfeindlichkeit befaßt hatte, so in einem Bericht über die Aktivitäten einer Schulklasse, die sich mit den überall kursierenden „Türkenwitzen" auseinandersetzte.

Wie es dann auf dem Gründungstreffen der Initiative aussah, beschreibt dieselbe Zeitung so:

„Das gemütliche Beisammensein wuchs langsam zu einer drangvollen Enge aus. Immer mehr Leute strömten in den ‚Bürgerkrug', zum Schluß versuchten annähernd 100 Gäste, wenigstens noch einen Stehplatz zu ergattern. ‚So viele Deutsche und Ausländer habe ich noch nie zusammen in einer Kneipe gesehen', der junge Mann, der diese Bemerkung machte, war sichtlich erstaunt..."

Ein voller Erfolg also. Das starke Echo des Aufrufes und die lebhafte Aussprache auf der Versammlung lassen für die zukünftige Arbeit der Initiative das Beste hoffen. Die erste Aktion der ‚Deutsch-ausländischen Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit', so der an diesem Abend beschlossene Name, war ein Brief an die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen. Darin heißt es:

„Wir, ausländische und deutsche Bürger aus Münster, wenden uns an Sie, da uns die wachsende Ausländerfeindlichkeit mit tiefer Sorge erfüllt.

In dieser schwierigen Situation plant jetzt die ‚Bürgerinitiative Ausländerstopp' ein Volksbegehren. Ziel dieses Volksbegehrens ist es, deutsche und ausländische Schüler in Zukunft getrennt zu unterrichten. Dies würde dazu führen, daß ausländische Kinder und Jugendliche in unseren Schulen völlig isoliert würden. Mangelnder Kontakt und mangelnde Information würden bei deutschen und ausländischen Schülern zu einem Ausmaß von gegenseitigen Vorurteilen führen, das heute kaum vorstellbar ist.

(...)

Das Grundgesetz legt fest, daß niemand wegen seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und seiner Herkunft benachteiligt werden darf. Durch die Verfassung von Nordrhein-Westfalen ist dies auch geltendes Landesrecht.

Der von der ‚Bürgerinitiative' vorgelegte Gesetzentwurf würde zu einer eindeutigen Benachteiligung unserer ausländischen Mitbürger führen. Der Gesetzentwurf widerspricht somit der Verfassung.

Wir fordern deshalb auf, den Antrag auf Zulassung der Listenauslegung für dieses Volksbegehren zurückzuweisen."

Dieser Brief soll in verschiedene Sprachen übersetzt, vervielfältigt und als Unterschriftensammlung ausgelegt werden.

Innerhalb der nächsten sechs Wochen muß die Landesregierung ihre Entscheidung über die Behandlung des Antrags auf Einleitung des Volksbegehrens treffen. Auf solche Art sichtbar gemachter organisierter Widerstand ist eine gute ‚Denkhilfe' für die Herren in Düsseldorf. Nachahmungen sind ausdrücklich erwünscht!

Eine Stadtteilzelle berichtet:

Eine Veranstaltung wird geplant

Der Wedding, bekannt durch das Lied „Der rote Wedding" oder das Buch „Barrikaden am Wedding", ist ein proletarisches Wohn- und Arbeitsviertel mit langer Tradition. Ältere Nachbarn, Kollegen oder Menschen, denen man bei der Straßenagitation begegnet, können noch vom blutigen 1. Mai 1929 oder von Saalschlachten mit den Faschisten berichten.

Der Wedding ist Standort so wichtiger Firmen wie AEG, Osram, Telefunken oder Schering. Das Schicksal dieser Betriebe bestimmt weitgehend auch die Existenz der Menschen im Wedding, ihre Sorgen und Gespräche. Schon seit Jahren betreiben diese Fabriken einen systematischen Arbeitsplatzabbau oder schließen ihre Tore ganz. So gingen in den letzten 10 Jahren allein 13 000 Arbeitsplätze in der Industrie verloren.

Diese Entwicklung war für die beiden Stadtteilzellen im Wedding der Anlaß, eine Veranstaltung zu dem Thema „Arbeitsplatzvernichtung im Wedding" zu planen. Bereits während eines alternativen Weihnachtsmarktes vor dem Rathaus im letzten Jahr, an dem sich verschiedene linke Gruppen beteiligten, hatten wir zu diesem Thema einen Stand vorbereitet. Auf Stelltafeln schilderten wir die Situation bei Telefunken (das Werk soll Ende dieses Jahres geschlossen werden) und wie die Kolleginnen den Kampf um ihre Arbeitsplätze aufgenommen hatten. Auf einem Schild forderten wir die Passanten und Besucher des Weihnachtsmarktes auf, den anwesenden Betriebsräten von AEG und Telefunken Fragen zu stellen. Dies stellte sich als eine gute Möglichkeit heraus, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen.

Außerdem wiesen wir auch schon auf unsere geplante Veranstaltung hin und baten die interessierten Besucher, sich in eine Liste einzutragen, wenn sie eingeladen werden wollten.

Zusammen mit Genossen von AEG, Telefunken und Solex bereiteten wir dann die Veranstaltung vor. Gerade in diesen Tagen wurde bekannt, daß die altansässige Brot-Fabrik Wittler Konkurs angemeldet hatte. Die Situation der Kollegen dort bestimmte den Inhalt einer Ausgabe unserer Stadtteilzeitung, des „Roten Wedding". Mit diesem Flugblatt luden wir zu unserer Veranstaltung ein. Wir verbreiteten es vor und in den Betrieben und bei Bekannten.

Vor dem Weddinger Betrieb von Solex verteilten wir zum ersten Mal, und es verlief sehr gut: Die Kollegen stellten sich sogar vor den Verteilern an, um ein Flugblatt zu erhalten. Bei Wittler standen unsere Genossen von 4.30 Uhr bis 5.30 Uhr, es gingen 40 Kollegen hinein, 60 Flugblätter wurden ihnen abgenommen: „Für die Bäcker, die schon arbeiten." Diese Aktionen sind auch gute Möglichkeiten, mit den Kollegen zu sprechen, neue Informationen über die Situation im Betrieb zu bekommen usw.

Und eine weitere Betriebsschließung im Wedding wurde in diesen Tagen aktuell: Das Maschinenwerk von Osram, wo früher Maschinen für die Lampenproduktion gebaut wurden und das seit der Übernahme durch Siemens immer mehr zu einem reinen Reparaturbetrieb herabsank, soll nun endgültig geschlossen werden. 46 Kollegen sollen schon bis Oktober ihren Arbeitsplatz verlieren, weitere 110 bis Oktober nächsten Jahres. Die restlichen 110 Kollegen sollen vom Lampenwerk im Wedding oder in Spandau übernommen werden. Die Stadtteilzelle verfaßte mit Hilfe von Kollegen und Genossen von Osram ein Flugblatt, das dann unter dem Namen „Rotlicht" erschien. Das „Rotlicht" wurde früher von der Osram-Betriebszelle der Partei herausgebracht und war bei den Kollegen sehr beliebt. Viele freuten sich nun natürlich, daß sie wieder ein „Rotlicht" in den Händen hielten. Mit dem ein paarmal geäußerten Kommentar: „Endlich mal wieder etwas Vernünftiges!" — wurden wir viel zu schnell unsere Flugblätter los.

Für die Arbeit im Betrieb selbst ist es natürlich wichtig, daß sich die aktiven Kollegen zusammensetzen und sich mögliche Kampfschritte überlegen. Hierzu bot unsere Veranstaltung eine erste Gelegenheit, und es wurde auch gleich der Kontakt zum RGO-Vorsitzenden hergestellt.

Kurz zum Ablauf der Veranstaltung: Den Hauptteil bildete eine Ton-Dia-Schau. Die Genossen waren mit viel Schwung an die Arbeit gegangen: Fotos waren aufgenommen und Texte geschrieben worden. So wurde beispielsweise ein Blick auf Berlins berühmte Bauwerke gestattet: gezeigt wurde die Mauer und die eingestürzte Kongreßhalle. Oder es wurde mit der Stimme eines Kapitalisten verkündet: „So gesunden unsere Fabriken" — auf der Leinwand erschien dazu eine Abbildung des „Roten Funken", der Betriebszeitung bei Telefunken mit der Überschrift: „Kampf der Werksschließung!".

Zwei Genossinnen hatten an mehreren Orten, so am Ku-Damm, vor Telefunken und vorm Arbeitsamt, Interviews über die Meinungen zur Arbeitslosigkeit gemacht. Diese Tonbänder wurden dann ebenfalls zu den Dias abgespielt und lieferten gleich den Diskussionsstoff in dem anschließenden Gespräch. Zum Schluß sahen wir uns dann noch einen kurzen Film über den Marsch der Telefunken-Kolleginnen zum Rathaus im letzten Jahr an.

Wir hatten den Eindruck, daß dieses Programm den Kollegen gefallen hat. Für uns selbst war die Planung und Durchführung dieses Treffens auf jeden Fall ein Erfolg. Die Arbeit hat Spaß gemacht und jeder Genosse hat auf seine Weise dazu beigetragen. Wir haben jetzt Mut und Zuversicht, daß uns beim nächsten Mal die Vorbereitung einer solchen Veranstaltung noch besser gelingen wird.

Rot Front!

Stadtteilzelle Wedding-Nord

Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD

Liebe Kollegen, Freunde und Genossen!

Die Spendenaffäre zeigt es wieder einmal klar: Die bürgerlichen Parteien werden durch die Bank vom Monopolkapital ausgehalten. Zig Millionen Steuergelder werden ihnen über dunkle Kanäle und über die Wahlkampfkostenerstattung für ihre arbeiterfeindliche Tätigkeit zugeschanzt.

Unsere Partei hat es dagegen schwer. Als kommunistische Arbeiterpartei verfügt die KPD über keine anderen Einnahmen als die Beiträge und Spenden ihrer Mitglieder und Freunde. Die Finanzkraft der Partei steht und fällt mit der Einsatz- und Opferbereitschaft ihrer Genossen.

Der 5. ordentliche Parteitag rückt näher. Der Parteitag wird in einer Zeit stattfinden, in der die Vertiefung der kapitalistischen Krise, die drohender werdende Kriegsgefahr und das Anwachsen der faschistischen Kräfte die Arbeiterklasse und die Partei vor große Aufgaben stellen. Ohne Geld kann die Partei diese Aufgaben nicht bewältigen, ohne viel Geld gibt es keine Vorbereitung des Sozialismus.

Führen wir deshalb zum 5. Parteitag eine große Spendenkampagne durch!

Unser Ziel:

200 000 DM Spenden für die KPD bis zum Jahresende!

Jede Mark für die Partei ist gut investiert — jede Mark für die KPD dient deinen eigenen Interessen, ist eine Mark für die Revolution.

ZK der KPD

Spenden bitte auf folgende Konten überweisen:

KPD, 4600 Dortmund 30, Bank: Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 440 501 99) Kto-Nr.: 321 004 547.
Postscheckkonto: Postscheckamt Dortmund (BLZ 440 100 46) Kto-Nr.: 6420 - 467.

***

Spenden für die KPD sind im Rahmen der Höchstgrenzen (1800,— DM für Ledige / 3600,— DM für Ehepaare) von der Lohn- und Einkommensteuer absetzbar. Dies bewirkt, daß 22 oder mehr Prozent der Spende vom Finanzamt erstattet werden. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen.

6 000 gegen Rotstiftpolitik

Große Sparschweine, riesige Rotstifte und jede Menge Transparente mit Forderungen gegen den Sozial- und Bildungsabbau führten die rund 6 000 Demonstranten mit, die in Bremen gegen die geplanten Haushaltskürzungen des Senats protestierten. Aufgerufen hatten unter anderem die GEW, Personalräte aus dem öffentlichen Dienst, der Zentralelternbeirat, die Gesamtschülervertretung usw. Viele Kolleginnen und Kollegen von ÖTV und HBV waren dabei. Leider hatte man nicht auf die Klöckner-Kollegen gewartet, die zu Beginn der Demonstration noch eine Versammlung hatten. Auch der Senat selbst bekam Besuch. Die Haushaltsberatungen wurden gestört mit Flugblättern und Stinkbomben. Eine Gruppe von Jugendlichen hatte sich an die Zuschauerbänke gekettet, so daß die Räumung des Raumes nicht so schnell ging, wie sich das der Senat gewünscht hatte. Die Senatsmitglieder betonten zwar, dies alles habe auf sie keinen Eindruck gemacht; sie wollen die drastischen Einschnitte in die Sozialleistungen trotz allem durchführen. Aber, wie eine Rednerin auf der Abschlußkundgebung der erwähnten Demonstration sagte: „Die werden sich noch wundern!"

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. ......

☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer

ROTER MORGEN — Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich **DM 60.-** ☐ halbjährlich **DM 30.-**

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... **Unterschrift:** ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**

Spendenliste

I. Spenden für den „Roten Morgen"

P. K., München	DM	1 500,—
KPD Osnabrück		300,—
S. S., Mülheim		10,—
insgesamt	DM	1 810,—

Damit sind insgesamt 53 255,79 DM Spenden für den „Roten Morgen" bei uns eingegangen. Wir bitten alle Freunde und Genossen, die jetzt noch für den „Roten Morgen" spenden wollen, ihre Spenden für die Spendenkampagne zum 5. Parteitag der KPD einzusetzen.

II. Spenden für die Hinterbliebenen der ermordeten Genossen aus Kossovo

C. B., Schenefeld	DM	100,—
Zelle Kreuzberg-Ost		500,—
B. R., Mönchengladbach		100,—
insgesamt	DM	700,—

Damit sind insgesamt bisher 1 020 DM Spenden für die Hinterbliebenen der ermordeten Genossen eingegangen.

III. Spenden zur Unterstützung unserer Genossen in der DDR

Veranstaltung Dortmund	DM	419,31
Fam. B. E., Kiel		30,—
insgesamt	DM	449,31

Damit sind für die Genossen in der DDR insgesamt 4794,65 DM an Spenden eingegangen.

Wir danken allen Freunden und Genossen für ihre Spenden.

500 Flugblätter in Ost-Berlin verteilt

...haben wir, natürlich nicht persönlich, da wären wir wohl nicht einmal 20 Stück losgeworden.

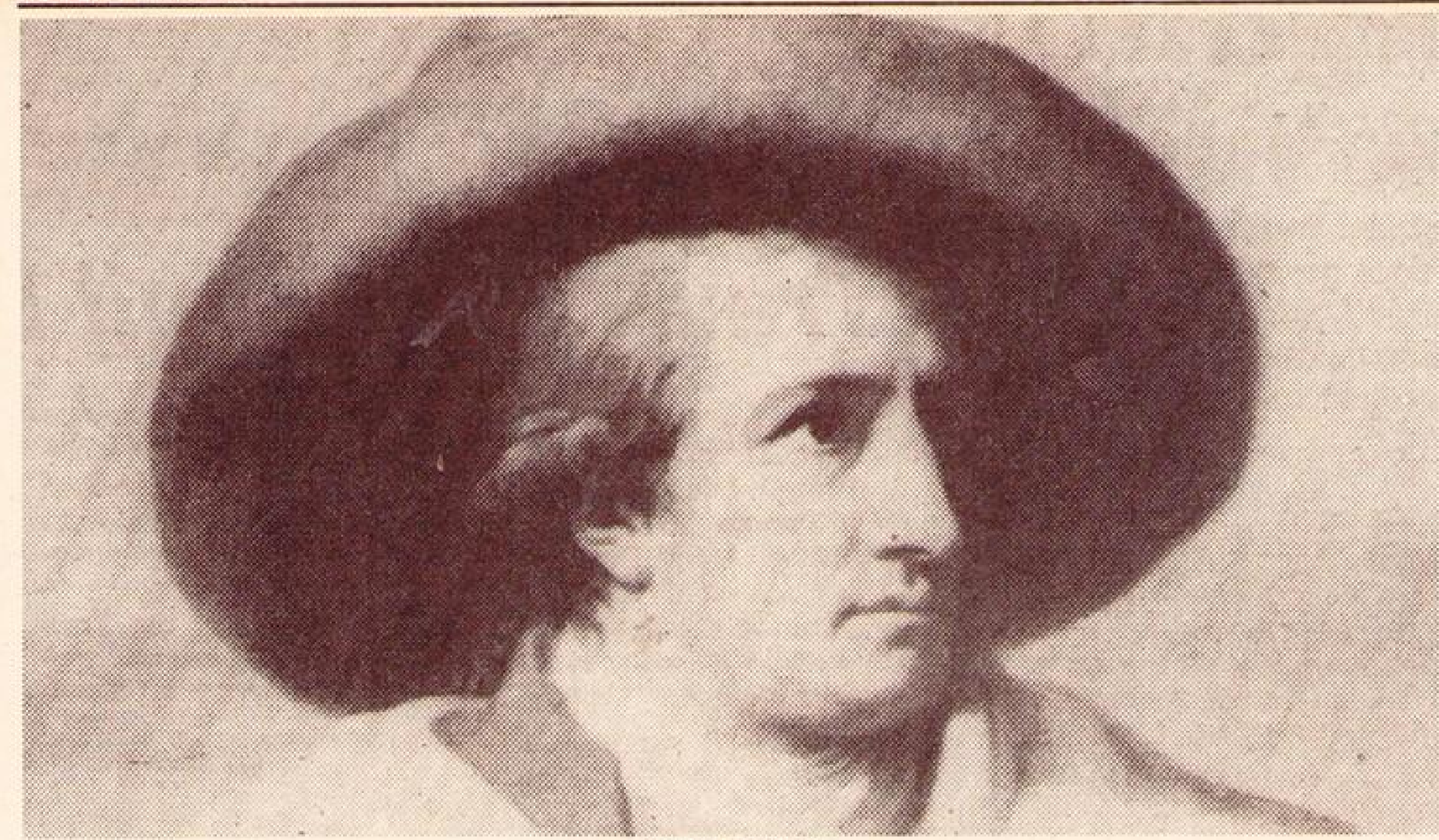
Nein, wir haben uns überlegt, wie mehr und gezielter Flugblätter mit der Ballonmethode abgeworfen werden können. Das Ergebnis ist so einfach und effektiv, daß der Stasi in Zukunft noch seine helle Freude haben wird.

Die Ballons sind nun viel größer. Man erhält sie in Geschäften, die Werbetrommeln verkaufen. Dünner Zwirn hält 50 bis 70 Dünndruckflugblätter DIN A 5 am Ballon fest. Da, wo die Flugblätter im Zwirn hängen, wird eine Glimmschnur mit einem einfachen Knoten befestigt. (In jedem Flugzeugmodellbauladen zu bekommen.) 2 Zentimeter Glimmschnur entsprechen ungefähr einer Minute Brennzeit, der Knoten braucht ungefähr 20 bis 30 Sekunden, bis er den Zwirn durchgebrannt hat. Aus den Größen Windrichtung, Windstärke und Brennzeit der Glimmschnur läßt sich mit etwas Erfahrung ziemlich gut berechnen, wo die Flugblätter herunterfallen. Es gibt in Ostberlin keinen Punkt, den man mit günstigem Wind nicht erreichen kann. Gesonnte Städte sind sicher auch geeignet. Bei Windstärke vier bis fünf treiben die Ballons beispielsweise recht schnell in 200 bis 300 Metern Höhe über den Boden.

Viel Spaß!



Gleich geht die Post ab



Goethe in Italien

Der Befreier

Zum 150. Todestag von J. W. Goethe

Karl Carstens — so konnte man lesen — hat dieser Tage den ständigen Vertreter des Bonner Staates in Ostberlin Herrn Bölling angewiesen, im Namen des Präsidenten einen Kranz an Goethes Grab in Weimar niederzulegen. Eine vom Bonner Protokoll erdachte Routinegeste — und doch spiegelt sich in ihr auf bezeichnende Weise das Verhältnis der Herrschenden zum größten Dichter unseres Volkes wider.

Weimar ist ja heute Gedenkstätte in einem doppelten Sinne. Hier liegen Goethe und Schiller begraben, die um die vorletzte Jahrhundertwende die klassische deutsche Literatur herausbildeten. Bei Weimar aber steht auch das großartige antifaschistische Mahnmal Fritz Cremers — auf dem Boden des früheren Konzentrationslagers Sachsenhausen. Hierhin jedoch hat sich noch nie ein Kranz jenes Präsidenten verirrt, der einst als Aktivist der Nazi-Partei an den furchtbarsten Verbrechen in der deutschen Geschichte teilhatte.

Aber Goethe muß geehrt werden! Er ist eben auch heute noch — wie es Johannes R. Becher einmal formulierte — die „gute Stube" der Bourgeoisie, die ausschließlich bei besonderen Gelegenheiten geöffnet wird, und dann auch nur, um aller Welt vorzuzeigen, daß man — ob man nun Wilhelm, Hitler oder Carstens heißt — ein würdiger Representant des „Volkes der Dichter und Denker" ist. Mit dieser widerwärtigen Erscheinung hatten sich schon im vorigen Jahrhundert die wahrhaft großen Geister herumzuschlagen: Der Schweizer Dichter Gottfried Keller etwa, der das „Muckertum" des bürgerlichen Goethe-Kults beklagte, der revolutionäre Sozialdemokrat Franz Mehring oder auch schon Friedrich Engels in seiner Polemik gegen einen Herrn Grün.

„...das heißt ein Kämpfer sein"

Sie alle bekämpften leidenschaftlich die Versuche des Bürgertums und seiner Ideologen, aus Goethe einen „Olympier" zu machen, einen allem weltlichen Streit entrückten Titan des Geistes, den man dann — des wirklichen Gehalts seines Werkes beraubt — umso besser zum Kronzeugen für die bestehende Ordnung machen konnte. Das aber war nur möglich, indem man Goethes Wirken verklärte und verfälschte. Der nämlich sah seinen Platz keineswegs im Olymp über den Wolken, er zog die Bilanz seines Lebens vielmehr so: *„Ich bin ein Mensch gewesen, und das heißt ein Kämpfer sein."*

Und er faßte sich auch nicht, wie es die bürgerliche Ideologie des Individualismus will, als einen von seiner Umgebung abgeschiedenen Geistesriesen auf, der sein großes Werk nur aus sich selbst heraus vollbracht hätte. 1830, kurz vor seinem Tod, fiel in einem Gespräch der bemerkenswerte Satz: *„Wenn Sie so wollen, so ist mein Werk das eines Kollektivwesens, das den Namen Goethe trägt"* — womit er auf den Umstand verwies, daß sich dieses Werk aus unzähligen Quellen speiste, ohne deren Existenz es nicht vorstellbar gewesen wäre. Wobei eine der wichtigsten Quellen die deutsche Volkskultur gewesen ist.

Corona Schröter und Goethe 1779 in der Uraufführung der „Iphigenie"

Eine solche Einschätzung also hatte Goethe von sich selbst. Und wer immer sich ihm ohne das in Jahrzehnten gezüchtete bürgerliche Vorurteil nähert, wird zunächst einmal auf den tief widersprüchlichen Charakter dieser Gestalt stoßen, in der sich ein selbst über die heutige Zeit hinausweisender Humanismus ebenso widerspiegelt, wie das besondere Elend des deutschen Bürgertums. Goethe hat in seiner Dichtung vom „Faust", dem größten Werk der deutschen Nationalliteratur (die Alexander Puschkin zu Recht die „Ilias des modernen Lebens" nannte), die immer noch uneingelöste Vision von einem freien Volk auf freiem Grund entfaltet — aber der realen bürgerlichen Revolution in Frankreich stand er verständnislos gegenüber.

Goethe hat wie kein anderer die Entstehung eines deutschen Nationalbewußtseins gefördert — aber aus den Befreiungskriegen gegen die napoleonische Herrschaft über Deutschland hat er sich weitgehend herausgehalten. Oder — was die „private" Existenz betrifft: Er lebte, ein skandalöses Ereignis für seine Zeit, jahrelang mit einer Fabrikarbeiterin in „wilder Ehe", die er erst lange nach der Geburt seines einzigen Kindes heiratete — auf der anderen Seite stand er mehr als ein halbes Jahrhundert lang im Dienste eines der jämmerlichen kleinen Gewaltherrscher, die das damalige Deutschland zu Hunderten hervorbrachte.

„Der Sieg der Misere über den größten Deutschen"

Friedrich Engels hat in der erwähnten Polemik („Deutscher Sozialismus in Versen und Prosa") Goethes widerspruchsvolle Existenz so beschrieben: *„Es ist ein fortfährender Kampf in ihm zwischen dem genialen Dichter, den die Misere seiner Umgebung anekelt, und dem behutsamen Frankfurter Ratsherrenkind resp. Weimarschen Geheimrat, er sich genötigt sieht, Waffenstillstand mit ihr zu schließen und sich an sie zu gewöhnen. So ist Goethe bald kolossal, bald kleinlich; bald trotziges, spottendes, weltverachtendes Genie, bald rücksichtsvoller, genügsamer, enger Philister. Auch Goethe war nicht imstande, die deutsche Misere zu besiegen; im Gegenteil, sie besiegte ihn, und dieser Sieg der Misere über den größten Deutschen ist der beste Beweis dafür, daß sie, von innen heraus' gar nicht zu überwinden ist. Goethe war zu universell, zu aktiver Natur, zu fleischlich, um in einer Schillerschen Flucht ins Kantsche Ideal Rettung vor der Misere zu suchen; er war zu scharfblickend, um nicht zu sehen, wie diese Flucht sich schließlich auf die Vertauschung der platten mit der überschwenglichen Misere reduzierte. Sein Temperament, seine Kräfte, seine ganze geistige Richtung wiesen ihn aufs praktische Leben an, und das praktische Leben, das er vorfand, war miserabel. In diesem Dilemma, in einer Lebenssphäre zu existieren, die er verachten mußte, und doch an diese Sphäre als die einzige, in welcher er sich betätigen konnte, gefesselt zu sein, in diesem Dilemma hat sich Goethe fortwährend befunden, und je älter er wurde, desto mehr zog sich der gewaltige Poet, de guerre lasse (des Kampfes müde — RM), hinter den unbedeutenden weimarschen Minister zurück."*

Soweit Engels. Und aus seinem Urteil wird ja in bewundernswerter Klarheit deutlich, wie sehr Goethes persönliches Schicksal von dem seines Landes und seines Volkes abhing, wie sehr es durch das bestimmt war, was Engels hier die deutsche Misere nennt. Was ist darunter zu verstehen? Es bezeichnet die gesellschaftliche Realität Deutschlands zu Lebzeiten Goethes, die dadurch gekennzeichnet war — um noch einmal Engels („Deutsche Zustände") zu zitieren —, daß *„dieses ganze Land eine lebende Masse von Fäulnis und abstoßendem Verfall"* war.

Solche furchtbaren Verhältnisse waren das Ergebnis einer jahrhundertelangen Entwicklung, die ihren Ausgang in der Niederlage der frühbürgerlichen Revolution (der Bauernkriege von 1525) genommen hatte und die durch die Verwüstung Deutschlands im 30jährigen Krieg noch verstärkt worden



Der Freiheitsbaum (Zeichnung von Goethe). Auf dem Wegweiser steht „Straße nach Paris", auf der Tafel „Diese Erde ist frei"

war. In seiner ökonomischen Entwicklung war Deutschland extrem zurückgeworfen worden. Während sich in Frankreich oder England mit der Entwicklung bürgerlicher Verhältnisse einheitliche Nationalstaaten herausbildeten, blieb Deutschland in Hunderte von Fürstentümern zersplittert. Während in den genannten Ländern eine wirtschaftlich immer mächtiger werdende und politisch selbstbewußt auftretende Bourgeoisie entstand, die auf eine Eroberung der Macht hindrängte, verharrte das deutsche Bürgertum in kriecherischer Unterwürfigkeit gegenüber dem Feudalismus; es blieb in jeder Hinsicht — auch ideologisch — von ihm abhängig, es versuchte nur, die miserablen Zustände zur Quelle seiner Bereicherung zu machen, ohne diese Zustände selbst in Frage zu stellen.

Die zahllosen Duodezfürsten, die in Deutschland das Regiment führten (*„rohe, ungebildete Lumpen"* nannte Engels sie), übten ihre Herrschaft mit uneingeschränkter Despotie aus. Sie mischten sich nach ihren Interessen und Launen in alle öffentlichen und auch privaten Angelegenheiten ihrer Untertanen ein, immer darauf bedacht, aus dem Volk so viel wie möglich für ihre persönliche Machtentfaltung herauszuschlagen. Der vielleicht drastischste Ausdruck dieses kleinlichen Egoismus der deutschen Mini-Fürsten war die Tatsache, daß sie jederzeit bereit waren, der meistbietenden ausländischen Macht ihre „Landeskinder" als Söldner zu verkaufen — Schiller hat diese Verbrechen der deutschen Klein-Tyrannen in seinem Drama „Kabale und Liebe" angeprangert.

Weimar: „unsäglich dürftige Verhältnisse"

An den Hof eines solchen Duodezfürsten ging Goethe im Jahr 1775. Es war der Herzog Karl August von Weimar. Er gebot über ganze 100000 Untertanen, sein Fürstentum leistete sich jedoch — wie die anderen deutschen Kleinstaaten auch — eine aufwendige Hofhaltung, ein eigenes Heer, eigene staatliche und kirchliche Behörden, wie sie eigentlich einer Großmacht angestanden hätten. Nur war hier, wie überall in Deutschland, alles nur eine lächerliche Kopie des französischen absolutistischen Zentralstaats, erkauft allerdings durch eine schrankenlose Ausplünderung der werktätigen, vor allem bäuerlichen Massen, die mit ihrer Arbeit dem Kleinfürsten seine Prachtentfaltung ermöglichen mußten.

Es waren *„unsäglich dürftige und kleinliche Verhältnisse"* (Franz Mehring), in die Goethe kam. Um einen Begriff auch von der geistigen Enge zu vermitteln, sei nur auf die Tatsache hingewiesen, daß Goethe viel später, als er schon 40 Jahre das Weimarer Theater geleitet hatte, vor die Tür gesetzt wurde, nur weil es so der Laune einer Mätresse des Fürsten entsprach.

Als Goethe der Einladung Karl Augusts an dessen Hofe folgte, hatte er sich schon einen Namen als Dichter gemacht. Vor allem sein **„Werther"** war ein Bestseller geworden, wie man heute sagen würde. Nicht nur in Deutschland, auch Napoleon beispielsweise hatte diesen Briefroman nach eigenem Bekunden siebenmal gelesen. Goethe hatte mit dem „Werther" genau den Nerv des Zeitgeistes getroffen; in der Titelfigur, einem Aussteiger aus der Feudalgesellschaft, hatte er dem rebellischen Lebensgefühl der fortschrittlichen Intelligenz Ausdruck verliehen.

Auf andere Weise waren die Widersprüche der Epoche im Drama **„Götz von Berlichingen"** gestaltet worden. Hier ging Goethe mit einem sicheren Gefühl für die Tiefe der gesellschaftlichen und nationalen Problematik seiner Zeit bis an den Ursprung der deutschen Misere zurück. Sein Götz (der allerdings nicht der historischen Figur des Berlichingen entspricht) ist ebenfalls ein Rebell, der in der geschichtlichen Bewährungsprobe der Bauernkriege jedoch scheitert, weil er nicht seine engen Klassengrenzen und seine Isolation gegenüber den Volksmassen überwinden kann. Weil aber die hier gestalteten Widersprüche über Jahrhunderte weiterwirkten, ist der „Götz" trotz seiner geschichtlichen Thematik durchaus ein „Zeitstück" — und Goethe verleiht denn auch seiner Titelfigur Züge eines bürgerlichen nationalen Helden (ähnliches gilt für den später entstandenen **„Egmont"**, in dem die Thematik der bürgerlichen Revolution am Beispiel der niederländischen Befreiungskriege aufgenommen wird).

Fortsetzung auf Seite 10

Der Befreier

„Mit wieviel Feinden ich kämpfe“

Goethe, wie übrigens auch Schiller, war durchaus nicht **nur** zum Schriftsteller geboren. Zu Recht wies Engels darauf hin, daß ihn seine geistige Richtung auf das praktische Leben hinwies. Und so suchte er am Hof den Bereich der ästhetischen Kultur. Die Reise nach Italien, die er 1786 antritt, ist in Wahrheit eine Flucht aus dem Weimarer Elend. Als er nach zwei Jahren zurückkehrt, legt er seine Ämter nieder und beschränkt sein Wirken am Hof des Karl August im wesentlichen auf die Leitung des Theaters.

In seinem Schauspiel **„Tasso“** hat Goethe seine Weimarer



Bei Valmy werden die Interventionstruppen der ausländischen monarchistischen Reaktion von den französischen Revolutionsheeren zurückgeschlagen.

von Weimar nicht die materielle Sicherheit, auf deren Grundlage er sein dichterisches Werk fortführen konnte. Für ihn war Weimar vielmehr die Möglichkeit, aktiv in das gesellschaftliche und politische Leben seiner Zeit einzugreifen. Das aber forderte von ihm einen grundlegenden Kompromiß zwischen seinen auf eine bürgerlich-fortschrittliche Reform der feudalen Verhältnisse zielenden Vorstellungen und der faktischen Teilnahme am absolutistischen Regime eines Kleinfürsten.

Es spricht für Goethe, daß er sich auf diesen Kompromiß ohne große Illusionen einließ. *„Das durchaus Scheißige dieser Herrlichkeit“* am Hofe des Karl August hat er von vornherein erkannt. Dennoch treibt er sein politisches Experiment mit großer Energie voran. Er beschäftigt sich als Direktor des Ilmenauer Bergbaus, den er wieder auf Schwung bringt, mit der Geologie, daneben verschafft er sich Kenntnisse im Feldbau und in der Bewässerung, entwirft eine neue Ordnung zum Feuerschutz usw. Seine gesamte Tätigkeit vollzieht sich in immerwährenden Kämpfen mit den parasitären, engstirnigen Figuren des Hofs. *„Das Elend“*, so schreibt er an Charlotte von Stein, *„wird mir nach und nach prosaisch wie Kaminfeuer. Aber ich lasse doch nicht ab von meinen Gedanken und ringe mit dem unerkannten Engel, sollt' ich mir die Hüfte ausrenken. Es weiß kein Mensch, was ich tue und mit wieviel Feinden ich kämpfe, um das Wenige hervorzubringen.“*

Nicht einmal das Wenige aber erreicht Goethe. Er sieht die ungeheure Ausplünderung vor allem der bäuerlichen Massen, ihr grenzenloses Elend; er beklagt die „Verdammnis, daß wir des Landes Mark verzehren“ — aber er kann sich nicht einmal mit dem Bestreben durchsetzen, den verschwenderischen Aufwand des Hofes einzugrenzen. 1782 ist der Weimarer Kleinstaat bankrott; der Minister Goethe saniert die Finanzen wieder, er fordert vom Fürsten einen festen Jahreshaushalt. Aber auch damit scheitert er, ganz zu schweigen von solchen Plänen wie etwa der Abschaffung des von den Bauern zu leistenden Zehnten.

Goethe hat sich im Kampf mit einem drittklassigen Duodezfürsten aufgerieben; er ist in seiner praktisch-politischen Tätigkeit an der deutschen Misere gescheitert. Hier liegt ein wesentlicher Grund für seine spätere Entsagung, für die Beschränkung seiner Tätigkeit auf Erfahrung in eine dichterische Form gebracht. Er gestaltet in diesem Stück den Zusammenstoß zwischen einem Dichter (und bürgerlich-schöpferischen Menschen überhaupt) und dem Feudalabsolutismus. Hatte er in der **„Iphigenie“** noch das Beispiel für die geglückte Erziehung eines Fürsten durch die von tiefer Menschlichkeit geprägte Haltung der Titelheldin beschrieben, so wirft er nun im „Tasso“ die Machtfrage auf: Auch der Absolutismus in seiner aufgeklärten Form bietet dem Dichter Tasso keine Möglichkeit der Entfaltung; er wird letztlich immer wieder auf die Tatsache zurückgestoßen, daß er doch nur der Diener eines mit unbeschränkter Machtbefugnis ausgestatteten Herrschers ist. Auf die eigene Person bezogen, drückt Goethe diesen Gedanken in einem Brief so aus: *„Ich sage immer, wer sich mit dem Administration abgibt, ohne regierender Herr zu sein, der muß entweder ein Philister oder ein Schelm oder ein Narr sein.“*

Die französische Revolution

Die Antwort auf die von Goethe im Zusammenhang mit seinem Scheitern am Weimarer Hof aufgeworfenen Fragen gibt 1789 das französische Volk, als es sich zur Revolution gegen den feudalen Absolutismus erhebt. Dieses weltgeschichtliche Ereignis löst in ganz Europa, auch unter der bürgerlichen deutschen Intelligenz, Begeisterungsstürme aus. Aber nur wenige Jahre später, als der Kopf des Königs in Paris unter der Guillotine fällt, als sich mit den Jakobinern die radikale, wahrhaft revolutionäre Flügel des Bürgertums in Frankreich durchsetzt, schlägt diese Begeisterung bei der Intelligenz des Nachbarlandes in Haß und Unverständnis um.

Auch Goethe ist unter denen, die sich von der Revolution abwenden. Er verfaßt sogar einige die Erhebung der Volksmassen verspottende Stückchen, die heute glücklicherweise vergessen sind (im Gegensatz etwa zu Schillers furchtbar philisterhaftem Gedicht von der „Glocke“ — noch heute wird jedem Schulkind eingetrichtert: „Wo rohe Kräfte sinnlos walten,/Da kann sich kein Gebild gestalten;/Wenn sich die Völker selbst befrein,/Da kann die Wohlfahrt nicht gedeihn.“).

Wo liegen nun die Ursachen für Goethes Unverständnis gegenüber der realen revolutionären Entwicklung? Ein Teil dieser Ursachen sind als objektive Bedingungen schon in der deutschen Misere angesprochen worden, Bedingungen, die Goethe subjektiv nicht überwinden konnte. Es gilt ja nicht nur für ihn, es gilt für die gesamte große deutsche Literatur der Aufklärung und der klassischen Periode: Diese Literatur entwickelte sich nicht — wie etwa das Werk eines Voltaire in Frankreich — auf der Grundlage einer wirklichen sozialen Bewegung, die von einem starken, selbstbewußten, zur Macht drängenden Bürgertum getragen war. Und unter den Bedingungen der tiefen deutschen Rückständigkeit wirkte die französische Revolution nicht einmal auf die Volksmassen aufrüttelnd und mobilisierend. *„Das Volk, das zu wenig aufgeklärt und von alters her zu sehr daran gewöhnt war, tyrannisiert zu werden, blieb unbewegt“.* (Engels: „Deutsche Zustände“.)



Goethes Frau Christiane (von ihm selbst gezeichnet)

So war denn auch die erwähnte anfängliche Begeisterung für die Revolution bei den fortschrittlichen Elementen sozial wurzellos, sie blieb auf die Sphäre der Ideologie beschränkt, erschöpfte sich in der Sympathie mit den großen bürgerlichen Idealen dieser Revolution — und verflog in dem Augenblick, als in Frankreich aus diesen Idealen die praktischen Konsequenzen gezogen wurden. Nur sehr wenige Deutsche waren in der Lage, diese Konsequenzen in ihrer Notwendigkeit für den geschichtlichen Fortschritt nachzuvollziehen. Unter ihnen ragt Georg Forster heraus, der an der Spitze der Mainzer Republik stand. Bezeichnend für die deutschen Zustände im ausgehenden 18. Jahrhundert ist aber auch hier die Tatsache, daß sich dieser erste bürgerlich-demokratische Staat auf dem Boden Deutschlands nur unter dem militärischen Schutz französischer Truppen bilden konnte und daß die Mainzer Republikaner selbst für ihren Staat keinerlei Perspektive im Verband des Deutschen Reiches sahen; sie wollten die Republik vielmehr dem revolutionären Frankreich angliedern.

„...das Denken am Tun zu prüfen“

Zurück zu Goethe: Was ihn unter der Menge seiner Zeitgenossen heraushob, war seine tiefe Überzeugung vom Fortschritt als dem Gesetz der menschlichen Entwicklung, seine dialektische Auffassung der Natur und auch der Dichtung. Das Ringen um die objektive Wahrheit, das deren Bestätigung stets durch die Praxis des Lebens sucht, war ein Grundzug seiner gesamten Tätigkeit. Im **„Wilhelm Meister“** hat er diese Auffassung einmal so ausgedrückt: *„Denken und Tun, Tun und Denken, das ist die Summe aller Weisheit. Beides muß wie Aus- und Einatmen sich im Leben ewig fort hin und wider bewegen. Wer sich zum Gesetz macht, das Tun am Denken, das Denken am Tun zu prüfen, der kann nicht irren, und irrt er, so wird er bald auf den rechten Weg zurückfinden.“*

Dennoch, und damit kommen wir wieder auf sein Unverständnis gegenüber der französischen Revolution zurück, war Goethes dialektisches Denken noch im Idealismus befangen. Gesellschaftlichen Fortschritt konnte er sich nur in der Form einer gleichmäßig voranschreitenden Evolution vorstellen (diese Anschauung war sicher auch durch sein Studium der Naturwissenschaften beeinflußt). Die Dialektik der gesellschaftlichen Entwicklung, wie sie sich im revolutionären Prozeß Frankreichs ausdrückte, blieb unverstanden. Goethe hatte zwar, wie oben erwähnt, beispielsweise im „Tasso“ die Machtfrage aufgeworfen; er sah die real politische Antwort auf diese Frage jedoch immer noch in einer Art Kompromiß zwischen dem Bürgertum und dem Feudalabsolutismus und nicht in der revolutionären Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Goethes Genialität bestand aber nun gerade darin, daß er sich ungeachtet dieser Schranken in seinem Denken, trotz seiner Ablehnung der jakobinischen Diktatur in Frankreich geistig auf den Boden der Ergebnisse der französischen Revolution stellte, ja, daß er in späten Werken wie dem **„Wilhelm Meister“** und dem **„Faust“** bis an die Grenzen selbst des fortschrittlichen bürgerlichen Denkens vorstieß. Wobei angesichts der deutschen Misere seine Lösungen einen utopischen Charakter annahmen, wie beispielsweise die schon erwähnte, im „Faust“ entwickelte Vision von einem freien Volk auf freiem Grund.

Goethes Befreierrolle

Goethe war also, wenn auch kein bürgerlicher Revolutionär, so doch alles andere als ein „Konservativer“. Er stand vielmehr ideologisch auf der Höhe seiner Zeit, turmhoch über der Deutschland kennzeichnenden Fäulnis. Diese Position aber brachte zwangsläufig eine auch wachsende Vereinsamung mit sich. Und das war ja nicht nur Goethes Schicksal. Man muß sich nur einmal ansehen, wie die deutsche Misere die besten Elemente einer ganzen Generation zerstört hat: Georg Forster einsam und vergessen im Pariser Exil gestorben; Lenz, Goethes Mitkämpfer aus der Periode des Sturm und Drang, endet im Wahnsinn, ebenso der große Hölderlin; Kleist geht durch Selbstmord zugrunde...

Bei Goethe äußert sich die Vereinsamung vor allem in einer bewußten Entsagung nach dem Scheitern seiner oben beschriebenen Weimarer Tätigkeit, in einem Rückzug aus jeder praktisch-politischen Aktivität. Nun ist dies aber keineswegs eine von grund auf resignierende, schwächliche Entsagung. Goethe bleibt ein Kämpfer. Und er verteidigt die nicht zuletzt durch sein Werk errungenen Positionen eines fortgeschrittenen bürgerlichen Humanismus, die sich in der Vermischung der Kunst mit Religion und Metaphysik, in der Verherrlichung des Mittelalters ausdrücken und die insgesamt auf eine Zurücknahme der bürgerlichen Aufklärung hinausliefen.

Goethe aber ist in seinem gesamten Werk ein Erbe und Vollender der Aufklärung gewesen. Er hat von sich selbst oft als einem Befreier gesprochen. Und gerade dieser Begriff trifft wohl am besten seine geschichtliche Rolle. Denn er hat wie kein anderer dazu beigetragen, das deutsche Volk aus den ideologischen Fesseln des Mittelalters zu befreien, die gerade diesem Volk so lange anhafteten. Er hat den Boden bereitet für eine neue Lebensform, indem er in seinem Werk — am vollendetsten im **„Faust“** — immer wieder das Ideal des neuen Menschen seiner Zeit entwickelte, eines Menschen, der sich durch aktiv-schöpferische, auf Veränderung der Wirklichkeit zielende Tätigkeit aus den Zwängen einer blinden Notwendigkeit befreit.

Goethes Humanismus, seine erzieherische Befreierrolle, markierten den höchsten Ausdruck der Ideen des deutschen Bürgertums. Es ist bezeichnend für Verlauf der deutschen Geschichte, daß dieser Humanismus niemals zur Ideologie der Bourgeoisie insgesamt geworden ist. Goethes bürgerliche Zeitgenossen in ihrem elenden Krämergeist und ihrer kriecherischen Unterwürfigkeit gegenüber der realen Macht des Feudalabsolutismus waren nur Karikaturen auf ihre selbstbewußten Klassengenossen in den entwickelten Ländern Europas. Und als die deutsche Bourgeoisie im Zuge eines Kompromisses mit den finstersten Kräften der feudalen Reaktion zur Macht gelangte, stellte sie selbst schon ein reaktionäres Element in der Geschichte dar.

Nicht Goethes Humanismus bildete das ideologische Gerüst dieser Klasse, sondern etwa die zutiefst menschenfeindliche Philosophie eines Nietzsche, die den Imperialismus geistig vorbereitete und schließlich auch von der früheren Partei des Herrn Carstens zur Rechtfertigung der faschistischen Barbarei beerbt werden konnte. Wer kann sich also darüber wundern, daß Goethe für diese Bourgeoisie stets nur die „gute Stube“ war?

Wir aber sollten uns dadurch den Zugang zu diesem großen Dichter nicht versperren lassen. Bei aller Befangenheit in geschichtlichen Irrtümern gehört sein Werk doch zu dem fortschrittlichen Erbe unserer Nationalkultur, auf das die reaktionäre Bourgeoisie keinerlei Anspruch hat.

Goethe war Befreier in einem rein ideologischen Sinn, von der realen sozialen Bewegung abgehobenen Sinn. Sein humanistisches Ideal, seine Vision vom freien Menschen konnten und können von der Klasse, deren hervorragendster Vertreter er war, niemals eingelöst werden. So bleibt die Verwirklichung dieser progressiv-bürgerlichen Ideals zugleich mit seiner Weiterentwicklung auf eine ganz neue gesellschaftliche Stufe denn der praktischen Befreiungstat der Arbeiterklasse, der proletarischen Revolution vorbehalten.



Szene aus dem „Faust“ (Zeichnung von Goethe)

Der Prozeß gegen die MHP-Führer

Alle kommen frei!

Evrens Junta möchte den Prozeß still beenden

ANKARA. — Die Verhaftung von mehreren hundert Mitgliedern und Funktionären der MHP-Partei sofort nach dem Militärputsch der faschistischen türkischen Generale war damals der überall angeführte „Beweis" dafür, daß es Evren und seinen Mannen wirklich nur um die Wiederherstellung der Ordnung ginge und keinesfalls um einen Schlag gegen die Arbeiterbewegung. Der Prozeß gegen Türkes und Co. zeige ja, daß man nach allen Seiten aufräumen wolle.

Inzwischen ist dieses Bild verwischt worden. Und dies nicht nur durch die verschiedenen Prozesse und Urteile gegen Gewerkschafter und linke Politiker, sondern auch durch den Verlauf des MHP-Prozesses selbst.

Von Beginn dieses Prozesses an wurde deutlich, daß er als eine Farce dienen sollte, daß man den Taten der Türkes-Leute nicht auf den Grund gehen wollte. Als die Mittäterschaft von Agenten des türkischen Geheimdienstes MIT bei Verbrechen der MHP-Banden zur Sprache kam, als auch die Mittäterschaft der von der Armee gebildeten Sondereinheiten der in USA ausgebildeten Konterguerillaorganisation ans Tageslicht kam, da wurde der Prozeß unterbrochen, nichtöffentlich fortgesetzt.

Von da ab hörte man nicht nur nichts mehr über die Mittäterschaft der Evren-Leute, sondern auch nichts mehr über die Verbrechen der MHP. Von da ab wurde ein rein politischer Prozeß geführt, in dem man angeblich beweisen wollte, daß Türkes ein Naziprogramm hatte, was dieser, da es allein um politische Aussagen in Parteiprogrammen ging, stets leicht widerlegen konnte. Weitergehende Fragen wurden dann auch durch den Rücktritt der ersten beiden Militärankläger unterbunden, der Prozeß erst einmal ganz ausgesetzt. Und zwar so lange, bis die Erneuerung der finanziellen Türkeihilfe zur Debatte stand und man wieder darauf bedacht war, sich als „reine Ordnungskraft" gegen rechten und linken Terror darzustellen. Dies war zur selben Zeit als die Vollstreckung von Todesurteilen gegen linke Verurteilte ausgesetzt wurde, um den ersten Jahrestag des Putsches herum. Aber der Ablauf des Prozesses in seiner Fortsetzung ist eindeutig. In der Presse nur noch kleine Notizen oder wenn größeres, dann die Propagandareden der „Angeklagten".

Und zum anderen wurden in aller Stille bereits 31 der Angeklagten freigelassen, darunter bis auf Türkes alle wichtigen Spitzenfunktionäre. So der Generalsekretär Güner, seine beiden Stellvertreter Köseoğlu und Çakiroglu, sowie die Mitglieder des Parteipräsidiums Ünal, Çarşancakli, Akyol und Gökçek. Damit ist die gesamte Leitung der MHP wieder in Freiheit, arbeitsfähig.

Die Plattform für ihre weitere parteipolitische Tätigkeit legten sie mit ihren als „Aussagen" bezeichneten Propagandareden vor Gericht.

So sagte der **MHP-Generalsekretär Güner** vor Gericht unter anderem: *„Wir sind die Inspiratoren der sieben wichtigsten Wirtschaftsgesetze der neuen Regierung. (...) Ein großer Teil unserer politischen Ideen hat bei der jetzigen Regierung die Chance der Durchführung bekommen. (...) Wären die Gesetze, die die MHP im Parlament vorgeschlagen hatte, verabschiedet worden, dann wäre die Intervention (gemeint ist der Putsch — d. Red.) vom 12. September nicht nötig gewesen."*

Und der **Parteiführer Türkes** unterstrich: *„Wir (damit meinte er Kenan Evren und sich — d. Red.) sind die Verteidiger der gleichen Ideen. Wir von der MHP haben vorgeschlagen, daß die Streitkräfte die Macht übernehmen sollten, dies wurde am 12. September verwirklicht. Wenn der 12. September also richtig ist — und unserer Meinung nach ist er richtig — was suchen wir dann hier?"*

So wird mit diesem Prozeß also in Wirklichkeit den MHP-Leuten die Möglichkeit gegeben zu beweisen, daß sie eben keine Terroristen seien, sondern staatstragend und daß sie für die Junta sind und also in ihrer politischen Tätigkeit nicht beschränkt zu werden brauchen.

Die MHP konnte durch diesen Prozeß als einzige Partei Stellung zur Lage in der Türkei nehmen und ihre Unterstützung für die Junta bekunden, anschließend wurde ihre Führung, eben bis auf Türkes, freigelassen. Über die Verbrechen, die ihnen konkret vorgeworfen wurden, wurde nicht einmal verhandelt.



Heftige Kämpfe lieferten sich in der vergangenen Woche die streikenden belgischen Stahlarbeiter mit der Polizei. Nachdem Polizisten in den ersten Wochen nach der Annahme des „Vollmachtengesetzes" im Parlament, das der Regierung das Recht zu drastischen Maßnahmen ohne Diskussionen verleiht, mehrere Kundgebungen überfallen hatten, setzte man sich in Brüssel und Lüttich zur Wehr. Insbesondere in Brüssel kam es dabei zu massiven Auseinandersetzungen mit Polizeikräften, die einer organisierten Wehrtruppe der Stahlarbeiter entgegenstand — und dabei den kürzeren zog. Die belgischen Stahlarbeiter, die sicherlich am meisten unter der Weltwirtschaftskrise zu leiden haben, sind ebenso erbittert wie kampfentschlossen. Ihnen sollen nicht nur weitere Tausende von Arbeitsplätzen gestohlen werden, sondern auch jene, die dann noch Arbeit haben, sollen auf bis zu ein Fünftel ihres Lohnes verzichten.

Der „Holländer-Mord" — ein Werk der Armee

Das übliche Märchen „zwischen die Feuer geraten"

SAN SALVADOR. — Über den vierfachen Mord an einem niederländischen Reporterteam, das für den kirchlichen Rundfunk und für Radio Hilversum arbeitete, schlagen kurz vor den sogenannten Wahlen in El Salvador weltweit die Wellen der Empörung hoch. Dies um so mehr als dieses Mal die Lügen der Junta — wie immer von der US-Regierung sofort unterstützt — sehr schnell als solche entlarvt wurden.

Schon am zweiten Tag nach der bösen Nachricht waren nämlich bereits die grundsätzlichen Fakten, die die Regierungsjunta veröffentlicht hatte, widerlegt. So steht fest, daß die vier mit Genickschüssen hingerichtet wurden und keinesfalls zwischen die Fronten kamen. Und auch der angegebene Ort des Geschehens stimmt nicht: sie wurden sofort, als sie am Treffpunkt waren, an dem sie sich mit angeblichen Kontaktleuten der Widerstandsbewegung treffen wollten, zuerst gefoltert und dann erschossen, in einem Gebiet, wo es keinerlei Feuergefechte gegeben hat.

Daß das zusammenfällt mit der Ankündigung eines der Todesschwadrone, man wolle 35 ausländische Journalisten ermorden, ist kein Zufall — die Begründung für diese Mordpläne ist übrigens dieselbe, die auch die Regierung gegen ausländische Berichterstatter ins Feld führt. Die Journalisten würden sich mit dem Kommunismus verbünden. Was damit gemeint ist, ist klar: solche Reporter, die beide Seiten hören wollen, die der verlogenen Regierungspropaganda nicht glauben, die sind für die Junta und auch für die US-Regierung „Agenten des Kommunismus".

Und gerade jetzt, wo die Wahlfarce stattfinden soll, kann man in San Salvador und in Washington eine Berichterstattung, die auch nur am äußeren Glanz kratzt, nicht gebrauchen.

Washington aber kommt mit seiner bedingungslosen Unterstützung der faschistischen Mörderjunta allmählich in eine Situation, wo die Differenzen selbst mit den eigenen „Verbündeten" wachsen. Die niederländische Regierung jedenfalls konnte die Erklärungen der Junta und aus Haigs Propagandaküche nicht hinnehmen und widersprach ihnen öffentlich.

Bei einer spontanen Massendemonstration von rund 5 000 Menschen in Amsterdam wurde nicht nur rückhaltlose Aufklärung gefordert, sondern auch die Bestrafung der Mörder und die Absetzung der Junta. Denn soviel ist klar: daß diese Todesschwadrone und die anderen Mordbanden im Zusammenhang mit der Duarte-Junta arbeiten, bezweifelt niemand — höchstens Haigs Pressesprecher, und der auch nur offiziell.

Offensive der britischen Reaktion

Die Thatcher-Leute schreien nach dem Henker

Im britischen Unterhaus soll in diesen Tagen über ein Projekt der Konservativen Partei debattiert werden, das der Sicherung von Ruhe und Ordnung dienen soll: Die Wiedereinführung der Todesstrafe steht dabei im Zentrum der Vorschläge, die von 80 Abgeordneten der Konservativen und einem der Labourparty vorgelegt wurden.

Anlaß für diese Kampagne waren Aktionen der Polizeigewerkschaft, die seit längerem mehr Willkür und mehr Waffen für die Polizei fordert. Der Anstieg der Vergehen und Verbrechen im Jahre 1981 um ein Zehntel gegenüber dem Vorjahr war dafür der Anlaß. Der äußere Anlaß lediglich, denn gemeint ist mit diesen drohenden Maßnahmen die Jugendbewegung in Britannien, vor allem der heftige, kämpferische Protest der farbigen Jugend gegen ihre wahrhaftig elendige Lage.

Zwei Maßnahmen ragen aus diesem Paket von reaktionären Vorschlägen heraus, die in einem organisierten Chor von verschiedenen politischen Strömungen der äußersten Rechten gefordert werden.

Dies ist zum einen die spektakulärste Forderung, die Wiedereinführung der Todesstrafe. Von der Polizeigewerkschaft wird dies vor allem für bewaffneten Widerstand gegen die Polizei gefordert — was angesichts der Ereignisse im letzten Frühjahr auf den Widerstand gegen Polizeiterror und Naziumtriebe zielt. Noch deutlicher zeigt es sich, wem diese Maßnahmen gelten sollen, wenn man den am zweithäufigsten angesprochenen „Vorschlag" der Reaktion betrachtet:

Alle Jugendlichen, die schon einmal mit dem Gesetz in Konflikt gekommen sind, sollen eine abendliche Ausgangssperre hinnehmen müssen!

Dies ist nun wahrhaft ein Projekt, das breite Teile der britischen Jugend betrifft und ganze Stadtteile — natürlich nicht diejenigen, wo die Reichen wohnen — in Nachtgefängnisse verwandeln würde.

Denn die Zahl der jungen Menschen, die mit dem Gesetz in Konflikt kommen, wie es da so schön neutral genannt wird, nimmt ständig zu. Zum einen häufen sich die Proteste gegen Arbeitslosigkeit, zum anderen die Aktionen gegen die ständigen willkürlichen Kontrollen, denen vor allem farbige Jugendliche unterzogen werden. Und diese Proteste und Aktionen sind es, die zu immer mehr Konfrontationen mit der britischen Polizei führen, zu einer ganzen Welle folgender Prozesse.

Was die Reaktion im Londoner Parlament als Maßnahme gegen die Kriminalität verkaufen will, ist in Wirklichkeit nichts anderes als eine Verstärkung und bessere Organisierung der Unterdrückungsmaßnahmen gegen den Protest der arbeitenden Menschen Britanniens.

HÖRT RADIO TIRANA



UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
14.30-15.00	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
16.00-16.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
18.00-18.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
19.00-19.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW
	2. Programm	
21.30-22.00	7310	41 Meterband KW
	5985	49 Meterband KW
	1458	206m MW
23.00-23.30	7310	41 Meterband KW
	5985	49 Meterband KW
	1458	206m MW
6.00-6.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW



Der Unionskongreß der sowjetischen Gewerkschaften

Ein Image soll aufpoliert werden

Die Absetzung des bisherigen Vorsitzenden des sowjetischen Gewerkschaftsbundes wenige Tage vor dem 17. Allunionskongreß hatte in der westlichen Propaganda zu einer ganzen Serie von Spekulationen geführt. Der Auftakt des Kongresses am vergangenen Dienstag zeigte nun sehr deutlich, daß es darum geht, mit der Kritik an der Arbeit der Gewerkschaften in der UdSSR einer offensichtlich wachsenden Unzufriedenheit unter der sowjetischen Arbeiterklasse zuvorzukommen.

Leonid Breschnew persönlich erneuerte in seiner Ansprache jene Kritikpunkte, die er bereits in seinem Parteitagsbericht im letzten Jahr genannt hatte. Es gäbe zu viele bürokratische Entstellungen, und die Probleme der Versorgung würden nicht gelöst. Ebenso, und dies ist interessant weil neu, forderte er die Gewerkschaften dazu auf, mehr für die Einhaltung der Arbeitsschutzgesetze zu tun.

Und damit spricht er natürlich auch eben die Probleme an, die den sowjetischen Werktätigen heute ein bitteres Leben bescheren: die schlechte Versorgung und die miserablen Arbeitsbedingungen. Hier hatte es immer wieder vereinzelte Proteste gegeben, und hier hat sich die Lage in den beiden letzten Jahren weiter verschlechtert.

Daß es Breschnew, dem Führer der neuen herrschenden Kapitalistenklasse in der UdSSR, aber natürlich nicht um die Probleme der Arbeiterklasse geht, sondern um die Sicherung der Herrschaft seiner eigenen Klasse vor „polnischen Zuständen" beweisen seine Ausführungen über die Gewerkschaften im allgemeinen. Gewerkschaften, die von der Partei unabhängig sind, könne es nicht geben, dies sei ein Werk von „Feinden des Sozialismus".

Also: das Bild der sowjetischen Gewerkschaften soll in den Augen ihrer weit über 120 Millionen Mitglieder aufgepäppelt werden, aber am Wesen ihrer Tätigkeit soll sich nichts ändern. Und es ist eine Tatsache, daß auch der sowjetische Gewerkschaftsbund, wie etwa der FDGB in der DDR, nach Kräften dazu beigetragen hat, jene wirtschaftlichen Reformen zu verwirklichen, mit denen die neuen Kapitalisten in diesen Ländern das sozialistische Wirtschaftssystem ausgehöhlt und dann ganz beseitigt haben.

Eine Gewerkschaft, die von diesen herrschenden Parteien, die sich kommunistisch nennen, abhängig ist, wird niemals den Interessen einer fordernden Arbeiterklasse, die für ihre ureigensten Interessen eintritt, vertreten. Diese Gewerkschaften haben den Charakter von Staatsgewerkschaften der neuen herrschenden Klasse. Deshalb waren ja die polnischen Arbeiter gezwungen gewesen, sich neu zu organisieren, in unabhängigen Gewerkschaften.

Breschnew polemisiert nun in lügnerischer Weise gegen solche Bestrebungen und führte ausgerechnet Lenin dagegen ins Feld, der sagte, es könne keine unabhängigen Gewerkschaften geben. Was selbstverständlich richtig ist, da es immer eine vorherrschende politische Strömung gibt. Nur spricht Lenin von etwas ganz anderem als davon, ob es richtig sei oder nicht, eine unabhängige Gewerkschaftsbewegung im Sinne der Unabhängigkeit von der herrschenden Partei der neuen Kapitalisten zu schaffen, was für die Arbeiterklasse, trotz aller möglichen Mängel, größere Möglichkeiten des Kampfes gibt und somit ein Fortschritt ist.

Auf diesem sowjetischen Gewerkschaftskongreß können noch so viele Versuche unternommen werden, das eigene Ansehen aufzupolieren: Es wird nichts daran ändern, daß auch die sowjetischen Arbeiter sich ihren Weg zum organisierten Widerstand gegen die neue Ausbeutung suchen werden.


Die Polizei bei der Hüttendorfräumung am 3.11.81. Der Fotograf dieses Bildes, AP-Reporter Rolf Böhm, werde kurz nach der Aufnahme zusammengeschlagen.

Frankfurt, Rohrbachstraße

Wie der Widerstand gegen die Startbahn West gebrochen werden soll

„Vor dem Polizeiüberfall war die Rohrbachstraße eine ganz normale Straße. Jetzt ist sie ein Symbol."

Die Grünen im Römer, im Frankfurter Stadtparlament, haben Ende Februar eine Broschüre vorgelegt: „Frankfurt, Rohrbachstraße". Sie dokumentieren darin, was sich in Frankfurt-Nordende am Abend des 3. Novembers 1981 abgespielt hat, wo es nach der mit rücksichtsloser Gewalt durchgeführten Räumung eines Hüttendorfes von Gegnern der Startbahn West zu einer spontanen Demonstration kam.

Ganz unabhängig davon, wie man zu den am Rande formulierten politischen Vorstellungen der Grünen, auch in bezug auf die Art der Weiterführung des Widerstandes gegen die Startbahn, stehen mag — diese Broschüre verdient weite Verbreitung. Sie bietet einen Einblick in ein Geschehen, das von den offiziellen Medien zum großen Teil totgeschwiegen oder vollkommen entstellt, ja geradezu volksverhetzerisch verdreht wiedergegeben wird. Denn: „In Südhessen herrscht, noch unbemerkt von der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit ein nicht ausgerufener Notstand".

Die vollkommen friedliche Demonstration am 3.11., die im Laufe der Zeit auf etwa 800 Menschen anwuchs, wurde in der Rohrbachstraße Opfer eines sorgfältig geplanten gewaltsamen Polizeiüberfalls, bei dem es um nichts anderes ging, als um das brutale Zusammenschlagen aller Startbahngegner, ein Exempel ungeheuerlichen Ausmaßes, das in den folgenden Tagen auch noch als „notwendiger Einsatz gegen randalierende Chaoten" vermarktet und zur Aufhetzung weiterer Teile der Bevölkerung, zur Diskreditierung des Widerstandes genutzt werden sollte.

„Einige Tage nach dem Polizeiüberfall", so heißt es in der Einleitung der Broschüre, „bekam (auf einer Bürgerversammlung) der Redebeitrag den meisten Beifall, der die Hundertschaften, die uns überfallen haben, mit SS-Schlägertrupps im deutschen Faschismus verglich. Wir wurden von beamteten Vertretern dieses Staates wie minderwertiges Menschenmaterial behandelt, dessen Tod billigend in Kauf genommen wurde. Daß in dieser Nacht niemand tödlich verletzt wurde, ist Glück und der Hilfsbereitschaft von Anwohnern zu verdanken und nicht etwa der vielzitierten Besonnenheit der schlagenden Polizisten."

In der Broschüre kommen immer wieder Augenzeugen zu Wort, neben den direkt Beteiligten Demonstranten auch solche Menschen, die mit der Aktion gar nichts zu tun hatten.

„Der Fernsehjournalist Joachim Faulstrich, der in der Hartmann-Ibach-Straße wohnt, beobachtete zufällig die strategischen Vorbereitungen der Polizei und berichtete später:

‚Ungefähr gegen 23.45 Uhr beobachtete ich von meinem Fenster in meiner Wohnung, wie zahlreiche Polizeiwagen in der Hartmann-Ibach-Straße vorfuhren. Ich verließ meine Wohnung und konnte aus nächster Nähe die Vorbereitung des Einsatzes sehen. Ein Beamter mit Schirmmütze (offenbar der Einsatzleiter) schärfte den Polizisten in barschem Ton ein, die Schilde im Wagen zu lassen, die würden hier nicht gebraucht (sinngemäß). Die ca. 80 Beamten, die ich sah, wurden in zwei Gruppen aufgeteilt und je zur Hälfte in Richtung Böttgerstraße bzw. Rohrbachstraße in Marsch gesetzt. Die Beamten bemühten sich offensichtlich, leise zum Einsatzort zu kommen...'"

Die Ausrüstung dieser Polizisten, die auf die Schilde verzichteten, weil sie gar nicht mit Gegenwehr rechneten und beide Hände zum Prügeln freihaben sollten, bestand unter anderem aus überlangen Knüppeln aus Holz, etwa 1,20 Meter lang. Es waren spezielle Einheiten nicht nur aus Hessen, sondern auch aus anderen Bundesländern zugegen: „Aus der ganzen Bundesrepublik waren sie herbeigeholt worden, um dem hessischen Staat gegen ‚seine' Bürger zur Seite zu stehen."

„Versteckt in Seitenstraßen hatte die Polizei gewartet, ein oder zwei oder drei Hundertschaften auf die 500 bis 800 Menschen (...). Die Polizei kam, plötzlich und unerwartet, von zwei Seiten angerannt. Ohne Ankündigung. Ohne auch nur den Versuch zu machen, die Demonstranten zur Auflösung des Zuges aufzufordern. Die Strategie war perfekt, der Demonstrationszug eingeschlossen.

Eine Anwohnerin, die 35-jährige Sekretärin und Hausfrau, Evelyn Stöcker aus der Rohrbachstraße 15, beschreibt:

‚Geweckt wurden wir durch Trommeln und Gesänge einer Gruppe von Menschen, die um 0.15 Uhr in Form eines Demonstrationszuges die Rohrbachstraße entlangkamen. Die Stimmung der Leute war locker und fröhlich. Als die Spitze des Zuges etwa auf der Höhe der Eisdiele Dal Cin war, stürmten plötzlich mit überlangen Schlagstöcken bewaffnete Polizisten unter Verzicht auf die üblichen Schutzschilder auf die Demonstranten los wie die Jäger, die auf ihre Beute gelauert hatten, und schlugen erbarmungslos auf die unbewaffneten und überraschten Menschen ein. Als meine Kinder dies sahen, fingen sie an zu schreien und zu weinen, und es war mir unmöglich sie zu beruhigen. Erschreckt durch die sich ihnen bietenden erschütternden Szenen, machte mein Sohn (5 Jahre) in die Hose, und meine Tochter (10 Jahre) mußte sich übergeben. Aus Angst um ihren Vater, der zu dieser Zeit noch unterwegs war, sagte meine Tochter zu mir: Hoffentlich kommt der Papa jetzt nicht, und warum schlagen sie die Leute so, die haben doch nichts getan?'"

Szenen aus Deutschland, 36 Jahre nach dem Sturz des (Hitler-)Faschismus. Was man leicht vergessen könnte, wenn man die Schilderung für sich nimmt.

Bekanntlich ist es bei uns verboten, die Bundesrepublik oder deren Länder als Polizeistaat zu bezeichnen. Wer diese Broschüre gelesen hat, der weiß spätestens dann, warum eine solche Anklage von den Herrschenden strafrechtlich verfolgt werden muß, und was wirklich dran ist.

Wo es der Polizei gelang, Gruppen von Flüchtenden zu stellen, wurden diese eingekreist.

„Nachdem wir so an die Wände gedrängt waren, schlugen diese Beamten unter Einsatz ihrer ganzen Körperkraft mit weitausholenden Schlägen auf die sich zusammenkauernde Menge ein, bis die Demonstranten schreiend, schwerverletzt oder bewußtlos Reihe für Reihe zusammenbrachen. Auch auf die am Boden liegenden wurde erbarmungslos geknüppelt, als wollte man mit Äxten Bäume fällen (...)" (Volker Steinbacher)

„Nachdem die Polizisten einige Minuten auf uns eingebrügelt hatten, lockerte sich die Gruppe, und auch ich drehte mich um. Ich wollte (...) davonrennen. Da sah ich zu meinem Entsetzen, daß die Polizei eine Knüppelgasse gebildet hatte durch die jeder hindurch mußte. So rannte ich los. Plötzlich spürte ich einen schweren Schlag in der rechten Nierengegend und auf den Fingern der rechten Hand. Erst jetzt sah ich auch die Knüppel, mit denen auf uns eingeprügelt wurde... Solche Knüppel habe ich nie zuvor bei Polizisten gesehen." (Kerstin Schaper, 24 Jahre, Volkswirtschaftsstudentin)

„An beiden Seiten der Gasse standen mit Knüppeln bewaffnete Polizisten schlagbereit. Wer den Schlägen und Schreien des inneren Rings entfliehen konnte, mußte spießrutenlaufen, eine Tortur, die in allen Diktaturen, überall da also, wo Menschen Menschen quälen, ihren Platz hat."

Und eine Diktatur, eine Gewaltherrschaft, ist diese Gesellschaft ja auch. Wenn auch noch keine faschistische. Der Staat aber ist auch heute der Gewaltapparat der herrschenden Kapitalistenklasse, die ihn für ihren Profit, für ihre Kriegsvorbereitungen in Bewegung setzt, die sich gegen jede Störung ihrer mörderischen Pläne wehrt. Diese Zustände zu beseitigen, ist die von den Grünen zum Prinzip erhobene Gewaltfreiheit sicher untauglich. Was nicht heißen soll, daß jetzt im konkreten Widerstand gegen die Startbahn West isolierten Gewaltaktionen kleiner Gruppen das Wort geredet werden soll; im Gegenteil, hier wird es vor allem darauf ankommen, noch breiter die Bevölkerung in ganz Hessen aufzuklären und zu mobilisieren, besonders die Arbeiter in den Betrieben, über die Gewerkschaften. Der Kampf gegen die Startbahn West zielt schließlich nicht auf den Sturz dieses Unterdrückerstaates ab.

Aber der Polizeiterror in der Rohrbachstraße hat manchem die Augen geöffnet über diesen Staat. Das geht auch aus der Broschüre hervor. Und er unterstreicht die Notwendigkeit noch breiteren solidarischen Widerstandes gegen das Startbahn-Projekt. Und um dafür weiter zu werben, sollte man sich auch dieser Broschüre bedienen.



Frankfurt, Rohrbachstraße
Preis: 5,— DM. Vertriebsanschrift: (c) Die Grünen im Römer 6000 Frankfurt/Main. Tel.: 0611/283702 - 03

Wegen Terrorismus-Verdacht gekündigt

Ein ungewöhnlicher Fall wurde am vorletzten Freitag vor dem Frankfurter Arbeitsgericht verhandelt: Ein Lehrling klagte gegen seine fristlose Kündigung, die von der Stadt Frankfurt ausgesprochen worden war. Der Grund dafür: ein durch nichts belegter Verdacht auf terroristische Betätigung.

Ende 1980 hatte der heute 22jährige seine Lehre als Energieanlageelektroniker bei der Stadt Frankfurt begonnen. Die Ausbildung verlief ohne Probleme, bis im letzten November plötzlich Kripobeamte in der Lehrwerkstatt auftauchten und den Arbeitsplatz des Lehrlings durchsuchten. Sie kamen im Auftrag der Bundesanwaltschaft und sollten dort „belastendes Material" sicherstellen, das den jungen Mann der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung überführen sollte.

Gefunden allerdings wurde weder in der Werkstatt irgendetwas Belastendes, noch in der Wohnung des Lehrlings. Die Stadt Frankfurt aber wurde nervös. Sie fragte bei der Bundesanwaltschaft nach, was es denn mit den Ermittlungen gegen den Lehrling auf sich habe und ob ihm konkret etwas vorzuwerfen sei. Der Generalbundesanwalt jedoch verweigerte jegliche Auskunft, übrigens auch gegenüber dem Betroffenen selbst.

Ohne daß also irgendwelche Anhaltspunkte für eine „terroristische" Tätigkeit des Lehrlings vorhanden waren, wurde ihm Ende Dezember die fristlose Kündigung ausgesprochen. Die wahnwitzige Begründung: Da er im sicherheitsgefährdenden Bereich der Stadt arbeite, bestünde die Gefahr, daß er die Infrastruktur der Stadt auskundschafte oder gar zerstöre.

Vor dem Arbeitsgericht, das der gekündigte Lehrling angerufen hatte, weitete der Anwalt der Stadt Frankfurt diese absurden Horrorvisionen noch aus: Das Gericht möge doch bedenken, welch große Gefahren der Bevölkerung drohten, wenn ein solcher Auszubildender weiter beschäftigt würde. Er könnte doch beispielsweise Bomben in Trafostationen einschmuggeln und dadurch ganze Stadtteile lahmlegen.

Die Richterin mochte dem zwar nicht ganz folgen, sie verschaffte dem Lehrling jedoch auch nicht das Recht auf seinen Ausbildungsplatz. Es wurde vielmehr ein neuer Termin im August einberaumt — in der Zwischenzeit soll die Stadt Frankfurt prüfen, ob es für den Lehrling nicht auch eine Ausbildungsmöglichkeit in einem nichtsicherheitsgefährdeten Bereich gibt. Faktisch aber ist durch diese Verschiebung für den jungen Mann die Lehre schon gestorben — er könnte sie nur dann abschließen, wenn er auch zwei Drittel der Zeit an der Ausbildung teilgenommen hat.

So ist ihm also vorerst die Berufsperspektive verbaut, und alles nur wegen eines unbewiesenen Verdachts. Man mag sich gar nicht ausmalen, was alles geschehen kann, wenn dieses Frankfurter Beispiel Schule macht.

Lummer weg

„Das geltende Demonstrationsrecht ändern, erweitern und, wo notwendig, verschärfen!". Diese Devise gab Westberlins Innensenator Heinrich Lummer auf einer Landestagung des CDU-Arbeitskreises der Polizei in Baden-Württemberg aus. Unter den Paragraphen 125 StGB — Landfriedensbruch — soll auch die „aktive und passive Bewaffnung" fallen und als neuer Strafbestand die „gefährliche Zusammenrottung" eingefügt werden. Damit wäre der Landfrieden schon gebrochen, wenn sich ein Demonstrant ein Tuch vor die Nase zieht, bevor er z.B. — wie das in Berlin immer mehr einreißt — „Lummer weg!" näselt.



Soweit die nachrichtendienstlich — pardon: nachrichtenagenturlich bestätigten Meldungen. Nach amtlich nicht bestätigten Mitteilungen soll Lummer just nach seinem Auftritt mitten in eine gefährliche Zusammenrottung vor einem nahegelegenen Fleischerladen geraten sein. Die schwerwiegenden Folgen hat unser Fotograf todesmutig im Bild festgehalten; die Menge zusammengerotteter Gewalttäter, die Beine mit Hosen vermummt und die Füße mit Schuhen bewaffnet, entfernt sich schnell und feige.



Samstag, 27. März
18.30 Uhr, WDR III
Volksuniversität Berlin. Bericht von Ricki Reichel über das Experiment fortschrittlicher Dozenten und Studenten, eine Uni für alle zu schaffen.

***

Samstag, 27. März
21.30 Uhr, WDR III
Rom, Station Termini. Vittorio de Sica drehte diese Liebesgeschichte zwischen einer Amerikanerin und einem Italiener 1953 im Stil des Neorealismus. Mit Montgomery Clift und Jennifer Jones.

***

Samstag, 27. März
22.50 Uhr, WDR III
Rockpalast. Mit Wolfgang Niedeckens BAP, die Rockmusik zu Texten im Kölner Dialekt bringt.

***

Sonntag, 28. März
17.45 Uhr, ARD
Regenbogenkämpfer. Reportage von Wilhelm Bittorf über die internationale Umweltschutzorganisation Greenpeace, die in der letzten Zeit auch in der Bundesrepublik mit spektakulären Aktionen gegen kapitalistische Umweltverbrechen Aufsehen erregt hat.

***



Sonntag, 28. März
21.05 Uhr, ARD
Mensch Meier. Film von Franz Xaver Kroetz nach seinem gleichnamigen Theaterstück, in dem er das Auseinanderbrechen einer Arbeiterfamilie behandelt. Mit F.X. Kroetz, Veronika Fitz und Max Krückl.

***

Mittwoch, 31. März
21.45 Uhr, WDR III
Vor der Entscheidung. Reportage von Walter Sucher aus dem südafrikanischen Land Namibia, das heute noch unter der Herrschaft eines rassistischen Besatzerregimes steht, das allerdings immer stärker von der Befreiungsorganisation SWAPO bedrängt wird.

***



Donnerstag, 1. April
23.00 Uhr, ARD
Hiob. Der letzte Teil von Michael Kehlmanns Verfilmung des gleichnamigen Romans von Joseph Roth über das Schicksal einer jüdischen Familie zur Zeit des ersten Weltkriegs.

***

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 12, 26 Mart 1982 Yıl: 16 1 DM



Her hafta Cuma günü çıkar

"Graue Panther"in protestosu

Federal Hükümet'in yaşlılar yurdunda kalan insanların ceplerindeki bir kaç kuruşa da göz dikerek kısıtlama kararı alması büyük tepkilere yol açtı. Özellikle yaşlı insanların örgütlü olduğu "Graue Panther" örgütü hükümetin bu adımına karşı protestoların düzenlemesini sağladı (Resimde, Bonn'da yapılan bir miting) Yaşlıların protestoları başarıyla sonuçlandı. Aile İşleri Bakanı Huber yaşlıların cep harçlığı kararının yeniden düzenleneceğini belirtti.

Nürnberg'te 10 000 sendikacı yürüdü

İşsizleri her türlü işi kabul etmeye zorlayan kararlar geri alınmalıdır!

NÜRNBERG/STUTTGART (Halk Muhabiri). — "Stingl biz geliyoruz — Sen adice davrandın" — şiarı altında 19 Mart Cuma günü Nürnberg şehir merkezinde sesler yükseliyordu. IG Metall'ın ve DGB'nin çağrısına uyarak 10 000 sendikacı disiplinli ve mücadeleci şekilde yürüyüş kortejini oluşturdu. Hepsi için şu nokta açıktı: Ancak ve ancak bu yolla, yığınsal ve açık direniş yoluyla Federal Almanya'daki işçi hareketi patronların ve hükümetin sosyal hakları kısıtlama planını geri püskürtülebilir

Yürüyüşe katılım kuşkusuz daha fazla olabilirdi. Ama işyerlerinde kısa sürede bir seferberlik yapıldı. İşyerindeki sendikal elemanlar planlanan bu protesto gösterisinden hafta başında haberdar edildiler. Örgütsel nedenlerden ötürü de işyerlerine sadece sınırlı ölçüde biletler verildi. Bu bile sadece IG Metall'ın geniş çapta bir seferberliği yaptığını gösteriyor. Bunun için yürüyüşe ÖTV'dan grupların da katılması selamlanacak bir adımdı.

Yürüyüş kortejini IG Metall'ın sayısızca pankartları kuşatmıştı. Sürekli silahlanma giderlerinin düşürülmesi doğrultusunda talepler ileri sürülüyor. Çeşitli şekilde de "zenginler ödemelidir" şiarı haykırılıyordu. Sık sık atılan sloganlardan bir tanesi, "Hükümet, patronlar sosyal yoksullaşmayı istiyor" sloganıydı.

Ortam oldukça çok iyi. Tüm güney Almanya'dan, Lörrach'tan, Darmstadt'a kadar, Bamberg'ten, Heilbronn'a kadar olan bölgelerden otobüsler gelmişti. Yürüyüş korteji Nürnberg şehir merkezinden geçiyor. Halk, yoldan geçenler ilgiyle yürüyüşü izliyor ve dayanışmasını dile getiriyordu. Kavşaklarda bekleyen arabalar klaksiyon çalmıyor. Acele gitmesi gereken oluyorsa, özür diliyor. "ben de sendikadayım ve sizi destekliyorum." diyor.

Yürüyüş kapanış mitinginin sonuna doğru ortam karışıyor. "Nürnberg ve Erlangen'den bir Grup Marksist" DGB Yönetimi'ne olan eleştirisini yürüyüşe katılan tüm üyeleri de hedefleyerek yapmak istiyor. Sendikacılar yönetimin uysal köleleri olarak suçlanmakta ve miting sonunda karıştırılmaktaydı.

Hiç kuşkusuz bu tüm ilerici ve muhalefette bulunan arkadaşlara karşı bir adımdır. Çünkü böylece kapanış mitinginden bir çok kişi bir şey duymuyordu. Buna rağmen mücadeleci sesler yükseltilmekte: IG Metall Yönetim Kurulu üyesi Karl-Heinz Janzen Hükümet'e savaş ilan ediyor.

Yürüyüşe katılanların edindiği izlenim şudur: Federal Almanya'daki sendikal hareket ancak Federal Hükümet'e ve patronlara karşı cephe kurduğu sürece ilerleyebilir.

Nürnberg'teki yürüyüş olumlu ve faydalı bir adımdı. Ama şimdi direniş yaygınlaştırılmalıdır. Öyleyse başlangıcı devam ettirelim!



BU HAFTA

Ücret turları tekrardan kızıştı

Kapitalistler ve Hükümet saldırılarını yoğunlaştırıyorlar

DORTMUND. — Gerçek ücretlerin düşürülmesini ifade eden yüzde 4,2'lik ücret artışı anlaşması ile henüz 1982 yılı toplu sözleşme turları kapanmış değildir. Çünkü hükümet ve patronlar diğer branşlarda daha düşük bir ücret artışı anlaşmasının yapılmasını istiyorlar. İşyerlerinde ve sendikalarda ise buna karşı tepkiler yeni boyutlar kazanıyor. Çelik işletmelerinde tekrardan uyarı grevlerine gidildi. ÖTV sendikası ise grev hazırlığı yapıyor.

İnşaat sektöründe yapılan toplu sözleşme görüşmeleri hiç bir sonuç elde edilemeden son buldu. Bu alanda anlaşmanın yapılması için uzlaşma komisyonu çağrıldı. (Komisyonu yöneten ise Neue Heimat skandalının bataklığına batmış DGB'ye ait işletmenin yönetiminde yer alan Walter Hesselbach'tır.)

Geçen hafta çelik sektöründe düzenlenen uyarı grevlerine 60 bin ile 70 bin arasında yerli ve yabancı çelik işçisi katıldı. Bu oran Kuzey Ren Westfalye ve Bremen'de çelik işletmelerinde çalışan işçilerin yaklaşık olarak üçte birini oluşturmaktadır. Bu hafta içerisinde de tekrardan uyarı grevlerine gidileceği belirtilmektedir.

Çarşamba günü Krefeld'de toplu sözleşme görüşmelerinin yapılacağı lokalin önünde (belki de içeride) yüzde 7,5 ücret taleplerini dile getirmek için çelik işçileri otobüslerle oraya gidecekler.

Kamu işletmeleri sendikalarında ise İçişleri Bakanı Baum'un küstahça yaptığı yüzde 2 ücret zammı teklifine karşı tepkiler giderek kabarmakta. ÖTV şefi Kluncker kamu emekçilerinin özel kurbanlar olarak seçilmesinin kabul edilmeveceği bir kez daha tekrarladı. O greve gidilmesi alternativini de gündem dışı bırakmadı. ÖTV senkasından grev hazırlıkları tekrardan başlatıldı.

Basım sanayiisinde de işçilerin eylem düzenleyecekleri söz konusudur.

(„Kapitalisten und Regierung auf Konfrontationskurs")

Filistin halkının direnişini kırmak için

İsrail ordusu katliama girişti

BATI ÜRDÜN. — Geçen hafta İsrail tarafından işgal edilmiş Batı Ürdün'de yaşayan Filistin halkının özellikle de gençlerin katıldığı görkemli bir yürüyüş yapıldı. İsrail işgal kuvvetleri yürüyüşe katılan kitlenin üzerine vahşice ateş açarak iki genci katletti ve bir çoğunu ise yaraladılar.

İsrail'in işgal etmiş olduğu Batı Ürdün'de yaşayan Filistin halkı, Bira Belediye Meclisi'nin İsrael makamları tarafından keyfice dağıtılması üzerine genel greve gitti ve yürüyüşler düzenledi.

Batı Ürdün'de Belediye Meclisi'nin dağıtılması İsrail işgal kuvvetleri tarafından aylardan beri izlenen politikanın ulaştığı noktayı ortaya koymaktadır. Bu politika ile Filistin halkının bölgedeki tüm organları yok edilmek ve İsrail devleti çerçevesinde sözde bir otonominin kurulması ve bunun bir Filistin devletine karşı kale olarak kullanılması için ortam yaratılmak isteniyor. Bundan ötürü Bir-Zeit Üniversitesi de kapatıldı ve yürüyüş yapan öğrenciler ise yığınlar halinde tutuklandı. İsrail siyonistleri şimdi bölgede yayınlanan üç Arap gazetesini de yasakladı ve üç gün zarfında 200'ü aşkın insanı tutuklamaya gitti.

Bu duruma karşı bölgede seçilen tüm arap temsilcileri görevlerinden toptan istifa ederek dünya çapında protestolarını ilan etmek ve İsrail siyonistlerin bölgeyi ilhak etmesine karşı direniş cephesini genişletmek istiyorlar.

(„İsraels Armee richtet Blutbad an")

Düsseldorf'ta DGB'nin protesto toplantısı

27 Mart 1982 Cumartesi günü saat 11'de DGB'nin Kuzey Ren Westfalye Eyalet Yönetimi Düsseldorf'taki Philips-Halle'de bir protesto toplantısı düzenliyor.

Konuşmacılar: IGM Yürütme Kurulu üyesi Karl-Heinz Janzen; DGB NRW Eyalet Başkanı Siegfried Bleicher.

Batı Berlin KWU'da işyeri işçi temsilciliği seçimi

"Oylarınızı Liste 2'e (RGO) veriniz!"

BATI BERLİN. — 1980 yılının ilkbaharında Batı Berlin KWU firmasında yapılan işyeri işçi temsilciliği seçimi İş Mahkemesi tarafından geçersiz ilan edildi. Bunun için 25 Mart'ta KWU işçileri yeni işyeri işçi temsilciliğini seçecekler.

Batı Berlin KWU firmasında çalışan "İlerici sendikacılar Listesi"nden arkadaşlar ve diğer sendikacılar geçen yıl yapılan işyeri işçi temsilciliği seçimini tanımamıştılar. "İlerici Sendikacılar" seçim gününden önce, yapılacak seçimlerde alacakları oyların sayısından bağımsız olarak bu seçimi tanımayacaklarını açıklamıştılar.

Yapılan seçimlerde başını Uwe Jessen'in çektiği muhalefet listesi oyların yüzde 20,3'ünü topladı. Böylece adaylığını koyan üç arkadaştan ikisi işyeri işçi temsilciliğine seçilmiş oldu.

Seçimden önce IG-Metall sendika temsilcileri kurulu şahıs seçimi için açık bir listenin yapılmasını kararlaştırmıştı. Ne varki bu karar işyeri temsilciliğindeki ağalar tarafından çiğnendi. Onlar çeşitli manevra ve komplolara baş vurarak liste seçiminin yapılmasını sağladılar. İşyeri işçi temsilciliğindeki bu sahtekârlar takımı IG Metall listesinin resmi temsilcileri olarak bölücü ve gerici bir sendika olan CVM ile kapalı kapılar arkasında gizli anlaşmalar yapmaktan da çekinmediler.

Onlar bu tür entrikaları çevirmekle aynı zamanda seçim kurullarını da çiğnemiş oldular. Örneğin onlar IG Metall-Listesi'nden adaylığını koyan bir arkadaşı gerekli imzaları toplamış olmasına rağmen sonradan listeden çıkardılar. Seçim kurulu ise bu uygulamaları dikkate almadı ve alamazdı da. Çünkü onların IG Metall'ın tamamen sağcı olan kesimi ile içli dışlı bir ilişkisi vardı.

Simdi de bir yıl önce olduğu gibi birbiriyle rekabet eden üç ayrı liste seçime katılacak. Geçen yıl "İlerici Sendikacılar Listesi"nde adaylıklarını koyan sendikacılar bu kez doğrudan açık bir RGO-Listesin'nden adaylıklarını koydular. Onlar listenin seçime katılabilmesi için gerekli olan imzaları en küçük bir zorlukla dahi karşılaşmadan toplayabildiler.

(„Wählt — Liste 2")



Batı Berlin KWU'da RGO-Listesi'nden adaylar. Soldan sağa; Hans-Dieter Schaake, Michael Senger, Uwe Jessen.

Batı Berlin KWU'da RGO-Listesi'nden arkadaşlar bildirilerinde şöyle diyorlar:

"Rasyonalleştirmenin yol açtığı sonuclara karşı direnişe geçilmelidir! İşyerlerimizi uzlaşmaz bir şekilde savunabilmeliyiz ve savunmalıyız da!

Bunu başarabilmek için birlikte hareket eden, rüşvet yemeyen, ödün vermeyen ve kolayca dize gelmeyen işçi temsilcilerine ihtiyacımız vardır!

Harry Fernow ve onun yakın dostları işverenleri kendilerinin 'sosyal ortakları' olarak görmekteler. Onlar dostlarının iyiliği için çalışmaktalar. Merhaba Ortak-Teşekkürederim mantıgı ile hareket etmekteler.

Onlar her şeyi zararsız olarak göstermekte, işçilere bilgi vermemekte, veriyorlarsa da yarım ya da geç vermekteler, tabandan gelen hoşnutsuzlukları ve şikayetleri bloke etmekteler, işyeri işçi temsilciliğinde olan diğer arkadaşların arkalarında gizli görüşmeler sürdürmekteler. Onlar direnişi ve dayanışmayı sabote etmekle bölücülük yapmaktalar. Onlar teslim olmuş onurlarını yitirmiş sendikacılar olmak istiyorlar.

Bunların dışında hiç bir şey duymadım, görmedim ve bir şey bilmiyorum diyenler türündendirler! Bunun için oylarınızı onlara karşı adaylığını koyan Liste 2'ye (RGO-Listesi) veriniz."

HAFTANIN YORUMU

Federal Çalışma Dairesi işsizlerin üzerindeki baskı ve sömürüyü daha da artırmak için saldırıya geçti. Bu saldırı sadece işsizlere değil, aynı zamanda yerli ve yabancılardan oluşan işçi sınıfına yönelik bir saldırıdır. Çalışma Dairesi 15 Nisan'dan itibaren geçerli olmak kaydıyla aldığı yeni kararıyla işsizleri 4 aylık bir bekleme süresinden sonra her işi kabul etmeye zorlamak istiyor. Alınan bu kararlara karşı sendikaların, DGB'nin yürüyüş, miting ve mücadeleci eylemler örgütlemesi şimdiye kadar olduğundan daha da gerekli ve haklıdır. Çünkü ancak ve ancak sendikalar tarafından işçi sınıfının mücadeleci gücü harekete geçirildiğinde bu kararların geri alınması mümkün olabilir. Bunun için sadece bir iki eylemin örgütlenmesi yeterli değildir.

İşsizlerin zorunlu çalıştırılmak istenmesi-İşçi sınıfına yönelik yeni bir saldırı

Alınan kararların formalite icabı hükümet tarafından da onaylanması gerekmektedir. Sendikalar işçi sınıfının kanı canı pahasına uzun bir mücadele süresince elde ettiği hakların kısıtlanmasına karşı kararlı ve yaygın eylemler örgütlemelidir. Onlar şimdi sınıfın gücünü harekete geçirmelidirler.

Federal Çalışma Dairesi'nin aldığı bu kararı tüm açıklığıyla sınıfsal açıdan alınan bir karar olarak damğalamak gerekir. Çünkü bu karar kapitalistlerin işçi sınıfına karşı daha da pervasız bir şekilde saldırıya geçmelerini sağlamaktadır. Gerek alınan kararın içeriğine gerekse de bununla kimin hedeflendiğine baktığımızda, bununla kapitalistlerin sorumlusu oldukları buhranın emekçi halka ödettirmek istediklerini görürüz. SPD tarafından yönetilen iki eyalet yönetimi ve DGB sendikası hariç İşveren Odaları, Hükümet, tüm eyalet yönetimleri işçi sınıfına karşı alınan bu kararı onayladılar.

Artan işsizlik ve derinleşen iktisadi buhrana paralel olarak kapitalistler buhranın faturasını işçi sınıfına ödettirmek için çeşitli metodlara baş vurmaktalar. Bu anlamda bugün alınan yeni karar kalifiyeli bir işçi dört aylık bir süreden sonra daha da düşük kalifiyeli ya da vasıfsız bir işte çalışmaya ve böylece daha düşük ücret almaya zorlanacak. Bu, sendikaların sayısız mücadeleler sonucu kazandıkları bir hakka karşı düzenlenen genel bir saldırıdır.

İşveren Odaları'nın, Bonn Hükümeti'nin ve Çalışma Dairesi'nin hem fikir olarak aldıkları bu karar sadece işsizlere yönelik düzenlenen bir saldırı değildir. Bu aynı zamanda çalışan emekçilere de bir tehdit anlamını taşımaktadır. Bu kararla ne yeni bir işyeri açılmakta ne de var olanlar korunmakta, aksine bununla kapitalistlerin bir taraftan çalışan insanların ücretlerini düşük tutma silahı verilirken, öte yandan ise onların işçilerin çıkışlarını vererek bunun yerine aynı iş için daha da az ücret ödenmesi gereken işçileri alma olanağını sağlamaktadır.

Kapitalistlerin ve onların sözcülerinin işsizlere kurdukları bu tuzak sadece çalışan insanlara karşı bir tehdit anlamını taşımamakta, işsizlerin kısa sürede vasıfsız işçi grubuna düşmelerini ifade etmemekte, aynı zamanda bir bütün olarak ücretlerin düşük tutulmasına ortam yaratmaktadır. Bu karar bir taraftan kapitalistlerin işsizlere ödenen işsizlik parasının üzerine konmalarını sağlarken, öte yandan ise işsiz emekçilerin yaşam koşullarının daha da ağırlaştırılmasına yol açmaktadır.

Bunun için devletin işçi sınıfına yönelik bu saldırısına karşı en kararlı direniş sağlanmalıdır. Direnişimizin şiarı asla işsizlerde bir ya da iki gruplaşmaya gidilsin olmamalı, aksine mücadelenin şiarı, sendikaların eylem şiarı bu kararın tamamen geri alınması doğrultusunda olmalıdır. Ve bu kararlara karşı mücadeleyi sadece işsizler değil bütün işçi sınıfı sürdürmelidir. Çünkü yukarda da belirttiğimiz gibi bu karar işçi sınıfının tümünü hedeflemektedir.

DGB'nin işçi ve emekçilere yönelen bu saldırıya karşı harekete geçmesi ve eylemler örgütlemesi, mücadelenin daha da geniş boyutları kazanması açısından sadece bir başlangıçtır. Partimiz KPD bu kararlara karşı yönelen her türlü sendikal eylemi gücü oranında destekleyecektir. İşsizlere yönelen bu sadırılara karşı sendikaların tavır alması için oldukça hayli zaman geçti. Şimdi başlayan direniş görkemli ve geniş çaplı bir direnişe dönüştürülmelidir.

Ayrıca burada bir noktayı daha belirtelim. Ücret artışlarında sıfıra doğru dönüşüm yönünde bir adım daha ileri atılırken, sosyal haklara düzenlenen saldırılar hızlandırılırken, şimdi bunların yanı sıra kapitalistler ve onların Bonn'daki sözcüleri işçi sınıfına karşı bir başka cepheden daha saldırıya geçmek istiyorlar. Onlar işçi sınıfının çetin mücadeleci sonucu elde ettiği kazanımlarını, örneğin işyerlerindeki çalışma şartlarının insan sağlığına uygun olmasını öngören kararları, iş anlaşması kanunu, ücret gruplarının düşürülmesini önleyen vb. kanunları ortadan kaldırmak istiyorlar.

Bunun için DGB sendikası buna karşı yerli ve yabancı işçi ve işsizlerin kararlı ve birleşik direnişini sağlamalıdır!

(„Neue Zumutbarkeit — neuer Grossangriff")

Sendika ağalarının işçi sınıfına ihanet belgesi:

IG Kimya Yönetimi ücret artışından vazgeçmeyi kararlaştırdı

MAINZ. — IG Kimya Yönetimi daha önce bu toplu sözleşme yılı için ücret artışı talebinde bulunmayacağı doğrultusunda açıklamalar yaptı. IG Kimya patronları bu sözlerine bağlı kalarak tam da bunu gerçekleştirdiler. Geçen hafta pazartesi günü bölgesel toplu sözleşme kurulları IG Kimya Yönetiminin ücret artışlarından vazgeçme karar taslağını onayladılar. IG Kimya Başkanı Hauenschild ve şürekası bu kararıyla ABD'de sendikaların ücretlerin talan edilmesinde oynadıkları rolü burada da kendileri oynamaya hazırlanmaktalar.

Geçen hafta pazartesi günü 12 yöresel toplu sözleşme kurulunun onayladığı taslak, işçi arkadaşların 58 yaşından itibaren emekliye ayrılma talebini içermektedir. Bu taslağın ilgi çekici yanını şu nokta oluşturmaktadır: Birincisi bu taslaktaki erken emekliye ayrılma talebinin gerçekleştirilmesi ücret artışlarından vaz geçmeye tabii kılınmakta. İkincisi ise işçi arkadaşların 58 yaşında emekliye ayrılmak istemeleri durumunda bunun maddi yükü onların üzerine yıkılmaktadır. Sendika patronları bu talebi gerçekleştirmek için toplu sözleşmelerde bir ücret artışı talebini ileri sürmekten vaz geçtiklerini açıkladılar.

IG Kimya Yönetimi'nin ileri sürdüğü erken emekliye ayrılma modelini ayrıntılı olarak ele almadan şu noktayı aydınlığa kavuşturmak istiyoruz. IG Kimya sendika patronları bu toplu sözleşmelerde erken emekliye ayrılma talebini gerçekleştirmeyi gündeme almaları ve bunun gerçekleştirilmesi pahasına ücret zammından vaz geçmeleri ile kimya işçilerine, dolayısıyla da bütün işçi sınıfına alçakca bir saldırıya geçmiş olmaktalar.

Çünkü onlar ücret artışlarından vaz geçmekle patronların telinden oynamaktalar. Niçin? Çünkü patronlar da sözde işsizliğin önlenmesi için ücret artışlarında vazgeçilmesi gerektiğini vaaz etmekteler. IG Kimya sendika patronlarının izlediği bu model, Amerika'da tröstlerle ücretlerin talan edilmesi doğrultusunda ortaklaşa çalışan sendika patronlarının izlediği modelin aynısıdır.

Biz toplu sözleşmeler yoluyla erken emekliye ayrılma talebinin gerçekleştirilmesini sürekli destekledik ve hala da destekliyoruz. Ama biz asla ücret artışından vaz geçmeyi dile getiren bir temelde erken emekliye ayrılma talebinin gerçekleştirilmesini kabul etmiyoruz. Erken emekliye ayrılma talebini biz ancak ve ancak bunun maddi yükünün patronların üzerine yıkılması ve ücret artışlarından vaz geçilmemesi temelinde destekliyebiliriz.

Ne varki IG Kimya sendika patronları erken emekliye ayrılma taleplerinde ücret artışlarından vaz geçmenin gerektiğini söylüyorlar. Böylece sendika yönetimi kapitalistlerin sorumluları oldukları buhranın faturasını işçi sınıfına ödettirmeye yeltenmektedir. Onlar bu adımları ile kapitalistlerin işsizleri çalışan emekçilerin ücretlerini düşük tutmak için bir koz olarak kullanmalarına imkan sağlamaktalar.

Bunun yanı sıra IG Kimya Yönetimi'nin bu toplu sözleşme yılı için bir ücret artışı talebi ileri sürmekten vaz geçmesi tüm işçi sınıfına karşı düzenlenen alçakca bir ihanettir. Çünkü bununla kapitalistlerin ücret artışlarında sıfıra doğru dönüşümü sağlamak için attıkları adımlara karşı olan sendikal cephede içten gedikleri açılmış olmaktadır. Bununla sendikal kamp içerisinde karışıklık yaratılmış olunmakta ve bu cephe bölünmektedir. IG Kimya sendika patronlarının bu tutumu sendikal ücret cephesini haince arkadan hançerlemek demektir! Hauenschild, Rappe, Mettke ve yandaşları bu adımları ile sermayenin işbirlikçileri ve birer insafsız işçi düşmanı olduklarını bir kez daha belgelemiş oldular.

Onlar çirkin entrikalarını örtbas etmek için bunun işsizliğe karşı mücadeleye bir katkı olduğu sahtekarlığına baş vurmaktalar.

Bu beylerin iddialarını bir yakından inceleyelim. Şimdiye kadar ve geçen yıl yapılan ücret artışlarında da gerçek ücretlerin düşürülmesi yönünde adım atıldı. Peki Baylar geçen yıldan bu yana kaç işyeri açıldı, ne kadar işsiz arkadaşa iş yeri bulundu? Hiç bir yeni işyeri açılmadığı gibi yenileri kapatıldı ve yüzlerce işçi arkadaş sokağa atıldı. Yukarda da belirttiğimiz gibi patronlar avazlarının çıktığı kadar işsizliğin önlenmesi için (!) ücret artışlarından vaz geçilmesi gerektiğini bağırmaktalar. Ancak gerçeklerin üstü böylesi demogojik laflarla örtülemez. Onlar bununla buhranın faturasını işçi sınıfına ödettirmek ve buhran olmasına rağmen tatlı kârlarını elde etmek istemekteler.

İşte sendika patronlarının da ücret artışlarından vaz geçmenin işsizliği önleyeceğini ileri sürmeleri ile birincisi sendika tarafından patronların bu demagojilerine hak verilmesine hizmet etmekteler, ikincisi ise, kendileri de patronlarla aynı koroda yer aldıklarını göstermekteler.

Gerçek ücretlerin güvence altına alınması gerektiği bir dönemde IG Kimya sendika patronlarının ücret artışlarından vaz geçmeleri ve alternativ olarak da erken emekliye ayrılma talebini ileri sürmeleri işçi sınıfına karşı düzenlenen açıkca bir ihanettir. Çünkü patronların işyerlerini daha fazla yok etmelerne zemin yaratılmaktadır. Devrimci Sendika Muhalefeti (RGO) tüm kimya sektöründe dağıttığı bir bildiride sendika patronlarının bu tutumlarını "siyasi bir toplu sözleşme skandalı olarak" nitelemektedir.

(„IG-Chemie-Bonzen beschliessen Verzicht auf Lohnforderung!")

Hamburg IG Kimya şubesi

Beiersdorf Sendika Temsilciler kurulunu dağıttı

HAMBURG. — Sendika temsilcileri kurulundan arkadaşlar sendika patronlarının telinden oynamadıkları zaman onlar nasıl davranıyorlar? Bu da bir soru mu? Bunun cevabı çok basit, sendika temsilcileri kurulunu dağıtmak. İşte IG Kimya sendika ağaları tam da bunu yaptılar. Bu sendika patronlarının ne kadar demokrasi yanlısı olduklarını kendilerinin telinden oynamayanlara karşı takındıkları tutum çok açık bir şekilde göstermektedir.

İki yıl önce Beiersdorf'ta IG Kimya sendika temsilcileri seçildi. Şimdi ise bu kurulun, sendika temsilcileri kurulunun yönetimi ve Hamburg IG Kimya şubesi tarafından ortaklaşa düzenlenen bir oyun sonucu emri vaki bir şekilde dağıtıldığı ilan edildi. Onlar bunun yapabilmek için çok ustaca davrandılar.

Geçen yılın kasım ayında sendika temsilcileri kurulu yönetimi kulislerde sendika temsilcilerinin bir kısmı da bir mektup için önce imza topluyor. Mektup IG Kimya sendikasının Hamburg şubesine gönderilmek üzere hazırlanmış. Bu mektupta sahte iddialar, suçlamalar ve çeşitli arkadaşlar üzerine muhbirlik girişimleri yer alıyordu. Mektupta bazı sendika yöneticilerin telinden oynamayan, onların hesabına gelmeyen tüm sendika temsilcileri "DKP'nin işyeri grubunun üyeleri olarak" damgalanmıştılar.

Düzenlenen bu komplo için toplam 18 imza toplanıyor. Bu sayı sendika temsilcileri kurulundaki üyelerin yaklaşık olarak üçte birini oluşturmaktadır.

Geçen yılın aralık ayında ise sendika temsilcileri kurulunun üyeleri IG Kimya şubesinden resmi bir yazı alıyorlar. Bu yazı da aralık toplantısının yapılmayacağı belirtiliyor. Gerekçe olarak sendika temsilciler kurulunun durumu üzerine şube yönetiminde görüşülmesi gerektiği ileri sürülüyor. Bu yılın ocak ayında sendika temsilcilerine gönderilen bir mektupta ise sendika temsilcileri toplantılarının hiç bir şekilde yapılamayacağı belirtiliyor. Bunun yanı sıra mart ayında Beiersdorf için bir üye toplantısının yapılacağı açıklanıyor.

IG Kimya şubesinin bu tavrının açık anlamı, sendika temsilciler kurulu yönetiminin ve IG Kimya'nın Hamburg şubesinin sendika temsilciler kurulunu dağıttıkları demektir!

Sendikaya zarar veren bu kararın arkasında yatan gerçek açıkca ortadadır. Uzun bir dönemden beri Beiersdorf'taki IG Kimya arasında anlaşmazlıklar vardır. Bu anlaşmazlıkların özünü, işyeri işçi temsilciliğinde ve sendika temsilcileri kurulunda kapitalistlerle birlikte "güven verici bir temelde ortaklaşa çalışmak" istemeyen bir dizi arkadaşın olması oluşturmaktadır. Bu işçi arkadaşlar ne sendika patronlarının ne de onların telinden oynayanların saldırılarına teslim oldular.

Sorunlara eleştirici bir temelde yaklaşan ve muhalefette olan bu arkadaşlar işyerinde daha güçlü sendikal çalışmanın yapılmasını ve sendika temsilcileri kurulunun daha da aktiv bir rol oynamasını istiyorlardı. Örneğin sorumluların sessiz kalması sonucu 35 sendika temsilcisi, işyeri işçi temsilcisi ve bir dizi aktiv arkadaş 1981 yılında DGB'nin Anti-Savaş Gününe ilişkin düzenlediği eyleme bağımsız olarak çağrı yaptılar.

Bazı sendika patronlarının hesaplarına uymayan bir olay daha firmada olmuştu. Toplu sözleşme kurulu için sendika temsilcileri kurulu tarafından bir üyenin seçilmesi gerekiyordu. Sendika patronlarının hesabına göre bu da işyeri işçi temsilciliği başkan yardımcısı olması gerekirdi. Ne varki onların bu küçük hesabının yerine DKP'li olduğu adice ileri sürülen aktiv bir arkadaş seçilmişti.

Bunun sonucu yüzlerine sert bir şamar yiyen sendika ağaları bunun acısını çıkarmak için iki kez daha seçimleri tekrarlayarak, istemedikleri sonucu düzeltmeye yeltendiler.

IG Kimya sendika ağalarının bu tutumu onların sendika içi demokrasinin ne kadar azılı düşmanı olduğunu gösteriyor. Onların sendikal demokrasi anlayışları sadece kendi telinden oynayanlar için geçerlidir. Her kimki IG Kimya sendika ağası Hauenschild, Mettke ve Rappe'nin değirmenine su taşımıyorsa, onlar Beiersdorf'ta olduğu gibi hemen dıştalanmaktalar. Bunun ne kadar doğru bir tanımlama olduğunu, IG Kimya sendikasının bölgesel toplu sözleşme kurullarındaki çoğunluğun sendika ağalarının telinden oynayarak bu toplu sözleşmelerde ücret artışından vaz geçmeleri de doğrulamaktadır. Eğer onlar sendika ağalarının telinden oynamasaydılar, bu kurullara seçilmeleri zorlaşırdı.

Sendikaya zarar veren sorumsuzca bir tavır

RGO'nun Hamburg IG Kimya branş grubu Beiersdorf'ta sendika temsilcileri kurulunun dağıtılması üzerine bir bildiri çıkardı. Bu bildiride şöyle denmekte:

"Sendika temsilciler kurulunun çalışmasına yönelik eleştiriler kendi içinde yöneltilip birlikte tartışılmamakta ve kararlar birlikte alınmamaktadır. Herhangi bir şeyin sorumluluğunu yüklenemeyeceğini düşünen bir yönetim bundan dolayı mandasını geri vermez. Beiersdorf'ta alçakca bir komplo düzenleyerek ve bunun sonucu kendisini seçen kurula karşı sorumlu olan sendika temsilciler kurulu yönetimi bu kurulu kısa yoldan dağıtıyor. IG Kimya vari sendikal demokrasi! (...) Sendika temsilcileri kurulu tam da çıkışların verileceği tehdidi savrulduğu bir dönemde dağıtıldı. 'Hamburg Abendblatt' gazetesine verdiği bir demeçte Beiersdorf 1982 yılı için kısa devre çalışmanın ve çıkışların verilmesinin mümkün olduğunu belirtiyor ve prim ücretleri kapsamında ücretleri düşürmek istiyor. Önümüzde zor bir toplu sözleşme turu duruyor.

Her kimki böylesi bir durumda dört aylığına sendika temsilciler kurulunu dağıtıyorsa, o böylece Beiersdorf'taki tüm sendika üyelerine ve arkadaşlarına arkadan saldırmaktadır.

Bu durumda kendisinde sorumluluk hisseden her sendikacıya, sendika temsilcisine, işçi ve emekçileri işletme yönetimine karşı daha çetin anlaşmazlıklara hazırlaması ve IG Kimya'yı işyerinde zayıflatmak yerine güçlendirme görevi düşmektedir."



Çelik işçilerinin mücadelesi yükseliyor

Geçen hafta pazartesi, salı ve çarşamba günü, çeliş patronlarının provakativ ücret artışı tekliflerini protesto etmek için Kuzey Ren Westfalye ve Bremen çelik sanayiisinde 70 000'e yakın yerli ve yabancı işçi uyarı grevine gitti. Bu iki eyaletteki demir-çelik sanayiisinde toplam olarak 200 000 emekçi çalışmaktadır. Çelik işçileri bazı işyerlerinde bir saatliğine bazılarında ise iki saatliğine işi bıraktılar. Duisburg ve Bochum'da ise Thyssen, Krupp ve Mannesmann işçileri işyerini terkederek düzenlenen protesto mitinglerine katıldılar.

İşçi arkadaşların uyarı grevlerine güçlü bir şekilde katılması IG Metall sendikasının gerçek ücretlerin güvence altına alınması talebini gerçekleştirebileceğinin mümkün olduğunu göstermektedir. Bir çok işçi arkadaş bu mitingte taleplerinin yüzde 4,2 değil, yüzde 7,5 olduğunun altını bir kez daha çizdiler.

Münster'de

Yabancı düşmanlığına karşı komite kuruldu

MÜNSTER. — Son dönemlerde giderek daha da artan ve fiili saldırılara varan yabancı düşmanlığına karşı önlemlerin alınması yönünde yerli ve yabancı anti-faşistler ve demokratlar da harekete geçmektedir. Her geçen gün yeni boyutlar kazanan yabancı düşmanlığına karşı yerli ve yabancı halkın birliğinin sağlanması, yabancılara karşı kışkırtılan düşmanlığı darbeler indirilmesi yönünde bölgesel komitelerin kurulması ve bu yönde bir faaliyet sürdürülmesi oldukça önemli bir adımdır. Yabancı düşmanlığına karşı bir çok bölgede komitelerin kurulduğu gibi Münster'de de bu yönde bir adım atıldı.

Batı Alman devletinin bir taraftan bir bütün olarak emekçi halka yönelik saldırıları yoğunlaşırken, öte yandan onun en zayıf halkasını oluşturan yabancılara karşı da saldırıları yeni boyutlar kazanmaktadır. Witten ve Wuppertal'da neo-faşist örgütler yabancıların ev, dükkan ve derneklerine saldırdılar. Bir çok bölgede yabancılara yönelik saldırılar düzenlendiler. Bu faşist çeteler ardı arkası kesilmez bir şekilde yerli ve yabancı emekçi halkın birliğini bölmek ve onlar arasına nifak tohumları ekmek için sürekli yeni insiyatifler kurmakta, çeşitli eyaletlerde yapılan belediye seçimlerinden faydalanarak yabancılara karşı kışkırtma kampanyaları başlatmaktalar. Faşistler, emekçi halkın artan işsizliğin ve derinleşen buhranın gerçek nedenlerini görmesini önlemek için, tüm bunların sorumluları olarak yabancıları, özellikle de Türkiyelileri göstermekteler. Onlar buhran döneminde Alman emperyalist burjuvazisi için oldukça faydalı bir görevi yüklenmektedir. Çünkü yerli ve yabancı halkın birbirine düşman edilmesiyle, birliğinin bölünmesi ile Alman burjuvazisi böylece buhranın faturasını kolayca emekçi halka ödettirme olanağını elde etmiş olmaktadır.

Bunun için her yabancı, özellikle de Türkiyeli anti-faşist, demokrat bu duruma sessiz kalmayarak harekete geçmelidir. Alman ilerici ve anti-faşistleri ile birlikte yabancı düşmanlığına karşı çeşitli eylemler örgütlemelidir.

Yabancı düşmanlığının yaygınlaştığı bir ortamda buna karşı yerli ve yabancı halkın birliğini sağlamak için komitelerin kurulması oldukça önemli bir adımdır.

Bu yönde Münsterli yerli ve yabancılar da birlikte harekete geçerek bir komite kurdular. "Münster Gazetesi "Deutsche-Ausländische Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit" adlı komitenin kuruluş çalışması üzerine şöyle yazıyor: "Perşembe akşamı yapılan bu buluşmanın nedenini, yabancı düşmanlığına karşı yeni bir insiyatifin kurulması oluşturuyordu." Yabancı düşmanlığına karşı "kamuoyunun yaratılması için bir komitenin kurulması gerekli gören Türkiyeli Ömer Gülsen ve Alman Helmut Neuhaus'tur. Komitenin kuruluş çalışmalarını yapan Ömer Gülsen şöyle diyor: 'Biz birlikte yaşadığımız Alman halkına, ister siyah, ister esmer, ister sarı isterse de beyaz derili olan insanlar arasında bir farkın olmadığını açıklamalıyız."

Komite, yabancı düşmanlığına karşı ilk eylemi olarak Kuzey Ren Westfalye Hükümeti'ne bir mektup yazmayı kararlaştırdı. Bu mektupta o eyalet hükümetinden "Bürgerinitiative Ausländerstopp" adlı NPD'nin güdümünde olan komitenin yerli ve yabancı öğrencilerin milliyetlere göre sınıflara bölünmesi temelinde bir referandum yapma istemini reddetmesini talep ediyor. Çünkü böylece "yabancı çocuk ve gençlerin okullarda tamamen izole olmasına yol açılmış" olacağını belirtiyor. Ve o ayrıca mili sınıflarda "yabancıların alacağı diplomanın Almanya'da pratik hiç bir fonksiyonunun olamayacağını" vurgulamaktadır.

(„Neue Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit gegründet")

Faşistlere karşı eylem:



Wiking Jugend adlı faşist çetenin 20 Mart'ta Köln'de düzenlemek istediği bölgesel buluşma anti-faşistler tarafından engellendi. 20'yi aşkın anti-faşist örgüt Wiking Jugend'in bu eylemini engellemek için önceden yoğun bir hazırlığa girişti.

Faşist çetenin buluşmasının yapılacağı yeri belli olmadığından dolayı 20 Mart sabahı buluşan anti-faşistler böylece onların muhtemel olarak buluşabilecekleri yerleri göz altında tuttular. Saat 9.30'a kadar hiç bir şey olmadığından dolayı bir araya gelen 700 ile 800 arasındaki kitle bir miting yaptı. Bu mitingte DGB Gençlik Sekreteri, VVN'li yaşlı bir anti-faşist bir Türkiyeli işçi temsilcisi ve anti-faşist insiyatiften bir temsilci konuştu.

Yürüyüş için ÖTV'nun Köln şubesi, DGB Gençliği ve IG Metall sendikası da çağrı bildirisi çıkardı ve işyerlerinde dağıtılar.

Faşistlerin toplantı yapmak istedikleri yer belli olunca 250 anti-faşist oraya toplandı. Orada olan bir kaç faşist kovuldu. Böylece faşistlerin yapmak istediği buluşma önlendi. Polis burada da faşistleri korudu.

İşsiz yabancı gençlerin sayısı çığ gibi büyümekte

Gençliğe yönelen saldırıları geri püskürtmek için ortak mücadeleyi yükseltelim!

Yerli ve yabancı gençliğin birliği için ileri!

Açıklanan resmi istatistiklere bakıldığında yerli ve yabancı işsiz gençlerin sayısının 140 000 dolayında olduğu belirtilmektedir. Ama gerçekte ise işsiz gençlerin sayısı resmi istatistiklerde belirtilen rakamın çok üzerindedir. Şu an 16 ile 25 yaşı arasındaki işsiz yerli ve yabancı gençlerin gerçek rakamının 530 binin üzerinde olduğu ileri sürülmektedir. Kuşkusuz işsiz gençlerin çoğunluğunu yabancı, özellikle de Türkiyeli gençler oluşturmaktadır.

İşsiz gençler konusunda resmi istatistiklerde ileri sürülen rakamları ele alacak olsak dahi, bu bile kapitalizmin gençliğin geleceğini karanlıştırdığına işaret etmektedir. Bırakalım işsiz gençler konusundaki gerçek rakamı bir yana, resmi rakamlar bile ardı arkası kesilmez bir şekilde artan issizlikten gençliğin en ağır etkilendiğini göstermektedir.

Korkunç boyutlara ulaşan gençler arasındaki işsizlikten en ağır bir şekilde yabancı gençler etkilenmektedir. Geçen yıla göre 20 yaşından küçük yabancı gençler arasında işsizlik yüzde 115 artış göstermiştir. Buna karşılık Alman gençlerinde ise yüzde 59 artış olmuştur. Yabancı işsiz gençler arasında ise çoğunluğu Türkiyeli gençler oluşturmaktadır. Bu konuda kesin rakamlar yoktur.

Alman Sendikalar Birliği DGB'nin yaptığı bir araştırmaya göre işsiz gençlerin sayısı resmi makamların verdiği sayının üç katından fazla olduğu belirtilmektedir. Resmi istatistikler kara listede olan işsiz gençlerin sayısını kapsamamakta. Böylece sayıları çığ gibi büyüyen 25 yaşına kadar olan işsiz gençlerin gerçek rakamı 530 binin üzerindedir. İşsiz gençlerin ardından işsiz kızlar daha fazla etkilenmektedir. Hiç şüphesiz burada da başı yabancı, özellikle de Türkiyeli kızlar çekmektedir. Bunların büyük çoğunluğu dört duvar arasına mahkum edilmiş ve toplumsal yaşama katılması önlenmiştir.

Gençliğin geleceği köreltilmiştir!

Çığ gibi artan işsizliğe karşı devlet hangi önlemleri almakta? Gerçeğe bakılacak olursa gençliğin işsiz kalmasını önlemek için kayda değer hiç bir adım atılmamaktadır. Batı Alman devleti gençliğin önüne yığılmış tonlarca sorunu göstermelik bir iki önlemle geçiştirmek istiyor. Böylece gençlik alkole, uyuşturucu maddeye alışmaya, oyun salonlarından çıkmamaya, hırsızlığa vs. itilmiş olmaktadır.

Hükümet gerçekten gençliğin işsizlik sorununu çözmeye kalkacak olsa, böylece sözcülüğünü yaptığı kapitalistlerin çıkarına aykırı davranmış olacaktır. Bir iki göstermelik önlemle, "mesleğe hazırlama kursları" ile, çeşitli eğitim ve iş bulma metodları ile bir kanser hastalığına benzeyen bu sosyal işsizlik sorununu örtbas etmeye çalışmaktadır. Batı Alman devletinin genel olarak Alman gençleri özel olarak da yabancı gençlik arasındaki işsizliği önlemek için aldığı kararlar birer göstermelik karar olmaktan öteye gitmemekte.

Kapitalistler bizi buraya getirirken, onları bizim sorunlarımız değil, daha ziyade bizim sırtımızdan nasıl aşırı kârlar edecekleri ilgilendiriyordu ve hala da öyledir. Bir İsviçreli yazar bu konuda şöyle diyor: "İşgücü çağrıldı, ama insanlar geldi" Evet kapitalistlerin istediği ucuz işgücü getirip onların sırtından tatlı kârlarını elde etmekti. Ama bu işgüçlerinin insanlar olması gerçeğinden ötürü bunların doğal olarak bir dizi ihtiyacı ve sorunları vardır.

Kapitalistlerin bizleri buraya getirmelerindeki hesapları sırtımızdan aşırı kâr elde etmek olduğundan dolayı, biriken sorunlarımızı çözmek onlar için masrafa yol açan bir faktördür. Bu anlamda yabancı gençlik için yapacakları her ciddi harcamada onların masraf yapmalarına yol açmakta. Bunun için onlar bizleri buraya getirdiklerinden beri ikinci sınıf insan muamelesi gördükleri gibi bugün aynı muameleyi çocuklarımıza da görmekteler. Mesleki eğitim alanında yabancı, özellikle de Türkiyeli gençler en son sırada.

Batı Alman burjuvazisinin ince hesaplarından ötürü onların Bonn'daki sözcüleri de yabancı gençlere bu doğrultuda muamele görmekteler. Bonn Hükümeti sözde yabancıları meslek hayatına hazırlama girişimi olarak MBSE diye adlandırdığı kursları göstermektedir. Bu kurslarda yabancı gençler yardımcı işçi eğitimi görmekteler. Çünkü bu kurslara katılarak başarıyla bitiren gençlerin ezici çoğunluğu bir meslek hayatına atılamamakta, bir işyeri bulamamakta, böylece işsizler ordusuna katılmaktalar. İkincisi bu kurslarda oldukça çok düşük bir mesleki eğitim yapılmaktadır. Ve zaten hükümet yabancı gençlerin gerçek bir meslek eğitimi görmesi için bu kursları hazırlamış olsaydı, tasarruf programı çerçevesinde bu kurslarda da kısıtlamalara gidilmezdi. Ve kursları bitiren gençlere çıraklık ve işyerleri temin edilirdi. Bu kursları başarıyla bitiren gençler ne iş hayatına atılabiliyor ne de bir okula girebiliyorlar. Bundan ötürü de 18 yaşını doldurmuş işsiz yabancı özellikle de Türkiyeli genç sınırdışı edilmekle tehdit ediliyor. İşte Batı Alman devletinin yabancı gençliğin mesleki eğitim sorununa bulduğu çözüm budur!

Eğer gerçekten Bonn Hükümeti ve politikacılar gençliğin mesleki eğitim sorununa bir çözüm bulmak isteseler, böylece onlar sözcülüğünü yaptıkları kapitalistlerin çıkarına aykırı davranmış olacaklardır. Çünkü onlar gençlerin bir meslek öğrenmesini sağlayabilmek için kapitalistleri çıraklık yerleri, işyeri yaratmaya tabii kılan kararlar almak zorunda kalacaklardır.

Çözüm ne?

Gençler arasında korkunç boyutlara ulaşan işsizliğin önlenmesi için tesirli kararlar alınmalıdır. Bu konuda KPD'nin gençlik örgütü KJD (Almanya Komünist Gençliği) yerli ve yabancı gençler arasındaki işsizliğin önlenmesine ilişkin açıklamasında ana hatları ile şunları talep ediyor:

★ *Herkesi iş ve eğitim!*

★ *Gençlerin işsiz kalmasına karşı derhal alınması gereken tedbirler olarak şunu talep ediyoruz: Patronlar ve devlet tarafından 500 000 çıraklık yerleri yaratılmalıdır. Kanun aracılığıyla tüm büyük ve küçük işletmeler, kamu işletmeleri mevcut işyerlerinin en az yüzde 8'ni çıraklık yerleri olarak ayırdetmeye tabii tutulmalıdır!*

★ *Kızların ikinci sınıf bir muamele görmesine son! Kızlara tüm meslekleri öğrenme imkanı tanınmalıdır! Kızlar için tüm koruma önlemleri muhafaza edilmelidir!*

★ *Çıraklar öğrendikleri meslek dalında işe alınmalıdırlarlar!*

★ *Tam ücret karşılığı 35 saatlik iş haftası gerçekleştirilmelidir!*

★ *Yerli ve yabancılar için eşit haklar!*

★ *Yabancı gençlere kalifiyeli bir eğitim alanı yaratılmalıdır!*

★ *Çırakları, yabancı olmalarından dolayı işe almak istemeyen işverenler cezalandırılmalıdır!*

★ *Tüm okul bitirmemiş işsiz gençlere ayda 400 Mark işsizlik parası verilmelidir! İşsizlik süresi boyunca işsizlik parası ödenmelidir!" vb. talepler.*

Bu taleplerin gerçekleştirilmesi işsiz, çalışan ve sendika gençliğinin geniş çaplı eylemleri ile mümkündür. Gençler arasında işsizliğin korkunç boyutlara ulaşmasının önüne bir set çekilmelidir. Bunun için KJD "mesleki eğitimin devletleştirilmesini" talep ediyor. Başka türlü her kes için kalifiyeli bir eğitim hiç bir zaman gerçekleştirilemez.

Yerli ve yabancı gençlerin birliği gereklidir!

Gençlerde korkunç boyutlara varan işsizliğe karşı tesirli önlemlerin alınması ve KJD'nin ileri sürdüğü taleplerin gerçekleştirilebilinmesi için yerli ve yabancı gençlerin birliği sağlanmalıdır! Gençlik bir bütündür bölünemez! İster Türkiyeli, ister İtalyan, ister Yunanlı, ister Yugoslav, ister İspanyol, isterse de Alman olsun, milliyetlerinden bağımsız olarak gençliğin birliği sağlanması yönünde adım atılmalıdır.

Çünkü bugün Alman emperyalist burjuvazisinin saldırıları sadece yabancı gençliği değil, aynı zamanda yerli gençleri de hedeflemektedir. Burjuvazinin bu saldırılarını geri püskürtmenin yolu yerli ve yabancı gençliğin ortak mücadelesinin ve birlikte örgütlenmesinin sağlanması ile mümkündür!

Bugün Alman faşistleri gençler arasında artan işsizliğin sorumluları olarak yabancı, özellikle de Türkiyeli gençleri ileri sürerek, yerli gençliği yabancı gençlere karşı kışkırtmakta ve gençliğin kendi içinde birbirini yemesi ve burjuvazinin saldırılarına karşı koyamaması için ortam yaratmaya çalışıyorlar. Onlar böylece Alman burjuvazisinin gençliğe yönelik saldırılarını kolayca gerçekleştirebilmesini sağlamaya çabalamaktalar.

Öte yandan gerek MHP'li faşistler gerekse de Türkiye'deki faşist cuntanın borazanlığını yapan gazeteler ve Almanya'daki temsilcileri gençliğin küçümsenmez bir bölümünü oluşturan Türkiyeli gençleri Alman gençlerine karşı kışkırtmakta ve böylece gençlerin birliğinin önüne set çekmekteler. Bunun için komünistler yerli ve yabancı gençler arasında bu yönde siyasi bir faaliyet sürdürmeli, gençliğin ortak mücadelesini sağlamak için adım atmalılardır. Bunun için tüm ulusal çitler yıkılmalı ve gençlik saldırıya uğradığı düşmana, Batı Alman burjuvazisine karşı tek cephede ve tek örgüt çatısı altında birleştirilmelidir. Ancak bu temelde hareket edildiği ve gençliğin milliyetlere göre örgütlenmesi önlenerek tek bir mücadele cephesinde ve örgüt çatısı altında birleştiği sürece burjuvazinin saldırılarını geri püskürtebilir. Bunun için ortak düşmana , Batı Alman burjuvazisine karşı — milliyetleri ne olursa olsun — Almanya'nın sınırları dahilinde yaşayan yerli ve yabancı gençlerin .yeri KPD Gençlik Örgütü, KJD'nin saflarıdır.

(„Die Jugendarbeitslosigkeit unter den ausländischen Jugendlichen nimmt zu")



Belçika'da binlerce çelik işçisi ile polis arasında çetin çatışmalar oldu.

Belçika çelik işçilerinin mücadelesi sürüyor

Geçen hafta içerisinde Belçika çelik işçileri ile polis arasında sert çatışmalar oldu. Parlamento tarafından hükümete tartışmasız olarak çok tesirli tedbirler alma yetkisini tanıyan "Tam selahiyet kanunu"nun kabul edilmesinin ilk haftasının ardından buna karşı düzenlenen bir dizi mitinge polis vahşice saldırdı. Hükümetin çelik işletmelerini kapatma kararını geri süpkürtmek için Belçika'nın Brüksel ve Lüttich şehirlerinde işçiler harekete geçtiler. Özellikle Brüksel'de polis birlikleri ile çelik işçilerinin örgütlü bir savunma birliği arasında çetin çatışmalar oldu.

Dünya iktisadi buhranından hiç şüphesiz en ağır bir şekilde Belçika çelik işçileri etkilenmektedir. Onların bu durumdan ötürü bir taraftan öfkeleri kabarmış iken, öte yandan ise mücadele azimleri olağanüstü yükselmiştir. Belçika Hükümeti çelik işçileri üzerindeki baskıları daha da artırmak istiyor. Çelik işçilerini sömürü zincirine vurmak için bir taraftan binlerce yeni işyerleri yok edilirken, öte yandan ise henüz ellerinde bir işi olanların ise ücretlerinin beşte birinden vazgeçmeleri isteniyor.

(„Belgische Stahlarbeiter im Kampf")

Kızıl Şafak Basın Şenliği



Kızıl Şafak bu yıl 15. yayın yılını dolduruyor. Bunun için 11/12 Eylül 1982'de bir Basın Şenliği düzenleyecek.



Batı Almanya'nın Thiergarten köyünde yapılan 4. Uluslararası Gençlik Kampı

KJD'nin çağrısı:

5. Uluslararası Anti-faşist ve Anti-emperyalist Gençlik Kampına katılalım

16 Temmuz ile 1 Ağustos 1982 arasında Kanada'nın Ouebec şehrinde 5. Uluslararası Anti-faşist, Anti-emperyalist Gençlik Kampı yapılacak. Geleneğe uygun olarak Uluslararası Gençlik Kampı bir dizi ülkenin komünist gençlik birlikleri tarafından düzenlenmekte ve bu kamp anti-faşist ve anti-emperyalist bir programa sahiptir.

Almanya Komünist Partisi Gençlik Örgütü KJD (Almanya Komünist Gençliği) ile Kanada'da bu yıl yapılacak olan 5. Uluslararası Anti-faşist, Anti-emperyalist Gençlik Kampı'na katılmak isteyenler varsa, doğrudan KJD Merkezi Bürosu'na başvursun. (Merkezi Büro'dan aynı zamanda kampla ilgili ayrıntılı bilgi edinilebilinir.)

Kampa katılma masrafı: Neckerman şirketi Frankfurt üzerinden Kanada'nın Toronto şehrine gidiş geliş için 1260 Mark'a uçak bileti teklif etmektedir. Biz bu teklifi kabul etmeye çalışacağız. Bunun dışında 200 Dolar da (Yaklaşık olarak 400 DM) kamp masrafı ödenecek. Cep harçlığını ise kampa katılanın kendisi hesaplamalıdır. Bütün masraflar dahil kampa katılan birisi böylece en az 2000 Mark'ı göze almalıdır.

Kanada'ya gidiş-geliş masrafı fazla olduğundan dolayı iki haftalık geziyi dört haftaya çıkarma üzerine de düşünüyoruz. Ancak bu yönde bir planın yapılabilmesi, 5. Uluslararası Gençlik Kampına katılmak isteyenlerin kayıtları elimize ulaştığında mümkün olabilecektir. Çünkü bu sorunu kampa katılmak isteyenlerle birlikte çözmek istiyoruz.

Kampa katılma kayıtlarının yapılması en geç 15 Mayıs'a kadar mümkün. (Buna kampa katılmak isteyen herkes uymalıdır. Çünkü aksi takdirde uçak şirketi ile anlaşmazlıkların çıkmasına yol açılmış olur.) ***Kayıt yapma adresi: KJD, Wellinghofer Strasse 103, 4600 Dortmund 30.***